Arbeiterkampf

Jahrg. 2 Nr. 21
Aug./Sept. 72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Laden 50Pf.

Der Kampf der DOCKER

ENGLISCHE ARBEITERKLASSE GEGEN LOHNABBAU UND ANTISTREIKGESETZ!



Englische Docker stimmen auf einer Massenversammlung für Streik

■ Seit über 9 Monaten kämpfen die englischen Docker gegen Container-Firmen, die auf ihre Kosten rationalisieren und ihre Profite erhöhen wollen.

■ Im Februar erließ die konservative Regierung das reaktionäre Antistreikgesetz, das vorsieht, daß Streiks in Zukunft offiziell angemeldet und genehmigt werden müssen.

■ Nach diesen Bestimmungen sind jetzt die Aktionen der Docker „wilde" Streiks, die das Gesetz unter Strafe stellt.

■ Die Regierung hat im Auftrag der Kapitalisten versucht, die Docker zur Beendigung ihrer Boykottmaßnahmen gegen die Container-Firmen zu zwingen: Sie verhaftete am 21.7. fünf ihrer Streikführer.

■ Alle 40 000 Docker Englands legten sofort die Arbeit nieder.

■ 150 000 englische Arbeiter und Angestellte streikten spontan; Zigtausende demonstrierten.

■ Die Gewerkschaftsführung war durch diese überwältigende Solidarität und den Kampfwillen der Docker gezwungen, endlich am 28.7. den „offiziellen Streik" zu erklären.

■ Die Kapitalistenklasse setzt nun ihre Staatsorgane rücksichtslos ein, um den Streik niederzuwerfen: Am 3.7. läßt sie die Regierung den Notstand ausrufen. Damit droht der englischen Arbeiterklasse der Einsatz von Militär.

■ Die Polizei geht immer brutaler gegen die Docker vor: Sie knüppelt den Weg frei, für Lastwagen, die Ladegut zu bestreikten Häfen bringen. Allein in der Woche vom 7.8. zum 12.8. nahm sie insgesamt 50 Streikposten fest. Am 14.8. prügelten 400 Polizisten auf eine Menge von 600 streikpostenstehenden Dockern ein und griffen sich 10 Arbeiter heraus, die sie abtransportierten.

■ Die Docker aber ließen sich nicht viel gefallen. So mancher Polizeibeamte blieb in diesen Tagen angeschlagen zurück oder mußte sogar von seinen Kollegen ins Krankenhaus gebracht werden.

■ Die Führung der Transportarbeitergewerkschaft aber ließ die Docker im Stich: Am 16.8. beschloß eine Funktionärsversammlung unter Leitung von Generalsekretär von Jack Jones – er ist den Docker wegen seiner weichen Haltung den Unternehmern gegenüber gut bekannt – den Streik am 20.8. zu beenden. Sie hatten sich mit finanziellen Zugeständnissen abspeisen lassen, die langfristig aber die Sicherheit der Arbeitsplätze in keiner Weise gewährleisten. (s. Bericht über den „Jones-Aldington-Plan" auf Seite 7). Aber darum hatten die Docker gekämpft. Und darum wird auch der Kampf weitergehen, ob eine Funktionärsversammlung das will oder nicht.

■ Das brachten auch die Docker zum Ausdruck, die nach der Entscheidung für Beendigung des Streiks den Saal stürmten, die Funktionäre mit Tintenfässern bewarfen und Jack Jones, nachdem sie ihn kräftig verprügelt hatten, für den Nachmittag im Verhandlungssaal einsperrten.

Forts. Seite 4

Klassenjustiz schlägt zu

Terror - Urteil gegen Hoppe

Am 26. Juli verhängte das Hamburger Schwurgericht ein empörendes Urteil gegen Werner Hoppe: 10 Jahre Freiheitsentzug „wegen versuchten Totschlags in drei Fällen". Das sind noch 4 Jahre m e h r, als der Staatsanwalt gefordert hatte – eine Praktik, die bislang selten ist.

Die Anklage gegen Werner Hoppe, die zu Beginn auf „Mordversuch in 4 Fällen" lautete, war während der 32 Verhandlungstage völlig zusammengebrochen. Das Urteil steht in krassestem Gegensatz zu den Tatsachen, die im Verlauf des Prozesses bekannt wurden. Es ist ein Urteil, das an die Methoden der Klassenjustiz unter dem Nazi - Faschismus erinnert.

Werner Hoppe wurde am 15. Juli letzten Jahres verhaftet. An diesem Tag lief in ganz Norddeutschland die Polizeiaktion „Kora", die erste großangelegte Fahndungsaktion gegen die „Baader - Meinhof - Gruppe". Über 3000 Polizisten, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, Panzerwesten und Tränengas, errichteten 200 Straßensperren. Mittlerweile gehören derartige Polizeiaufmärsche schon fast zum „normalen" Straßenbild. In Frankfurt beispielsweise werden selbst einfache Verkehrskontrollen von MP - bewaffneten Polizisten durchgeführt. Viele haben sich an dieses Bürgerkriegsbild schon gewöhnt – sie *sollen* sich daran gewöhnen.

Woran sich viele auch gewöhnen sollten: Am 15. Juli 71 buchte die Polizei in Hamburg ihren ersten „Abschußerfolg in Sachen Baader / Meinhof". Ein BMW durchfuhr eine Straßensperre und wurde verfolgt. Es kam zu einem Feuergefecht. Die zwanzigjährige Petra Schelm, die auf der Fahndungsliste der Polizei stand, wurde erschossen; ihr Begleiter Werner Hoppe verhaftet. Petra Schelm lag nach Aussagen eines Passanten mindestens zehn Minuten auf dem Pflaster, ehe ein Rettungswagen eintraf. Kein Polizist bemühte sich, Erste Hilfe zu leisten, nachdem sie umgelegt war.

Auf die Anklagebank kamen aber nicht diejenigen, die Petra Schelm **auf** dem Gewissen haben, sondern ... ihr verhafteter Begleiter Werner Hoppe. Er wurde des Mordversuchs an 4 Polizisten beschuldigt. Fast ein Jahr saß er in zermürbender Untersuchungshaft. Ihm wurden dabei Rechte vorenthalten, die ihm laut Gesetz eigentlich zustehen. Bei politischen Häftlingen gehört auch dies heute schon zur alltäglichen Praxis der Strafjustizbehörden.

Der Prozeß begann am 24. Juni dieses Jahres. Wer aber annahm, daß das Gericht nun vor allem die Umstände der Erschießung Petra Schelms aufklären würde, wurde eines Besseren belehrt. Es war dem Gericht schon peinlich genug, als ein 13 - jähriger Junge auftrat und seine Beobachtung von der Erschießung Petra Schelms wiedergab: Danach hat Petra Schelm nicht auf den Polizisten Hinzmann geschossen und wurde ohne Anruf von hinten umgelegt. Der Todesschütze Hinzmann hatte genau Entgegengesetztes behauptet. Sein Begleiter, Polizeimeister Lavalette, hatte Hinzmann in seiner Darstellung einer „Notwehrsituation" ursprünglich im Polizeiprotokoll bestätigt. Vor Gericht konnte er sich mit einem Mal an nichts mehr erinnern und wollte auch nichts gesehen haben.

Schon am 3. Verhandlungstag beantragte Staatsanwalt Gamelin, den „Komplex Petra Schelm" von der Verhandlung auszuschließen, da er „nicht zur Sache gehörig" sei. In der Urteilsbegründung des Gerichts gegen Hoppe wird die Erschießung Petra Schelms denn auch trotz der Augenzeugenaussage des 13 - jährigen Jungen nur mit einem unglaublich zynischen Nebensatz erwähnt: „Als Petra Schelm ihr Schicksal in Gestalt einer Kugel traf..."

Das Gericht hatte umso weniger ein Interesse an der Aufklärung der Erschießung Petra Schelms, als mittlerweile eine Reihe weiterer Opfer auf das Konto der Polizei kommt: Georg v. Rauch, Thomas Weisbecker, Richard Epple, Ian MacLeod. Ein Konto, für das die Bezeichnung „Notwehr" sich immer mehr als offizielle Schutzbehauptung entlarvt, die mit todsicherer Regelmäßigkeit bei dejem neuen Opfer wiederholt wird. Ein Konto, dessen Abschußraten in Wahrheit die Namen Willkür und Terror verdienen.

Die Erschießung Petra Schelms konnte darunter von der Polizei noch am „glaubhaftesten" als „Notwehr" verkauft werden, weil Petra Schelm im Gegensatz zu allen weiteren Opfern selbst auch geschossen hatte. Und schießen darf in unserem Staat nur die Polizei. Am „glaubhaftesten"... bis zur Augenzeugenaussage des 13 - jährigen Jungen. Wen wundert es da, wenn das Gericht den „Komplex Petra Schelm" aus dem Verfahren raushaben wollte? ! Die Polizei hätte sonst den Raub ihres Paradebeispiels für angebliche „Notwehr" befürchten müssen.

Das vom Hoppe - Prozeß abgetrennte Ermittlungsverfahren gegen Polizeimeister Hinzmann wurde im übrigen auch eingestellt. Der tatsächliche Ablauf des Feuergefechts vom 15. Juli 1971 in Hamburg - Bahrenfeld soll also weiterhin im Dunkeln bleiben.

Werner Hoppe mit seinem Verteidiger Heinrich Hannover bei einem Lokaltermin von Polizisten umringt.

Anheizung der Gerichtsatmosphäre

Viele Dinge „am Rande" des Prozesses gegen Werner Hoppe machten schon klar, in wessen Namen und auf welche Art hier „Recht" gesprochen werden sollte. Mehrfach wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil diese ihre Empörung über das Vorgehen des Gerichts nicht unterdrückte. Den Verteidigern Werner Hoppes wurde am 5. Verhandlungstag vorübergehend verboten, Tonbandaufnahmen von der Verhandlung zu machen. Begründung: Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß diese *wissenschaftlich ausgewertet* werden! Ob Landgerichtsdirektor Schmidt etwa deswegen eine solche Angst davor hatte, weil damals schon *feststand*, wie „unwissenschaftlich" das Urteil und das ganze Vorgehen des Gerichts ausfallen würden? !

Jedenfalls war die Richtung zu diesem Zeitpunkt schon längst vorgezeichnet: Am 4. Verhandlungstag hatte ein Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft (Polizeimeister Lavalette) sich derart in Widersprüche verfangen, daß die Verteidigung exemplarisch die Haltlosigkeit der Anklage gegen Hoppe nachweisen konnte. An diesem Punkt führte Landgerichtsdirektor Schmidt vor, was die „Neutralität" und „Unvoreingenommenheit' des Gerichts wert sind: Er griff in unzulässiger Weise zugunsten des völlig verwirrten Polizeimeisters Lavalette ein und half ihm (und der Anklage) so aus der Klemme. Der Befangenheitsantrag, den die Verteidiger Hoppes wegen dieser Begünstigung gegen Landgerichtsdirektor Schmidt stellten, wurde (natürlich!) abgelehnt.

Auch ansonsten wurden den Zeugen der Staatsanwaltschaft allerlei Mätzchen erlaubt. Mehrfach verweigerten sie die Aussage zu wichtigen Punkten, was mit dem „Dienstgeheimnis" begründet wurde. Als Polizeimeister Hinzmann ins Kreuzverhör der Verteidigung treten sollte, war er plötzlich aus dem Gerichtssaal verschwunden. Er tauchte eine halbe Stunde später mit einem ärztlichen Attest wieder auf, das ihm „Verhandlungsunfähigkeit" bescheinigte. Der untersuchende Arzt: „Über die Ursachen hat mich Herr Hinzmann gebeten zu schweigen. Ihm ist aber etwas schwer auf den Magen geschlagen." Obwohl Polizeimeister Hinzmann dann zum nächsten Verhandlungstag geladen war, erschien er nicht. Sein Aufenthaltsort konnte angeblich nicht ermittelt werden.

Während des Prozesses befanden sich bewaffnete Polizisten im Gerichtssaal. Die Verteidiger Hoppes deuteten dies als eine Bedrohung und forderten den Ausschluß der bewaffneten Beamten. Sie hatten auch Grund genug, in der von Aggressionen gegen Werner Hoppe und dessen Verteidiger angeheizten Atmosphäre eine Gefährdung durch die bewaffnete Polizeimacht zu befürchten: Bei einem Ortstermin hatte ein Polizist mit einer nicht gesicherten Pistole gespielt und sich dabei selbst in den Fuß geschossen. Dennoch fand das Gericht (natürlich!) nichts dabei und lehnte den Antrag ab.

Für die Anheizung der Gerichtsatmosphäre im Sinne der Anklage sorgten nicht zuletzt verschiedene Presseberichte. Hoppe wurde von Springers „Welt" mit dem „Terror in unserem Land" in Verbindung gebracht. Seine Anwälte ebenso. Diese erhielten auch Drohbriefe, in denen ihnen angekündigt wurde: „Wenn Sie ihre Winkelzüge weiter verfolgen, werden Sie das persönlich bezahlen." Bei den Geschworenen gingen Entführungsdrohungen gegenüber deren Familienmitglieder ein, was die Atmosphäre weiter zuungunsten Werner Hoppes anheizte. Aus wessen Feder diese stammen könnten, interessierte die Springer - Presse natürlich nicht. Sie hatten jedenfalls wieder Stoff (geschaffen?), um gegen Hoppe und dessen „Gesinnungsfreunde" zu hetzen. Allerdings: Werner Hoppe hatte sich von derartigen Methoden eindeutig distanziert: Revolutionäre wie er gebrauchten keine Bombendrohungen gegen unschuldige Frauen und Kinder!

Gutachten zählt nicht

Die Anklage gegen Werner Hoppe hatte ihm Mordversuch an 4 Polizisten vorgeworfen, was sich einzig auf die Behauptungen der Polizei stützte. Diese Anklage brach völlig zusammen.

- Polizeimeister Lavalette hatte direkt nach der Polizeiaktion vom 15. 7. 71 im Polizeibericht angegeben, daß er nur Schüsse *gehört* habe, nachdem sie den BMW von Petra Schelm und Werner Hoppe gestellt hatten. Daraus habe er „geschlußfolgert", daß beide geschossen hätten. Vor Gericht gab Lavalette jetzt plötzlich an, er habe „mit Sicherheit" *gesehen*, daß Hoppe geschossen hätte. Allerdings: Lavalette befand sich zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben in voller Deckung! Er sei erst wieder hinter den Sitzen des Polizeiwagens aufgetaucht, „als Ruhe herrschte"! Demnach kann seine Behauptung vor Gericht, er habe Hoppe schießen *gesehen*, nur *falsch* sein.
- Polizeimeister Hinzmann behauptete, daß Hoppe ins Wageninnere des Polizeiwagens gezielt hätte, woraus die Anklage eine Tötungsabsicht von Hoppe konstruierte. Tatsächlich mußte Hinzmann im Verhör dann aber zugeben, daß er wie sein Begleiter Lavalette in Deckung gegangen sei und einen Knall und Aufschlag *auf dem Wagendach* nur *gehört* hatte. Die Beurteilung eines Waffensachverständigen von diesem Geschehen brachte die Polizeibehauptung, der Schuß sei *gezielt* (mit Tötungsabsicht) abgegeben worden, ins Wanken. Der Gutachter: „Der Schütze könnte unter Umständen auf dem Wege gewesen sein, einen *Warnschuß* abzugeben und zu früh abgedrückt haben."
- Lavalette gab an, daß er Hoppe weiter verfolgt habe, und daß dieser dann stehengeblieben sei, sich umgedreht und auf ihn gezielt geschossen hätte. Ein Augenzeuge, der die Szene beobachtete, schilderte sie allerdings so, daß Hoppe nur die Pistole bei der Verfolgung nach hinten hielt und im Laufen schoß. Auch hierdurch ist die Behauptung der Anklage ins Wanken geraten, wonach Hoppe gezielt mit Tötungsabsicht geschossen haben soll. Nach den unzähligen Widersprüchen in seinen Aussagen befragt, antwortete Polizeimeister Lavalette den Verteidigern: „Es ist mir heute nicht mehr möglich, mich festzulegen. In meinem Kopf sirrt und surrt es." Das sind die Zeugen, auf die das Gericht sich bei seinem Urteil beruft, denen es schlankweg „Glaubwürdigkeit" zubilligt – weil es sich um Polizisten handelt, die im Sinne der Klassenjustiz funktionieren!
- Zwei weitere Polizeibeamte sagten aus, daß Hoppe sie bei seiner Verfolgung „aus 20 bis 30 Metern" beschossen hätte. Sie wollen auch einen Knall gehört haben. Daß Hoppe sie gezielt beschossen hätte, wollen sie am Mündungsfeuer seiner Pistole erkannt haben.

Gegen die Behauptung von diesem Schußwechsel steht die Aussage eines 31 - jährigen Kaufmanns, der Tatzeuge war. Es wurden auch weder Einschüsse noch leere Hülsen gefunden, die die Behauptung der beiden Polizisten bestätigen könn-

ten. Was den Knall betrifft, den die beiden Polizisten angeblich gehört haben wollen: Nachweislich überdröhnte der tieffliegende Polizeihubschrauber zu diesem Zeitpunkt die gesamte Szene.

- Zum Mündungsfeuer. Sowohl die beiden eben erwähnten Polizisten als auch Polizeimeister Lavalette hatten ihre Behauptungen damit untermauern wollen, daß sie angeblich Mündungsfeuer gesehen hätten. Dazu sagte ein Waffensachverständiger im Prozeß: Das ist unmöglich. Dieses Mündungsfeuer ist nur in einem völlig abgedunkelten Raum aus der Nähe gut zu sehen. Bei den Lichtverhältnissen am 15. Juli 71 konnte man ein Mündungsfeuer aber selbst auf 40 cm Entfernung nicht erkennen!

Landgerichtsdirektor Schmidt tat diese Erklärung des Waffensachverständigen in seiner Urteilsbegründung einfach damit ab, daß die Polizisten sich dann eben „geirrt" hätten. Das würde aber „nichts ändern". Was die Polizisten allerdings nach der Meinung des Waffensachverständigen hätten sehen *müssen*, wenn sie überhaupt etwas gesehen haben, wäre ein rückstoßbedingtes Hochschnellen von Hoppes Pistole. Das jedoch haben die Polizisten, wie sie selbst aussagten, *nicht* gesehen.



Petra Schelm ...

- Schließlich der wichtigste Punkt: Der Waffensachverständige war nach einer Untersuchung von Hoppes Pistole zu dem Ergebnis gekommen, daß nur *ein* Schuß mit Sicherheit nachweisbar sei und *höchstens zwei* abgegeben worden sein können. Aus dem 13 - schüssigen Magazin fehlte nur *eine* Kugel. Dazu paßt, daß auch nur *eine* leere Hülse von Hoppes Pistole gefunden wurde. Möglich sei nur, daß eine weitere Kugel noch vorgeladen war, womit maximal zwei Schüsse denkbar seien. Wesentlich aufgrund dieser *Tatsachen* hatte der Staatsanwalt seine ursprüngliche Anklage (Mordversuch in vier Fällen) in seinem Plädoyer auf *einen* Totschlagsversuch reduziert.

Landgerichtsdirektor Schmidt fegte aber auch dieses Gutachten einfach vom Tisch. In der Urteilsbegründung erfand er einfach ein weiteres Magazin, das Hoppe leergeschossen und auf der Flucht weggeworfen haben soll. Im solcher „Verdacht" war im ganzen Prozeß nicht ein einziges Mal vorher erwähnt worden. Kein Wunder: Ein weiteres, leergeschossenes Magazin ist natürlich nie gefunden worden!

Recht mit zweierlei Maß

Das Urteil gegen Werner Hoppe steht also deutlich in Widerspruch zu wissenschaftlichen Gutachten, die im Prozeß vorgelegt wurden. Selbst liberale bürgerliche Zeitungen übten leise Kritik daran und vermuteten, daß hier ein „politisches Urteil" gefällt wurde.

In der Tat. Aber die Urteile der bürgerlichen Klassenjustiz sind immer politische Urteile. Landgerichtsdirektor Schmidt ist ein treuer Diener seines Herrn – und dieser Herr ist der kapitalistische Staat.

Was wird mit dem Urteil gegen Werner Hoppe bezweckt? Fassen wir zusammen:

1. Offenbar sollten Hintergründe und Ablauf der Erschießung Petra Schelms verschleiert werden. Ein Freispruch Werner Hoppes, wie ihn die Verteidigung aufgrund der bekanntgewordenen Tatsachen forderte, hätte die Polizei in Schwierigkeiten gebracht, ihre These von der „Notwehr" bei der Erschießung Petra Schelms aufrechtzuerhalten. Ist die Notwehrbehauptung bei den folgenden Opfern zunehmender Polizeiwillkür schon durchlöchert genug, so wollte die Polizei nicht auch noch ihr *einziges* Paradebeispiel dafür verlieren.
2. Mit dem Urteil wird ein erklärter Gegner des Kapitalismus getroffen, der *stellvertretend* für *alle* Antikapitalisten gerichtet wird. Das Urteil soll in dieser Hinsicht als Abschreckung dienen und dabei vor allem vor dem gewaltsamen Widerstand gegen den Gewaltapparat des Staates warnen.

Das Urteil gegen Hoppe ist kein Einzelfall, sondern Symptom eines schrittweise verschärften Eingreifens der Klassenjustiz gegenüber der antikapitalistischen Bewegung in Westdeutschland.

Erst vor kurzem wurde der Anarchist Dieter Kunzelmann ähnlich wie Werner Hoppe zu 9 Jahren Freiheitsentzug verurteilt: wegen eines Bombenanschlags, bei dem keine Bombe losging und dessen Nachweis auch recht fragwürdig ist.

Johann Heinrich v. Rauch, Bruder des erschossenen Georg v. Rauch, mußte 2 1/2 Jahre hinter Gitter: wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt" und „Gesinnungsgenossenschaft mit Terroristen".

Das sind zwei „spektakuläre" und für jeden erkennbar *politische* Urteile der Klassenjustiz in unserem Land, die den kapitalistischen Staat klar als Gewaltmonopol erscheinen lassen und vom Kampf gegen ihn abschrecken sollen. Wie viele Urteile spricht die Klassenjustiz aber aus, die weniger als politische Urteile erkennbar sind, die kaum bekannt werden, die aber dennoch *Klassenurteile* und darum politische Urteile sind? Etwa die Verurteilung eines Münchner Arbeiters zu sechs Monaten Gefängnis, weil er sich in einem Lokal eine Gulaschsuppe bestellte, die er nicht bezahlen konnte!

Viele Urteile der Klassenjustiz erfolgen lautlos. Sie treffen das Schicksal einzelner Menschen, die durch die Verhältnisse ihres Lebens in dieser Gesellschaft individuell zum Bruch mit der bürgerlichen Eigentumsordnung getrieben werden.

Die politische Verfolgung der aktiven Kämpfer gegen den Kapitalismus wie auch der kleinen Warenhausdiebe, Zechpreller, Schwarzfahrer usw., die keinen Respekt vor der kapitalistischen Eigentumsordnung haben, nimmt zu. Sie entwickelt sich erneut in die Richtung brutaler Terrorurteile, wie sie der älteren Generation der westdeutschen Arbeiterklasse noch vom Nazi - Regime in schrecklicher Erinnerung sind. Es beginnt mit zügellos harten Urteilen gegen verirrte politische „Verzweiflungstäter", weil die Justiz sich hier noch den geringsten Widerstand oder gar das größte „Verständnis" der Bevölkerung erhofft. Es endet mit dem Justizterror gegen *alle* Gegner des Kapitalismus, mit der polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung. Unzählige Menschen wurden im Nazi - Faschismus in Konzentrationslager, in Gefängnisse der Gestapo und der Strafgerichte geworfen. Ihr einziges „Verbrechen" war, daß sie Kommunisten, Gewerkschafter, aufrechte Antifaschisten oder Juden waren.

1941 wurde ein kommunistischer Bergmann zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er sieben Jahre zuvor „zwei- oder dreimal kleinere Geldbeträge von etwa je zwanzig Pfennig" für politische Häftlinge gespendet hatte. Im gleichen Jahr wurde eine Frau zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie als politischer Flüchtling Unterstützungsgelder von der Roten Hilfe entgegengenommen hatte.

Zwei Beispiele aus der endlos langen Kette von Verbrechen der kapitalistischen Klassenjustiz unter dem Faschismus. Der Staatsanwalt, der in diesen beiden Fällen die verhängten Strafen forderte, war H. Schrübbers. Dieser Mann war anschließend über 16 Jahre Präsident des westdeutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz.



Wes Brot ich ess',des Staat ich schütz'!

So wie mit Schrübbers hat sich das Kapital mit tausenden anderen alten und neuen Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg wieder einen tadellos funktionierenden Staatsapparat aufgebaut. 1968 waren beispielsweise noch über 800 Juristen der Nazi - Justiz in westdeutschen Gerichten tätig. (Braunbuch, Staatsverlag der DDR).

Sie waren die Garanten, die dafür sorgten, daß nach ihrer Pension ebenso loyale Kapitalistenknechte an ihre Stelle treten. Richter, die genau zu unterscheiden wissen, welche „Verbrechen" gegen das Kapital gerichtet sind und darum verfolgt werden müssen, und welche Verbrechen *im Interesse* des Kapitals sind, und darum *geschützt und verteidigt* werden müssen. Denn das ist der Kern der kapitalistischen Klassenjustiz: ein „Recht mit zweierlei Maß", Unrecht gegenüber den Arbeitern und Gegnern des Kapitalismus auf der einen Seite, schrankenlose Duldung von Verbrechen der Kapitalisten und ihrer Stiefelputzer auf der anderen Seite.

Durchschnittlich 30 Arbeiter werden täglich in sogenannten „Arbeitsunfällen" getötet. Ursache ist fast durchweg die durch das Profitstreben der Kapitalisten diktierte Arbeitshetze, völlig ungenügende Sicherheitsvorkehrungen, weil diese natürlich Geld kosten usw. Wo wurden jemals die Unternehmer dafür zur Rechenschaft gezogen? Wo hat ein Gericht jemals geurteilt, daß die „Arbeitsunfälle" nichts anderes sind als Mord am Arbeitsplatz?



... Opfer der Polizeiwillkür

Wo schreiten die Gerichte ein gegen die ungeheuer zunehmende Umweltverseuchung durch die kapitalistische Industrie, die langsam aber unaufhörlich die menschliche Gesundheit und die Natur zerschindet?

Noch einige Beispiele dafür, wie in solchen Fällen „Recht" gesprochen wird, wenn sich eine Einschaltung der Gerichte aufgrund des *öffentlichen Drucks* nicht mehr vermeiden läßt:

Die Firma Chemie Grünenthal hat mit ihrem Medikament Contergan ungefähr 2000 Krüppel auf dem Gewissen. Lange Zeit wurde das Medikament nicht zurückgezogen, obwohl bereits zahlreiche Mißbildungen bei kleinen Kindern auf dessen Schädlichkeit hinwiesen. Als dann eine gerichtliche Untersuchung nicht mehr zu vermeiden war, erging folgendes Urteil: Nichtverfolgung wegen Bagatellsache! Die Schuld des angeklagten Unternehmens sei zu gering! Ähnliches verlief danach mit dem Medikament Menocil.

Der ehemalige Beisitzer von Freisler am „Volksgerichtshof" der Nazis, H. J. Rehse, der für etliche Bluturteile an Kommunisten und fortschrittlichen Arbeitern mitverantwortlich ist, übte noch lange Zeit in der BRD seinen Richterberuf aus. Als seine „Vergangenheit" bekannt wurde und deswegen ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden mußte, wurde er 1968 in zweiter Instanz freigesprochen. Begründung: auch der totalitäre Staat habe ein Recht auf Selbstbehauptung.

Allein bei der Hamburger Staatsanwaltschaft liegt seit 1960 Material über mehr als 60 Nazi - Verbrechen in den Akten, ohne daß bislang eine Anklageschrift rauskam. Dr. Ludwig Hahn beispielsweise, ehemaliger SS- und SD - Chef von Warschau, der des mehrfachen Mordes beschuldigt wird, befindet sich immer noch auf freiem Fuß. Er ist nicht der einzige.

Polizeimeister Kurras, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den iranischen Schah erschoß, wurde freigesprochen. Gegen Polizeimeister Hinzmann, der Petra Schelm erschoß, wurde das zunächst eingeleitete Ermittlungsverfahren wieder eingestellt.

Das ist die Wirklichkeit der Klassenjustiz in unserem Land. Das Urteil gegen Werner Hoppe soll der Abschreckung für alle Gegner des Kapitalismus dienen. Aber diese Rechnung der Klassenjustiz wird auf die Dauer nicht aufgehen. Immer, wenn der kapitalistische Staat zu gesteigerten Terrormaßnahmen greift, ruft er damit eine breitere Empörung unter der Bevölkerung hervor.

Mehr Menschen werden die ganze Widerwärtigkeit dieses Systems erkennen. Sie werden erkennen, daß das Urteil gegen Hoppe kein Einzelfall ist, sondern nur die Spitze eines Eisberges. Sie werden erkennen, daß das kapitalistische „Recht" in Wahrheit ein Unrecht ist, ein „Recht mit zweierlei Maß".

Arbeiterkampf
Herausgeber - Druck - Verlag
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse
presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 14.000
Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

Der Kampf der DOCKER

Die Kämpfe der englischen Arbeiter für höhere Löhne und gegen die reaktionären Maßnahmen der konservativen Regierung in diesem Jahr waren erfolgreich. Die Regierung war nicht in der Lage, ihr arbeiterfeindliches Programm – Lohnleitlinien von 7 – 8 % und die Anwendung des Antistreikgesetzes – durchzuführen.

- **280 000 Bergarbeiter erkämpften sich im Februar nach 6 - wöchigem Streik eine 20 % ige Lohnerhöhung, obwohl die staatliche Kohlenbehörde nur 8 % zugestehen wollte.**
- **250 000 Eisenbahner holten sich im April 13,5 %. Sie hatten sich nicht dadurch beirren lassen, daß die Regierung zum ersten Mal das Antistreikgesetz anwendete u**

Antistreikgesetz anwendete und ihren Streik für eine „Abkühlungsfrist" von 14 Tagen aussetzte. Nach dieser Frist kämpften sie weiter – genauso hart wie vorher. Die mit der Aussetzung bezweckte „Abkühlung" der Kampfbereitschaft hatte es nicht gegeben.

- **Gegenwärtig stehen die Docker (Hafenarbeiter) im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Die Kapitalisten versuchen, die „natürlichen Folgen der Rationalisierung" der Hafenbetriebe durch die Einführung von Container - Verkehr auf den Rücken der Docker abzuwälzen. Die Einsparung von Arbeitern benutzen sie zu Massenentlassungen und Lohndrückerei. Den Widerstand der Docker dagegen versucht die Regierung im Auftrag der Kapitalisten durch die Anwendung des Antistreikgesetzes und der ihr zur Verfügung stehenden Staatsorgane brutal niederzuknüppeln. Geldstrafen, Haftbefehle, Gefängnis, Erklärung des Notstandes, das Einsetzen von Polizei und Militär – das sind die Mittel, mit denen die Arbeiterbewegung zerschlagen werden soll.**

Daß sich die Klassenkämpfe in England gerade in dieser Zeit so ungeheuer verschärfen, ist nicht zufällig:

Die englischen Kapitalisten wollen durch den Eintritt in die EWG ihr wirtschaftliches und politisches Come - back in der Weltpolitik einleiten. Für den Konkurrenzkampf mit den europäischen Kapitalisten sind die englischen Kapitalisten aber denkbar schlecht ausgerüstet: Die niedrigsten Produktivitätsraten in Westeuropa und veraltete Maschinen und Produktionsanlagen sind typisch für die englische Wirtschaft. Die Verelendung breiter Schichten des Proletariats ist viel weiter fortgeschritten als z. B. bei uns in der BRD.

Um ihre Machtposition der europäischen und US - amerikanischen Konkurrenz gegenüber zu verbessern, müssen sie sich also „Ruhe an der Heimatfront" verschaffen. Eine solche „Ruhe an der Heimatfront" fordern auch die kapitalistischen EWG - Staaten von den englischen Kapitalisten als Bedingung für den Eintritt in die EWG. Denn *erstens* wollen sie sich an der Ausbeutung der englischen Arbeiter beteiligen (die EWG - Mitglieder haben sich bereits darauf geeinigt, daß „europäische Lohnleitlinien" von 7 – 8 % durchgesetzt werden sollen).

***Zweitens* fürchten sie das „Übergreifen" der klassenkämpferischen Haltung der englischen Arbeiter auf das Festland.**

Das Antistreikgesetz ist die Eintrittskarte der englischen Kapitalisten in die EWG.

Am 23. 7. verhaftete die englische Polizei fünf Docker: Steer, Turner, Watkins, Clancy und Merrick. Einen holte sie zu Hause ab, die anderen verhaftete sie aus einer Streikpostenkette heraus. Der formale Verhaftungs„grund" war, daß sie nicht zu einem Gerichtstermin erschienen waren, auf dem sie sich für ihre Kampfmaßnahmen verantworten sollten. Der wahre Grund aber war ein anderer: Die fünf hatten nämlich in den letzten Monaten bei den harten Kämpfen der Docker um sichere Arbeitsplätze und gegen das Antistreikgesetz in vorderster Front gestanden und den Kampf angeführt. Die Regierung wollte durch diese „exemplarische Maßnahme" die streikenden Docker einschüchtern. Die Antwort der englischen Arbeiter auf diese Provokation war eindeutig: Innerhalb von wenigen Tagen arbeitete in ganz England kein einziger Docker mehr. Die größten Häfen London, Liverpool und Hull waren dicht. Auch in den kleineren Häfen wurde kein Stück Arbeit mehr angefaßt.

Und dann ging es Schlag auf Schlag: Über 150 000 Arbeiter und Angestellte traten spontan in Sympathiestreiks:

- Die Bergarbeiter in Wales beschlossen ein paar Tage später, den Dockern zu helfen und legten die Arbeit nieder. Sie hatten im Februar, als sie selbst 7 Wochen im Streik standen, gelernt, was Arbeitersolidarität ist. Die Eisenbahner, Elektrizitätswerker und die Docker hatten ihnen damals geholfen und verhindert, daß Kohle von den Halden oder aus dem Ausland rangekarrt wurde, um den Streik wirkungslos zu machen. Ohne diese Unterstützung hätten die Bergarbeiter ihren Kampf gegen die Kapitalisten verloren.
- Die Setzer und Drucker in den Zeitungsverlagen hatten schon vor dem Wochenende die Arbeit niedergelegt. Bis auf eine Morgenzeitung erschien 5 Tage lang keine einzige Zeitung in England.
- Lastwagenfahrer riefen unter der Parole „kein Lastwagen auf Englands Straßen" einen Sympathiestreik aus.
- 500 Automobilarbeiter der British - Leyland - Austin - Werke in Birmingham ließen die Arbeit liegen.
- Das ganze Bodenpersonal auf dem Londoner Flughafen Heathrow streikte.
- Busfahrer, Fischereihafenarbeiter, Marktarbeiter solidarisierten sich mit ihren Dockerkollegen.

Die massenhaften Proteste hatten Erfolg: Nach 5 Tagen waren die verhafteten Docker frei, die Arbeiter hatten die Kapitalisten und ihre Justiz zum Nachgeben gezwungen. Bernhard Steer – einer der Verhafteten – sagte dazu richtig: „Die Arbeiter haben uns rausgeholt!"

Warum Streik?

Die bürgerliche Presse in der BRD hat anfänglich über die schon Monate dauernden Kämpfe der Docker kein Sterbenswörtchen berichtet. Jetzt wurde plötzlich vom Streik berichtet. Er wurde aber so dargestellt, als ginge es einzig und allein darum, die verhafteten Dokker wieder 'rauszuhauen. Das ist ein Manöver, um die ökonomische Notwendigkeit und den politischen Charakter der Kämpfe zu verschleiern und insbesondere die westdeutschen Arbeiter darüber zu belügen. Worum es wirklich ging, zeigten die Docker, als ihre Kollegen wieder draußen waren: Der Streik ging weiter *für sichere Arbeitsplätze und gegen das Antistreikgesetz der Kapitalisten!*

Für Sicherheit der Arbeitsplätze

Die Docker befinden sich in einer verzweifelten Notlage: Seit 1970 sorgt ein von der Regierung eingesetztes „Modernisierungskomitee für die Dockindustrie" für schärfste Rationalisierung in den englischen Häfen. Die englischen Hafen - Kapitalisten sind ihren Konkurrenten auf dem Festland nur gewachsen, wenn sie die Umstellung auf Container zügig vorantreiben. Dabei nehmen sie auf die Lage der Docker natürlich keine Rücksicht:

- Bis 1975 soll die Anzahl der Docker um die Hälfte verringert werden.
- Die Hälfte aller Schiffs - Liegeplätze wird stillgelegt.
- Schon jetzt ist ein Drittel der eingetragenen Docker arbeitslos.
- Über die Hälfte der Docker, die Arbeit haben, werden nur halbtags beschäftigt.

Durch einen hinterhältigen Schachzug versuchen die Unternehmer darüberhinaus noch, die erkämpften Tarife der Docker zu unterlaufen. Kurz nach dem II. Weltkrieg hatten sich die Docker die Zusicherung der staatlichen Hafenbehörden erkämpft, daß in den Hafenbezirken nur „reguläre" Hafenarbeiter zu festgesetzten Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Die Häfen und die dort beschäftigten Docker wurden in ein amtliches Register eingetragen. Seit einigen Jahren jedoch haben sich außerhalb dieser registrierten Bezirke Stauereifirmen und Hafenanlagen breitgemacht, die nicht diesen Bestimmungen unterliegen und deshalb vorzugsweise arbeitslose Landarbeiter aus den umliegenden Gegenden einstellen. Diesen Arbeitern brauchen sie nämlich nicht die Dockertarife, kein Krankengeld und keine Altersrente zu zahlen. (s. Kasten „Paradies der Profite") Die Landarbeiter sind froh, wenn sie ein paar Schichten mitnehmen können und verschlechtern so – ohne daß sie das wollen – die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Dokkerkollegen.

Shop Stewards

Die Hafenarbeiter gehören – neben den Automobil - und Bergarbeitern – zum militantesten Teil der englischen Arbeiterklasse. Ihre Führer haben sie sich selbstgewählt; es sind nicht die offiziellen Gewerkschaftssekretäre, sondern die besten Kollegen aus ihren eigenen Reihen. Sie werden „Shop Stewards" genannt und sind mit unseren Vertrauensleuten vergleichbar. Ein Londoner Shop Steward erklärte unserem Genossen, der in England mit den Dockern gesprochen hat (s. Kasten „Korrespondentenbericht"), genaueres: „Wir kommen zusammen in einer Betriebsversammlung während der Arbeitszeit irgendwo in einem Raum außerhalb des Betriebes. Aus ihrer Mitte schlagen die Kollegen vor, wen sie als geeignet ansehen. An Ort und Stelle wird dann gewählt, durch Handheben – auf je 100 Arbeiter ein Shop Steward... Die mit den meisten Stimmen sind gewählt. Die Wahl findet alle 2 Jahre (!) statt und es ist jederzeit möglich, einen Versager abzuwählen. Wir hatten mal einen, der stellte sich als Windei 'raus, das hat nur 2 Monate gedauert und er war wieder weg."

Auf die Frage, ob auch Vizen (Meister im Hafen) gewählt werden: „Unmöglich – der Foreman (Vize) zählt für uns eindeutig zum „Staff", zum Management, er vertritt die Unternehmensseite und kann unmöglich ein guter Shop Steward sein. Allerdings bekommen wir oft gleich nach der Wahl vom Boß das Angebot Foreman zu werden, Auch bei mir haben sie es versucht – aber ich hab' Danke gesagt."

„Wir sind also 6 Mann und je 4 sind auf Kosten des Unternehmens von der Arbeit freigestellt, je 2 arbeiten. Wer jeweils freigestellt ist und wer arbeitet, das bestimmen wir selbst und wir lassen das reihum gehen, so daß jeder zeitweise arbeitet und zeitweise freigestellt ist. Wir haben einen Kombiwagen mit Telefon drin und damit fahren wir im Hafen herum – jederzeit erreichbar. Wir gehen in jeder Schicht mindestens e i n m a l an Bord jedes Schiffes, zeigen unsere Gesichter vor und sehen nach dem rechten. Wenn was ist und wir haben etwas bei der Firmenleitung durchzuboxen, rufen wir diese sofort an. Wir legen den Fall dar und fordern eine Antwort. Wenn ‚keiner erreichbar' ist, setzen wir eine Frist und verstreicht die, liegt binnen 15 Minuten das Schiff still. Dann ist ganz plötzlich doch jemand zu sprechen."

Seit 4 Jahren haben die Shop Stewards ein Nationales Shop Steward Comitee gebildet. Damals wurde die Bedrohung der Arbeitsplätze durch die schon beschriebenen Praktiken der Containerfirmen sichtbar. Der jetzt national geführte offizielle Streik dagegen wäre ohne die Vorarbeit der miteinander in ständiger Verbindung stehenden Shop Stewards aller britischen Häfen unmöglich gewesen, denn wie bei uns, so versucht auch in England die Gewerkschaftsführung alles, um Arbeitskämpfe zu hintertreiben. Die Shop Stewards sind es, die den organisierten Druck „von unten" in die Gewerkschaft hinein ermöglichen.

Angeführt von ihren Shop Stewards kämpfen die Docker vor allem gegen das „Antistreikgesetz". An den Dockern wollen die Kapitalisten die Anwendung des Gesetzes



Arbeitersolidarität: Die freigelassenen Docker und ihre Kollegen fallen sich in die Arme.

Korrektur

Im letzten „Arbeiterkampf" schrieben wir im Artikel „Fuck the law" über die Streikentwicklung in England: „So stieg die Zahl der Streiktage von 1 731 (1963) über 4 672 (1968) bis zu 10 854 (1970)". Mit diesen Zahlen sind natürlich Streiktage in Tausend gemeint. Demnach waren es

1963	*1 731 000*
1968	*4 672 000*
1970	*10 854 000 Streiktage.*

(Aus „Klassenkämpfe in Westeuropa", rororo Taschenbuch)

ausprobieren. Bisher sind diese Versuche allerdings nicht gerade erfolgreich für die Kapitalisten gewesen.

Kampf gegen Antistreikgesetz

Den ersten Entwurf für ein solches Gesetz hat die damalige sozialdemokratische Labour - Regierung 1969 vorgelegt. Sie mußte ihn aber wieder zurückziehen, weil 100-Tausende auf die Straße gingen, dagegen demonstrierten und streikten. Die konservativen Tories, die 1970 an die Regierung kamen, brauchten nicht so viel Rücksicht auf die Stimmung in der Arbeiterklasse nehmen. Sie setzte das Gesetz – in verschiedenen Punkten noch wesentlich schärfer gefaßt als der Labour - Entwurf – im Februar dieses Jahres durch.

Den Kernpunkt des Gesetzes haben wir in der letzten Nummer des „Arbeiterkampf" schon benannt:

- Tarifliche Verhandlungsergebnisse sollen in Zukunft für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften „rechtlich bindend" sein und Streiks während eines laufenden Tarifvertrages, also sog. „wilde Streiks", als Vertragsbrüche gelten. Derartige „Vertragsbrüche" sollen dann mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden.

Damit wird das Recht auf „Immunität im Arbeitskampf", das sich die Arbeiterklasse bereits 1906 erkämpft hatte, außer Kraft gesetzt: Dieses Recht bedeutete, daß die Gewerkschaften einen Streik ausrufen konnten, wann immer die Arbeiter dies für notwendig hielten, selbstverständlich auch während eines laufenden Tarifvertrages. Sog. „wilde" Streiks waren in England also ganz „normal". Eine sog. „Friedenspflicht" für Gewerkschaften gab es bisher nicht, bzw. wurde 1906 auf Druck der Arbeiter abgeschafft. Entgegen Interpretationsversuchen westdeutscher Gewerkschaftsführer ist die „Friedenspflicht" für die Arbeiter bei Dauer eines laufenden Tarifvertrages also durchaus kein „normaler" Zustand – wie am englischen Beispiel leicht zu erkennen. Vielmehr handelt es sich dabei um ein beliebtes Erpressungsmittel der Kapitalisten. Löhne und Gehälter sollen für bestimmte Fristen unwiderruflich festgelegt werden, während sie selbst in dieser Zeit nach Belieben Profite und Preise erhöhen können. Kein Arbeiter wird im Kapitalismus gegen „wilde" Preiserhöhungen, gegen „wilde" Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten durch eine „Friedenspflicht" geschützt.

- Ergänzt wird dieser Angriff auf die Streikfreiheit durch die *Registrierpflicht:* Alle Gewerkschaften müssen sich in Zukunft in ein staatliches Register eintragen lassen. Ob sie dort aufgenommen werden, hängt davon ab, ob ihre Satzung genehmigt wird oder nicht. Durch die staatliche Kontrolle der Gewerkschaftssatzungen wollen die Kapitalisten die Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie durchdrücken: durch komplizierte Instanzenwege und Abstimmungsvorschriften soll das Mitspracherecht der Mitglieder bei Beschlüssen (vor allem bei Streikbeschlüssen!) erschwert werden.

Während es bisher für die Shop Stewards relativ leicht war, auch ohne Befragung der Gewerkschaftsführung, einen Streik durchzuführen, sollen diese Entscheidungen jetzt stärker nach „oben" verlagert werden. Gleichzeitig wird den Gewerkschaftsführern ein Katalog von Disziplinierungsmaßnahmen in die Hand gegeben, mit denen sie aufmüpfige Stewards an die Kandare nehmen sollen.



Docker versuchen eine Polizeikette zu durchbrechen, die den Weg für Streikbrecherlastwagen freiknüppelt.

Durch die Androhung verschiedener finanzieller Strafen versuchen die Kapitalisten die Gewerkschaften zu zwingen, sich registrieren zu lassen:

- sonst müssen sie Steuern zahlen – Gewerkschaften waren bislang vom Steuerzahlen befreit gewesen
- sonst können sie bie jedem Streik schadensersatzpflichtig gemacht werden.

Wenn sich eine Gewerkschaft aber trotzdem nicht registrieren lassen will, dann wird ihr ganz einfach abgesprochen, überhaupt eine Gewerkschaft zu sein!

Laut Gesetz sind nämlich nichtregistrierte Gewerkschaften nur noch irgendwelche „Organisationen von Arbeitern" und keine Gewerkschaften mehr.

In diesem Punkt sind die Kapitalisten ganz offen: sie wollen die freien Gewerkschaften – so wie sie jetzt noch bestehen – zerschlagen. Trotz Bestechung der Gewerkschaftsspitze haben sie sich doch unter den Druck der Arbeiterklasse immer noch als Waffe gegen Lohnabbau und politische Entrechtung erwiesen. Diese Waffe will die Kapitalistenklasse der Arbeiterklasse aus der Hand schlagen.

Zu diesen beiden Kernpunkten (Aufhebung der Streikfreiheit, Registrierpflicht) kommt noch, daß die Regierung durch das Antistreikgesetz ermächtigt ist, einen Streik bis zu 60 (!) Tagen auszusetzen. Damit gibt es den Unternehmern schön Zeit, sich auf einen Streik vorzubereiten, die Produktion zu verlagern oder im Voraus zu produzieren. Außerdem wird diese Zeit nicht verstreichen, ohne daß Presse und Kapitalisten versuchen, den Arbeitern das Streiken auszureden und sie zu demoralisieren.

In der Praxis können die Kapitalisten und ihre Regierung dieses Gesetz natürlich nicht von heute auf morgen durchsetzen. Ein großer Teil der Arbeiterklasse kämpft noch immer gegen das Antistreikgesetz. Und das, obwohl es sich dabei um ein „ordnungsgemäß parlamentarisch verabschiedetes Gesetz" handelt, was gerade die bürgerliche Presse hier in der BRD immer wieder herausstreicht. Die englischen Arbeiter halten sich in dieser Frage eben nicht an die „parlamentarischen Spielregeln". Sie bekämpfen das Gesetz, weil es sich gegen ihre Interessen richtet, ob es nun irgendwo verabschiedet wurde oder nicht!

Auch die Gewerkschaftsführung ist gezwungen, in den Protest gegen das Gesetz mit einzustimmen, obwohl sie dabei ständig versucht, den Kampf der Arbeiterklasse abzuwiegeln und ihm die politische Schärfe zu nehmen. So hat der TUC (Dachverband der größten Gewerkschaften in England) im März 71 beschlossen, daß sich keine der dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften registrieren läßt und daß der Teneralrat des TUC „alle Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen dieses Gesetz unterstützt." Weiterhin wurde unter dem Druck der Delegierten beschlossen: „Alle dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften sollten Schritte unternehmen, die garantieren, daß sie keine rechtlich bindende Kollektivverträge eingehen und daß jede Vereinbarung, die bereits besteht oder gerade abgeschlossen wird, eine Klausel enthält, die den Rechtsweg ausschließt."

Insgesamt kann man sagen, daß die Kämpfe der englischen Arbeiterklasse gegen die Anwendung des Antistreikgesetzes bisher erfolgreich waren. Zweimal haben die Kapitalisten versucht, es anzuwenden, zweimal sind sie gescheitert:

1. Der Eisenbahnerstreik

Als im April die 250.000 Eisenbahner geschlossen in einen Bummelstreik traten, ordnete die Heath-Regierung nach dem Antistreikgesetz eine „Abkühlungsperiode" von 14 Tagen an und danach eine zwangsweise Urabstimmung über die Fortsetzung des Streiks.

Ihr Ziel – Lähmung der Kampfbereitschaft der Eisenbahner – erreichten sie damit allerdings nicht: 84 % wollten weiterkämpfen. Nach 3 Monaten mußte die staatliche Eisenbahnbehörde 13,5 % Lohnerhöhung zugestehen.

2. Der Dockerstreik

Auch die Docker ließen sich nicht täuschen, obwohl die Kapitalisten ihnen gegenüber mit wechselnden Argumenten und wechselnder Taktik vorgingen: Im April verhängte das Arbeitsgericht gegen die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) eine Geldstrafe von 55 000 Pfund (rund 462 000 DM!), weil ihre Shop Stewards „wilde Streiks" organisiert hatten. Der Arbeitsgerichtspräsident Donaldson begründete das Urteil folgendermaßen:

„Die Gewerkschaft ist dafür verantwortlich, wenn ihre offiziellen Vertreter oder Shop Stewards bei ihrer gewerkschaftlichen Arbeit die Gesetze brechen. Es ist die Pflicht der Gewerkschaft, dafür zu sorgen, daß sie dies nicht tun. Wenn aber die Gewerkschaftsvertreter sich nicht davon abbringen lassen, dann sind sie das Vertrauen der Gewerkschaft nicht wert und verdienen es nicht, dieses Amt weiter ausüben zu dürfen.... Ich habe gehört, daß die TGWU ihre Autorität dezentralisiert und alle Mitglieder bei Entscheidungen beteiligt. Dies stimmt durchaus überein mit dem Führungsprinzip des Gewerkschaftsgesetzes. Aber... die aktive Teilnahme der Mitglieder ist keine Entschuldigung für Unverantwortlichkeit und Gesetzlosigkeit (!). Dies ist eine Herausforderung für eine wirkliche Führung. Es ist nicht Aufgabe des Gerichtes, der Gewerkschaftsführung zu sagen, wie sie ihre Pflicht tun soll. Aber wir müssen zeigen, ***wo ihre Pflichten liegen."***

Die „Pflichten", die Richter Donaldson hier stellvertretend für die englische Kapitalistenklasse der Gewerkschaftsführung auferlegt, sollen also sein: Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zugunsten einer „wirklichen Führung", die ihre Mitglieder und vor allem die Shop Stewards fest an der Kandare hat und verhindert, daß die „aktive Teilnahme der Mitglieder" „gesetzlos" – zu deutsch – zur klassenkämpferischen Aktion wird. *Polizei und Ordnungsfaktor für die Kapitalisten im Gewand einer Arbeitervertretung* – das ist es, was die englische Kapitalistenklasse aus den Gewerkschaften machen will! Um ihr Ziel zu erreichen, ist sie sogar bereit, in Kauf zu nehmen, daß dieser Angriff auf die Arbeiterklasse kurzfristig ins Stocken gerät. Hören wir dazu Richter Donaldson:

Forts. nächste Seite

Paradies für den PROFIT



Die Lage der Docker in den unregistrierten Häfen

Die Situation in den Häfen um Hull in Mittelengland ist typisch:

Drei registrierten Häfen, in denen die Bestimmungen über Tarif und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern eingehalten werden müssen, stehen acht unregistrierte Hafenanlagen gegenüber, die in den letzten Jahren wie die Pilze aus dem Boden schossen. In diesen unregistrierten Häfen herrschen praktisch tariflose frühkapitalistische Zustände. Das nutzen die Hafenkapitalisten bis zum letzten aus, um ihre Profite hochzutreiben. Während ein registrierter Dokker aus Hull – nach einem Bericht in der konservativen Zeitung „The Times" – für seine 40 - Stunden - Woche 39 Pfund bekommt (etwa 331,50 DM brutto), verdient ein nichtregistrierter Docker in Gunness (siehe Karte) ***genau die Hälfte – nämlich 18 Pfund!***

Die unregistrierten Docker sind als „Schichtenputzer" bekannt. Viele von ihnen sind Kleinbauern, die ihre Kate vor dem finanziellen Ruin retten wollen. Nur sehr wenige sind in der Gewerkschaft. Häufig werden Arbeiter gefeuert, weil sie in die Gewerkschaft eintreten.

Bei der hohen Arbeitslosigkeit sitzt ihnen ständig die Angst vor der Kündigung im Nacken. Die Unternehmer konnten so bisher ohne großen Widerstand unmenschliche Leistungen von ihnen fordern. 80 Stunden in der Woche sind dabei keine Seltenheit. Außer primitiven Toiletten gibt es keine sanitäre Einrichtungen. Auch vor der Beschäftigung „halber Kinder" schrecken die



Hafenkapitalisten nicht zurück. Die „Times" schreibt zur Arbeit in den nichtregistrierten Häfen: „Die meisten Docker, die wir am Kai gesehen haben, sahen aus, als hätten sie gerade die Schulbank verlassen. Trotz des totalen Fehlens von guten Arbeitsbedingungen, betrieblichem Krankengeld oder Altersrenten, hat Stringer (ein Hafenunternehmer in Gunness) „keine Schwierigkeiten Männer zu finden... Die Arbeitslosigkeit ist groß in diesem Bezirk."

Viele Hafenunternehmer machen ihre Stauereien in den alten registrierten Häfen dicht und eröffnen sie in den neuen Hafen als Filialen wieder. Die umgeschlagene Tonnage steigt hier rapide an, während sie in den „registrierten" Häfen immer mehr zurückgeht.

In Hull z. B. fiel die Tonnage von 6,25 Millionen Tonnen (1970) auf 4 Millionen (1971). Die Profite dagegen und die Ausbeutung der Docker steigen ins unermeßliche. Die unregistrierten Häfen sind bisher Paradiese des Profits.

Forts. von Seite 5

Der Kampf der Docker

Von den Dockern lernen

Korrespondentenbericht aus England

Um über Ziel und Formen des Kampfes unserer englischen Kollegen größere Klarheit zu gewinnen und k o n k r e t e Informationen über die Lage der Docker einzuholen, haben wir einen Genossen unserer Hamburger Betriebsorganisation - Hafen nach England geschickt. Er hatte u.a. auch die Aufgabe, den Dockern über die Lage der westdeutschen Hafenarbeiter zu berichten und zu erklären, warum es bisher keine praktische Solidarität in unseren Häfen mit dem Dockerstreik gegeben hat. Hier ein Teil seines Berichtes:

„Als in den Räumen des Streikkomitees in London bekannt wurde, ein Docker aus Hamburg ist da, war das Zimmer, in dem ich saß, sofort voll. Als erstes wurde ich von den versammelten Shop Stewards gefragt: „Warum laßt ihr uns im Stich, warum fallt ihr uns in den Rücken? In Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Schweden unterstützen sie uns, nur in Deutschland nicht – was ist los bei euch?"

Ich berichtete von der Beschämung vieler Hamburger Kollegen angesichts unserer Ohnmacht und von den Ursachen dieser Hilflosigkeit: Der mangelnden Organisiertheit der Kollegen, dem Fehlen von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den meisten Firmen, der schändlichen Rolle der Gewerkschaftsführer, von den Fesseln, die das Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten anlegt, indem es ihnen die Unterstützung von Arbeitskämpfen untersagt und sie zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der Unternehmensleitung verpflichtet. Ich berichtete, daß wir das letzte Mal 1951 in einem 15 - tägigen Streik um Verbesserungen und Lohnerhöhungen gekämpft hätten, daß viele Kollegen im Hafen noch nie an einem Streik teilgenommen haben und gar nicht wüßten. wie man so einen Kampf im einzelnen anzupacken hat und daß die Hamburger Hafenkapitalisten und ihr Senat sich so sicher fühlten, daß sie provozierend erklärten, der Hamburger Hafen sei bereit, jederzeit jede Menge von England umgeleiteter Schiffe aufzunehmen und daß sie sogar mit der Lüge „im Hamburger Hafen hat es seit 1945 keinen Streik gegeben" international Reklame machen.

Die Kollegen schüttelten während meiner Ausführungen fassungslos und schockiert den Kopf und einer sagte schließlich: „Es scheint, ihr braucht unsere Hilfe mehr als wir eure."

Ein anderer meinte: „Ein Gutes hat die Sache ja: Was du uns erzählt hast, zeigt uns ganz klar, was uns erwartet, wenn wir uns das Anti - Streik - Gesetz und die anderen Schweinereien der Unternehmer aufzwingen lassen."

Als wir über die Arbeitsbedingungen im Hamburger und im Londoner Hafen sprachen, gab es wieder ungläubiges Staunen darüber, was wir uns alles gefallen lassen. Im Londoner Hafen gibt es auf der Kai wie im Schacht nur Elektro - Stapler. Daß die Hamburger Kollegen z. T. Tag für Tag krebserzeugenden Dieselqualm atmen, weil die Bosse meinen, Diesel schafft mehr als Elektrostapler – Profit vor Gesundheit – das würden sie niemals mitmachen. Genauso gibt es in London in der Regel kein Schmutzgeld sondern Schmutzkleidung, Schutzmasken, Handschuhe etc. in jeder ausreichenden Menge (sonst wird die Arbeit gar nicht erst aufgenommen), darüber hinaus regelmäßige Zuteilung von normalem Arbeitszeug inclusive Handschuhe.

Überhaupt, Sicherheit hat absoluten Vorrang. Sind Winden, Strops, Schnaller etc. nicht tiptop in Ordnung, wird kein Stück angefaßt.

Die Arbeit selbst wird in 2 Schichten verrichtet. I. Schicht von 7.oo – 14.oo Uhr, II. Schicht von 14.oo – 21.oo, danach ist Feierabend im Hafen. Nachtschicht und Wochenendarbeit gibt es nicht. Die Docker arbeiten in fest zusammenbleibenden Gängen zu 10 – 11 Mann, (2 auf der Kai, 1 Kranführer, 1 Decksmann und 7 – 8 Mann im Schacht) und auf demselben Schiff bis es fertig ist. Ihre Schichten wechseln wöchentlich – also eine Woche I. – die nächste Woche II. Schicht. Unseren ständigen Wechsel von I., anrufen, III. Schicht, II. Schicht oder gar Orders auf I., III. oder II., III. Schicht fanden sie katastrophal und unmenschlich.

Schichtenputzerei gibt es nicht, dafür haben die Docker einen Wochenlohn von £40 (DM 320,–) erkämpft – das entspricht bei unserem Preisniveau etwa dem 2. Vizenlohn. Eine Spaltung der Hafenarbeiterschaft in Empfänger von Grundlohn, VA - Lohn und II. Vizenlohn gibt's in London nicht und wird auch nicht zugelassen.

Die Arbeitspausen dauern 3/4 Stunden und werden in der Regel auf 1 Stunde ausgedehnt. Die Kaffeeklappen sind – fest oder mobil – so über den Hafen verteilt, daß man von keinem Platz weiter als 100 Meter zu laufen hat. Die sagenhaften Preise, die wir in den Klappen zahlen, hätten in England sofortigen Boykott und wenn das nichts hilft, Streik zur Folge.

Saubere Umkleide - und Duschräume in nächster Nähe der Liegeplätze sind ebenfalls eine Selbstverständlichkeit.

Die gesamte Arbeitseinteilung ist Sache der Shop Stewards. Sie sorgen dafür, daß es gerecht zugeht. War man gerade im Zement, kommt man erstmal nicht wieder hinein, hatte man lange gute Jobs, kommt man auch wieder mal in den Dreck – keiner wird bevorzugt.

Diese Regelungen bestehen zum größten Teil seit 1967. Vorher herrschte ein völlig anderes System (auf das ich hier aber nicht eingehen will).

Seit der Umstellung auf das oben beschriebene System ist die Tonnageleistung pro Mann niedriger geworden, es wird ruhiger dafür aber auch sauberer gearbeitet, es herrscht mehr Interesse an der Arbeit (der Docker weiß, wenn er heute schlecht staut, hat er morgen, wo er an den gleichen Arbeitsplatz kommt, umso größere Schwierigkeiten) es gibt weniger Unfälle, weniger Bruch, das Geschirr wird geschont. Sofern Pensum gearbeitet wird (seltener als bei uns), so nur bei wirklich maßvollen Angeboten (150 t Sackgut im 4 - Mann - Gang wie bei uns in Hamburg, das halten sie für KZ - Arbeit). Grundsätzlich gilt bei den Dockern die Regel: Gesundheit geht vor Profit!"

„Sie haben vielleicht recht, daß eine solche Aktion" (die Entlassung militanter Shop Stewards) „zu einem Streik und großem Schaden für die Wirtschaft führt." (Das hatten Gewerkschaftsführer vor Gericht eingewendet) „Diese Gefahren sind offensichtlich, aber es sind kurzfristige Gefahren. Wir müssen ihnen ins Auge sehen, um ***langfristig geordnete industrielle Beziehungen zu erreichen, auf die wir (!) stolz sein können.*** **Das erfordert eine starke Führung und großen Mut."**

Aber die Führer der TGWU mußten zugeben, daß es ihnen bei der gegenwärtigen Stärke der Arbeiterklasse unmöglich ist, diese arbeiterfeindliche Politik bei ihrer Mitgliederbasis durchzusetzen.

Der „Guardian", eine bürgerliche Zeitung, schätzt die Situation in den englischen Betrieben durchaus korrekt ein: „Die Shop Stewards haben ihre Autorität nicht aus der Gewerkschaftssatzung, sondern durch ihre Wahl im Betrieb. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß man einen „wilden" Streik dadurch beenden kann, daß man einen Shop Steward entläßt oder diszipliniert. Die Shop Stewards initiieren solche Aktionen nicht, ohne daß sie die volle Unterstützung der Mitglieder haben. Einen Steward zu entlassen hat nur den Erfolg, daß ein anderer gewählt wird, der die gleiche Politik fortsetzt."

Die Geldstrafe sollte vor allem die Gewerkschaftsführung an ihrer empfindlichsten Stelle – am Geldbeutel – treffen, um sie gegen die Shop Stewards auf Trapp zu bringen. Da sich aber herausstellte, daß es ihr beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis gar nicht möglich ist, die Shop Stewards zu feuern, war auch die Geldstrafe unsinnig und wirkungslos geworden. Deshalb änderte das Arbeitsgericht seine Taktik: Es zog die Geldstrafe zurück, erklärte, daß die Gewerkschaft doch nicht verantwortlich für die Aktionen ihrer Stewards sei und erließ statt dessen Haftbefehle gegen die Londoner Stewards Williams, Steer, Clancy, Merrick und Turner. Nachdem der Versuch, die Shop Stewards durch die Gewerkschaftsführung klein zu kriegen, fehlgeschlagen war, sollte jetzt im 2. Anlauf die Methode der Isolierung und Kriminalisierung direkt durch Gericht und Polizei angewandt werden, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen.

An dieser Taktik wird zweierlei deutlich:

1. Die bürgerliche Justiz ist – entgegen anderen Behauptungen – keine „objektive", „über allen Interesse stehende" und „unabhängige" Instanz und das bürgerliche Recht ist keine „unveränderliche Norm sittlichen Handelns", sondern beides sind *Mittel der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen!* Wenn ein gefälltes Urteil (Geldstrafe) den gewünschten Zweck (Disziplinierung der Shop Stewards) nicht erfüllt, so wird eben willkürlich ein neues Urteil gefällt, wenn damit nur das gewünschte Ziel erreicht wird.
2. Die Kapitalisten und ihre Justiz warten in der Regel bei ihren Angriffen gegen die Arbeiterklasse mit dem offenen Einsatz ihrer „schweren Geschütze" (Polizei, Militär...) solange, bis sich andere Mittel und Methoden – die des Betrugs, der Bestechung, der Aufhetzung des einen Teils der Arbeiterklasse gegen den anderen – als wirkungslos, abgenutzt und untauglich erwiesen haben, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Die Kapitalisten wollen nicht durch den vorschnellen Einsatz dieser Geschütze unnötig die in der Arbeiterklasse verbreiteten, für die Kapitalisten nützlichen Illusionen über den „Sozialstaat" zerstören und den Gewaltcharakter der kapitalistischen Staatsmaschine offenbaren. Eine vollständige Erkenntnis dieses Gewaltcharakters würde die Arbeiter letztlich zum bewaffneten Aufstand gegen die Kapitalisten - Macht führen.

Den englischen Kapitalisten schien nach dem „Versagen" der Gewerkschaftsführung der Zeitpunkt gekommen zu sein zur Methode der Peitsche überzugehen. Doch auch damit scheiterten sie vorerst: Hunderttausende demonstrierten und streikten. Nach 5 Tagen mußten sie die 5 Shop Stewards wieder freilassen!

Der Kampf geht weiter

Die Docker ließen auch nach diesem Erfolg in ihrem Kampf nicht nach. Walter Cunningham, ein Shop Steward aus Hull, sagte: „Wir werden weiterkämpfen, und



Nach dem Beschluß der Funktionärsversammlung der TGWU am 16.8., den Streik am 20.8. zu beenden: Jack Jones wird von Polizisten vor den wütenden Dockern geschützt.



wenn notwendig, unsere Kampfmaßnahmen ausdehnen!"

Die Kapitalisten dagegen versuchen jetzt gleichzeitig mit Zuckerbrot und Peitsche die Streikfront aufzubrechen:

Einerseits:

- Notstand und die Drohung, Soldaten beim Laden und Löschen der Schiffe einzusetzen und damit den Streik wirkungslos zu machen.
- immer brutaleres Vorgehen der Polizei gegen die Docker: Am 8. 8. knüppelte ein Heer von Polizisten auf demonstrierende Arbeiter und nahm 17 fest. Am 9. 8. prügelten sie in einem kleineren Hafen den Weg für einen Lastwagen frei, der Ladegut zum Hafen fuhr, und nahm wieder mehrere Docker fest.

Andererseits:
„Gemeinsame Gespräche" mit Gewerkschaftsdelegierten, „um die Probleme auf dem Verhandlungswege zu lösen", und „verlockende" Angebote.

Bisher ließ sich die Mehrheit der Delegierten durch diese „Tour" der Bestechung nicht täuschen. Mehrheitlich wurde der „Aldington-Jones-Plan" abgelehnt, den Jack Jones, Chef der TGWU, mit Aldington, dem Kapitalistenvertreter, in „Gemeinschaftsarbeit" ausgetüftelt hatte. Der Plan sah vor, daß an alle Docker über 55 Jahre, die sich „freiwillig" entschließen, ihre Arbeit aufzugeben, 4 000 Pfund (etwa 32 000 DM – also zwei Jahresverdienste) gezahlt werden sollten. Da England bereits jetzt über eine Million Arbeitslose hat und diese Zahl weiter ansteigt (und sogar ein Drittel der registrierten Docker bereits arbeitslos ist!), ist kaum damit zu rechnen, daß die 55-jährigen arbeitslosen Docker wieder Arbeit finden. Wenn sich die Docker auf dieses „Geschäft" eingelassen hätten, müßten sie nach dem Verbrauch der 4 000 Pfund bereits mit 57 Jahren von der knapp bemessenen Rente leben. Diese Rente würde zudem unter dem Durchschnitt liegen, weil diesen Kollegen ja rund 10 Arbeitsjahre fehlen. Dieser Plan ist also ein hinterhältiger Trick, die massenhafte Entlassung von Dockern auf dem „kalten Wege" durchzuführen. Gleichzeitig soll der Eindruck erweckt werden, als würden die einzelnen Kollegen „recht ordentlich" abgefunden. Statt dessen aber würde dieser Plan Tausende in eine völlig ungesicherte Zukunft stürzen.

Aber die Arbeiter waren auf der Hut. Der Plan wurde eindeutig abgelehnt. Bei der letzten Abstimmung der TGWU-Delegierten über die Frage, ob der schon seit Monaten andauernde Streik für offiziell erklärt werden sollte, sah die Sache nicht mehr ganz so eindeutig aus: 18 Delegierte enthielten sich der Stimme bei 38 für und 28 gegen offiziellen Streik.

Aber auch wenn dieses Delegierten-Gremium gegen weitere Kampfmaßnahmen und für die Annahme eines ähnlichen Planes stimmt, werden die Kämpfe weitergehen. 70 – 80 % der Docker würden weitermachen. Das zeigte auch die Beteiligung an den inoffiziellen Streiks vor dieser Abstimmung.

Da stellt sich natürlich die Frage, wessen Interessen dieses Gremium eigentlich vertritt. Offensichtlich nicht das der überwiegenden Mehrheit der Docker: Während zwei Drittel der Docker gegenwärtig für Streik sind (sogar das Risiko inoffizieller Aktionen auf sich nimmt!), ist nicht mal die Hälfte „ihrer" Delegierten (nämlich 38) ihrer Meinung. Demgegenüber aber ist über die Hälfte dagegen (28) bezw. nicht dafür (18 Enthaltungen). Diese 18 kommen ausnahmslos aus kleinen Häfen, welche mit den Problemen der Docker aus den großen Häfen wie London, Liverpool usw. wenig zu tun haben. Hier ist also offensichtlich durch einen entsprechenden Delegiertenschlüssel dafür gesorgt worden, daß die Interessen der übergroßen Mehrheit der Docker gar nicht zum Tragen kommen. Solche „Interessenvertretungen" sind natürlich bequeme „Geschäftspartner" für die Kapitalisten: Sie werden sich letztlich auf faule Kompromisse einlassen, die dann den Arbeitern aufgezwungen werden, weil doch „ihre eigenen" Delegierten dafür stimmten.

Außerdem können die Kapitalisten noch einen anderen, vor allem propagandistischen, Vorteil daraus ziehen: Wenn die Docker sich nicht an die Beschlüsse einer solchen Delegierten-Versammlung halten, können bürgerliche Presse und Kapitalisten sagen: die Docker fügen sich nicht der Mehrheit und demokratischen Beschlüssen. Mit einer solchen Argumentation können viele nichtinformierte Kollegen getäuscht und von Solidarisierung abgehalten werden.

Die Gewerkschaftsführung tut dabei ihr Möglichstes, gerade unentschlossenen und nicht informierten Kollegen zu Frieden und Freundschaft mit der Kapitalistenklasse zu überreden. Den neuesten Vorstoß in dieser Richtung machte Vic Feather, Generalsekretär des TUC, am 2. 8.: Er vereinbarte mit dem Generaldirektor des CBI (Kapitalistenverband in England, mit dem westdeutschen BDI vergleichbar) die Einrichtung einer „unabhängigen freiwilligen Schlichtungsstelle", die gemeinsam von Kapitalisten und Gewerkschaften getragen werden soll! Feather sagte dazu: „Diese Vereinbarung wurde in sehr kurzer Zeit erreicht, ohne den geringsten Groll und in völliger Übereinstimmung der Ansichten. Wir haben dabei vor allem die Notwendigkeit von geeigneten SChlichtungsbestimmungen in der Wirtschaft im Auge. Auseinandersetzungen bringen blutige Nasen auf jeder Seite. Wir wollen Schlichtung und Beruhigung. Diese Vereinbarung soll dazu beitragen, daß es bei größeren Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen zu einer korrekt ausgehandelten Einigung kommt."



Am 14.8. in Gunness (Mittelengl.): Docker stürmen ein Drahthindernis...



...und jagen die Polizei in die Flucht. Hier bringen sie einen Verwundeten in Sicherheit



Jack Jones – mit dem Rücken zu seinem Auto – wird von Dockern umringt, die ihn nicht weglassen.

„Schlichtung" wird in der Vereinbarung folgendermaßen definiert: „ein Mittel, durch das den Parteien die Möglichkeit gegeben wird, Wege zu finden, näher zueinander zu finden, so daß sie selbst ihre Differenzen *freiwillig durch ein Übereinkommen lösen können.*" Die langen, umständlichen Redewendungen haben nur einen Zweck – den Sinn dieser „Vereinbarung" vor den Arbeitern zu vertuschen und zu verstecken. Der langen Rede kurzer Sinn: die Arbeiterklasse soll mit Geschwätz von Klassenversöhnung, „Näherkommen" und „Einigung" betrogen und hinters Licht geführt werden.

An „Näherkommen" und an „Miteinander" ist nur der Kapitalist interessiert, nicht die Arbeiter. Denn die Kapitalisten brauchen die Arbeiter, sie leben von ihnen, bereichern sich an ihrer Arbeitskraft, beuten sie aus. Ohne den Arbeiter ist der Kapitalist nichts. Die Arbeiter dagegen brauchen den Kapitalisten nicht, sie kommen ohne ihn aus. Mehr noch: Für die Arbeiter ist er nur eine Plage, ein Joch. Es abzuschütteln, liegt im natürlichen Interesse der Arbeiterklasse, nicht aber, diesem Joch auch noch näher zu kommen.

Trotz der ungebrochenen Kampfkraft der Docker sind manche Shop Stewards nicht allzu optimistisch, was die Erfolgsaussichten angeht. Sie befürchten, daß der Dockerstreik den Charakter einer Entscheidungsschlacht zwischen dem Kapital und der britischen Arbeiterklasse bekommen könnte, in der die Arbeiter viel schlechter gerüstet dastehen, als die Kapitalisten. Ein Shop Steward drückte das so aus: „Dieser Streik könnte unser Waterloo werden." (In der Schlacht bei Waterloo erlitt Napoleon 1815 seine entscheidende Niederlage!).

Und in der Tat deutet viel darauf hin, daß es sich so verhält. Die englische Regierung hat sich mit dem „Industrial Relations Act" (Gesetz über die Beziehungen in der Industrie) die rechtliche Grundlage geschaffen, die sie braucht, um die Arbeiterbewegung in diesem Land in die Knie zu zwingen.

Es kann also sein, daß die englische Arbeiterklasse vor einer Niederlage steht, die sie aller in diesem Jahrhundert errungenen gewerkschaftlichen Positionen beraubt. Sie könnte in diesem Streik die Erfahrung machen, daß ihre Kämpfe in rein gewerkschaftlicher Auseinandersetzung nicht mehr gewonnen werden können, weil nicht mehr einzelne Unternehmer, sondern die Kapitalistenklasse insgesamt einschließlich ihres Staatsapparates gegen die Streikenden kämpft. Denn für die englische Kapitalistenklasse geht es um ihre Bedingungen beim Eintritt in die EWG.

Das allerdings würde das Waterloo für die englische Tradition des weitgehend „nur-gewerkschaftlichen Kampfes" bedeuten und auch den englischen Arbeitern die Aufgabe auf die Tagesordnung setzen: Kampf um die politische Einigung der Arbeiter mit dem Ziel des Sturzes der Kapitalistenklasse und der Errichtung der Arbeitermacht, Aufbau einer starken kommunistischen Partei.



Bericht der AGL - Göttingen
(Aktionsgruppe Göttinger Lehrlinge und Jung arbeiter)

Wehrkunde-Erlaß in Niedersachsen

Am 2. 6. 72 wurde vom niedersächsischen Kultusminister ein Erlaßentwurf zur „Behandlung von Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik im Schulunterricht" vorgelegt. Pläne zu diesem Erlaß bestanden schon seit langem, er wurde bereits mehrfach angekündigt. Ähnliche Erlasse gibt es bereits in mehreren Bundesländern.

Was soll mit diesem Erlaß bewirkt werden? Schon seit 1966 gibt es in Niedersachsen einen Erlaß, welcher das Thema Bundeswehr zur Behandlung in den Schulen empfiehlt. Dieser Erlaß wird damit aufgehoben und einschneidend durch den neuen Erlaß ergänzt. Der Erlaß von 1966 hatte lediglich „empfehlenden" Charakter, während der neue Erlaß „verbindliche Richtlinien" schafft. Die Behandlung der in ihm aufgeführten Themen wird für jeden Sozial- und Gemeinschaftskundelehrer Pflicht.

So heißt es dann im Erlaß: „Die Schüler sollten dabei zur Einsicht in die geschichtlichen Ursachen und die ökonomischen, sozialen und staatlichen Bedingungen der politischen Situation gelangen." Unverbrämt und pädagogischer Spielereien beraubt, heißt dieser Satz: Dem Schüler muß der Kapitalismus als notwendig und unüberwindlich mit all seinen Auswirkungen untergejubelt werden. Unter den als behandlungspflichtigen „Problemen und Zusammenhängen" wird dann genannt: „Die in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und machtpolitischen Interessen begründeten Spannungen ... Strategie der Abschreckung und der Entspannungs- und Friedenspolitik." „Die Friedens- und Sicherheitspolitik als demokratisch legitimierter Bestandteil staatlicher Politik überhaupt."

„Die Rolle der bewaffneten Streitkräfte in einem demokratischen Rechtsstaat im Unterschied zu diktatorischen Herrschaftssystemen (... Unterschied von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, Rolle der Bundeswehr in der Notstandsverfassung)"

Sollte dem Lehrer die „Vermittlung" dieser „Probleme und Zusammenhänge" nicht gelingen, wird empfohlen, die „Praxis" ein wenig nachhelfen zu lassen: „Wesentliche Hilfe bringt für Schüler und Lehrer ein Unterricht, der einige Erfahrungen anschaulich vermittelt. Daher sollen Besuche bei staatlichen Einrichtungen oder gesellschaftlichen Gruppen und Gespräche mit ihren Vertretern in der Schule Bestandteile des Sozial- und Gemeinschaftskundeunterrichts sein." Gemeint sind hier vor allem Besuche von Schulklassen in Kasernen zur Veranschaulichung der „Probleme und Zusammenhänge". Umgekehrt Besuche von Jugend- und Werbeoffizieren in den Schulen, auf welche sich die Bundeswehr verstärkt vorbereitet (z. B. Bundeswehr - eigene Hochschulen). Diese Maßnahmen werden ergänzt durch Lehrerseminare direkt bei der Bundeswehr, in denen die Lehrer für den Wehrkundeunterricht vorbereitet werden sollen. Denn schließlich heißt es im Erlaß: „Die Verantwortung für eine sinnvolle Verarbeitung des Gehörten und Erlebten trägt jedoch der Lehrer." Also unterläßt es ein Lehrer oder trägt er nicht genügend dazu bei, die Bundeswehr und die Politik des kapitalistischen Staates ins rechte Licht zu rücken, wird er dafür zur Verantwortung gezogen.



1500 Kolleginnen und Kollegen, Lehrlinge, Schüler und Studenten demonstrierten: Gegen zunehmende Militarisierung und den Abbau demokratischer Rechte!

Auf welchem Hintergrund steht dieser Erlaß? Dieser Erlaß ist ein Mittel der Kapitalisten in ihren sich ständig verschärfenden und ständig umfangreicher werdenden Angriffen auf die Arbeiterklasse, dem Abbau demokratischer Rechte, der Faschisierung und Militarisierung breiter gesellschaftlicher Bereiche. Er steht im Zusammenhang mit Maßnahmen wie den Notstands-Gesetzen, dem neuen Betriebsverfassungs-Gesetz, den neuen „Gesetzen zur inneren Sicherheit", dem Berufsverbot für fortschrittliche Lehrer und Beschäftigte im öffentlichen Dienst usw. Der Wehrkundeerlaß hat in diesem Prozeß die Aufgabe, die Maßnahmen der Kapitalisten ideologisch in der Arbeiterjugend zu verbreiten und zu untermauern, die „Verteidigungsbereitschaft auch im Gefühl zu verankern".

Demonstration gegen den Wehrkundeerlaß

Am 4. 7. 72 wurde in Göttingen eine Demonstration gegen den Wehrkundeerlaß durchgeführt. Diese Demonstration wurde vom Kreisjugend-Ausschuß (KJA) des DGB in Zusammenarbeit mit den Schüler-Mitverwaltungen (SMV's) vieler Göttinger Schulen getragen. Zur Vorbereitung waren in den Schulen Schüler-Vollversammlungen geplant. Diese wurden von den Schulleitungen jedoch mit formalen Tricks boykottiert: es sei „kein Platz", oder „das hättet ihr aber rechtzeitig anmelden müssen." Einige Versammlungen fanden dann trotzdem auf den Schulhöfen statt. Von den Betriebsräten und Vertrauensleuten der meisten Göttinger Betriebe wurde eine vom KJA vorbereitete Unterschriftensammlung durchgeführt. Sämtliche Kollegen wurden aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Der DGB-Kreisvorstand sagte zunächst seine Unterstützung für die gesamte Kampagne zu, ebenso die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Doch in seiner nächsten Sitzung konnte sich der Vorstand der GEW nicht mehr dazu entschließen, die Kampagne zu unterstützen. Er verwies darauf, daß es „demokratischer" sei, den Konflikt auf „parlamentarischer Ebene" auszutragen. Daraufhin fehlte auch dem DGB-Kreisvorsitzenden die nötige „Entschlußkraft" und die ganze Kampagne sollte noch einmal in der nächsten Kreisvorstandssitzung beraten werden. Diese lag aber zeitlich nach dem inzwischen angesetzten Demonstrationstermin. Der Kreis-Jugendausschuß übernahm jetzt selbständig die Verantwortung über die Kampagne. Vorher hatte er bereits sämtliche anfallenden Arbeiten durchgeführt.

Vom KJA wurden vor sämtlichen Betrieben und Schulen Flugblätter verteilt, welche über den Wehrkundeerlaß informierten und zur Demonstration aufforderten. In einem der Demonstrationsaufrufe hieß es dann: „Die Verabschiedung des „Wehrkundeerlasses" wäre ein Schachzug, den Unterricht an den Schulen zur reaktionären Beeinflussung der arbeitenden und lernenden Jugend auszunutzen, wäre eine weitere Verankerung der Militarisierung in der BRD. Die Verbreitung militärischen Gedankenguts, das gegen den ‚Feind im Osten' aufhetzt und Feinde im Inneren aufbaut, streikende und demonstrierende Arbeiter und Studenten, ist klar reaktionär, ist klar gegen unsere Interessen gerichtet".

Am 4. 7. nachmittags um 17,30 Uhr versammelten sich ca. 1500 Kolleginnen und Kollegen, Lehrlinge, Arbeiter, Schüler und Studenten vor dem DGB-Haus. Von dort demonstrierten sie durch die Göttinger Innenstadt unter folgenden Parolen:

GEGEN DIE ZUNEHMENDE MILITARISIERUNG UND DEN ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE!



WEG MIT WEHRKUNDE UND WERBUNG FÜR DIE BUNDESWEHR AN DEN SCHULEN!



FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN SCHULE, HOCHSCHULE UND BETRIEB!

Während der abschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz wies der KJA-Vorsitzende darauf hin, daß der Wehrkundeerlaß die militärische Propaganda an den Schulen systematisch durchsetzen soll. Er erklärte, daß der Wehrkundeerlaß einzuordnen ist in die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft; in die militärische Vorbereitung der Kapitalistenklasse zur Zerschlagung einer erstarkenden Arbeiterbewegung, z. B. durch das neue ‚Bundesgrenzschutzgesetz', das Gesetzpaket zur ‚inneren Sicherheit', die Erhöhung der Streitkräfte von Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS). Mit dieser Aktion solidarisierten sich 15 demokratische, sozialistische und kommunistische Organisationen. Für die Gewerkschaftsjugend und für alle fortschrittlichen Kollegen war diese Demonstration ein Erfolg. Sie zeigte die Bereitschaft vieler Kollegen auf, gegen politische Übergriffe des Kapitals zu kämpfen. ★



Bericht unserer Westberliner Sympathisanten - Gruppe

Neuorganisation der Westberliner Polizei

Polizei wird fitgemacht für Einsatz gegen Bevölkerung

Der Westberliner Innensenator Neubauer gab Anfang Juni der bürgerlichen Presse Informationen über die geplante „effektive" Neuorganisation der West - Berliner Polizei. Eine Schweizer Firma (Knight - Wegenstein) hatte zusammen mit einer Projektgruppe der West - Berliner Polizei diese Pläne erarbeitet – Kostenpunkt 400.000 DM. Mit seinen Plänen zur Neuorganisierung versucht Neubauer die West - Berliner Polizei auf zukünftige Klassenkämpfe vorzubereiten und sie als „effektives" Unterdrückungsmittel gegen Streiks, Demonstrationen, Fabrikbesetzungen etc. fit zu machen. Neubauer macht sich damit auch zum Vorreiter für andere Bundesländer, denn diese Pläne sollen für andere westdeutsche Städte richtungsweisend sein. In Hamburg wird bereits an einem ähnlichen Plan gearbeitet.

Welches sind nun die Kennzeichen der Umstrukturierung? : „Es soll damit erreicht werden, daß alle Polizisten wirklich polizeiliche Aufgaben ausführen, daß Verantwortung geklärt sowie Dienstwege verkürzt werden" (Neubauer). Verkürzung der Dienstwege heißt Zentralisierung: Gab es bisher 115 Reviere der Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei und Verkehrsstaffel sowie einige Sondereinheiten (Dezernat I = politische Polizei, Morddezernat, Rauschgiftdezernat u.ä.) soll es in Zukunft 5 Polizeidirektionen geben.

Jede dieser Direktionen wird in 4 – 7 Abschnitte unterteilt (Berlin insgesamt 27 Abschnitte). Diese Einteilung erfolgt nicht nach Bevölkerungsdichte, sondern maßgebend sind sogn. „polizeiliche Richtwerte". Darunter sind zu verstehen: Die Zahl der öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungsstätten, bisherige Einsätze, Zahl der Unfälle usw.. „Abteilung I" (Politische Polizei) macht eine Ausnahme. Sie unterliegt nicht dieser Einteilung in 5 Polizeidirektionen, sondern untersteht auch weiterhin direkt dem Innensenator.

Diese Zentralisierung soll vor allen Dingen Großeinsätze in kürzester Zeit gewährleisten. Jede Polizeidirektion verfügt so ständig über eine große Anzahl von sofort einsetzbaren Vollzugsbeamten, d. h. also von großen mobilen Rollkommandos. Dies ist deutlich eine Vorbereitung auf Einsätze gegen Streiks, Fabrikbesetzungen, spontane Demonstrationen etc., wenn es für den Staatsapparat gilt, ein „Überspringen des Funkens" zu verhindern.

Neubauer begründet seine Pläne genauso scheinheilig, wie es in den Kreisen der „Notstandsexperten" und „Politiker der Inneren Sicherheit" üblich ist: Nämlich als angebliche Maßnahme „zur erfolgreichen Verbrechensbekämpfung". Zu diesem Zweck jongliert Neubauer mit manipulierten Statistiken, die eine „steigende Kriminalität" vortäuschen sollen. Verschweigen tut er natürlich dabei, daß eine „steigende Kriminalität" nur im Bereich der sog. „Kleinkriminalität", etwa Ladendiebstähle und Ähnlichem zu verzeichnen ist, nicht aber bei schwerer Kriminalität, wie etwa Tötungsdelikten, Raubmord etc., was eine derartige Umorganisierung der Polizei eventuell notwendig machen könnte. Neubauer redet von „Verbrechensbekämpfung", um darüber hinwegzutäuschen, daß sich diese neuen Maßnahmen gegen die zukünftigen – auch von ihm und seinen Auftraggebern erwarteten – Aktionen und Kämpfe der Arbeiterklasse richten.

Neubauers Umstrukturierung sieht weiter vor, daß „alle Polizisten wirklich nur polizeiliche Aufgaben ausführen". Deshalb wird jede der 5 Direktionen in 3 Funktionsbereiche unterteilt.

1. „Aktion" (Vollzugsdienst, diese Polizisten sollen künftig keine Verwaltungsarbeiten mehr machen).
2. „Ordnungsaufgaben" (Meldewesen, Kraftverkehrsamt, zentrale Bußgeldstelle).
3. „Verwaltung" (Versorgung, Ausbildung).

Kein Polizist, der für den Vollzugsdienst ausgebildet ist, soll künftig noch Verwaltungsarbeiten machen. Gleichzeitig erhalten die Vollzugsbeamten eine bessere Ausrüstung, z. B. Kleinfunk - Taschengeräte von größerer Reichweite. Diese straffe Abteilung soll dazu dienen, eine größere Anzahl von Polizisten für „Frontaufgaben", d. h. für den Einsatz gegen die Bevölkerung, zur Verfügung zu haben.

Im Zusammenhang mit seinem neuen Sicherheitsprogramm hatte Bürgerkriegsminister Genscher ein „Betreuungsverhältnis" von Polizei zur Bevölkerung von 1:400 verlangt, d. h. jeweils 400 Menschen sollen von je einem Polizisten „betreut" werden. Das Verhältnis für Ballungszentren, d. h. Industriebezirke und - städte, soll 1:300 sein. In West - Berlin beträgt dieses Verhältnis bereits heute 1:200. (In West - Berlin gibt es keinen Bundesgrenzschutz).

„Um ihren Einsatz wirksamer und *bürgernaher (!)* zu gestalten, soll die Berliner Polizei völlig neu organisiert werden", berichtet Neubauer weiter. „Bürgernah" – diese „Anregung" stammt aus der faschistischen Vergangenheit „Groß - Deutschlands". Erinnern wir uns zunächst an die offenbar von Faschisten ausgesprochene Bombendrohung gegen Stuttgart am 2. Juni 1972. Damals war die größte Sorge der Polizei - Strategen Genscher, Ruhnau und Konsorten, daß die Bevölkerung weitgehend teilnahmslos geblieben war. Trotz aller Hetze und Hysterie war es der Kapitalistenklasse nicht gelungen, das gewünschte Klima des Mißtrauens, der gegenseitigen Bespitzelung und der Denunziation zu schaffen.

„Das Verhalten der Gesellschaft wird besonders deutlich im Bereich des politischen Radikalismus, kann es nicht sein, daß radikale Agitatoren u. a. deshalb Wirkung erzielen, weil sie auf zu wenig Widerstand stoßen, und daß der Grund dafür nicht darin liegt, daß ihnen viele zustimmen, sondern daß viele die politische Auseinandersetzung mit diesen Kräften scheuen? Deshalb ist die *Stärkung des demokratischen Bewußtseins* in unserem Land und die Ermutigung für den einzelnen, sich auch im Alltag demokratisch zu verhalten, ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung des Radikalismus." Genscher 7. 6., anläßlich der Bundestagssitzung „Fragen der Inneren Sicherheit" (nach FR).

Wenn Leute wie Genscher vom „demokratischen Bewußtsein" reden, dann meinen sie das Eintreten für den oft bemühten „freiheitlich - demokratischen Rechtsstaat" der Kapitalistenklasse, der die umfassende Ausbeutung und Unterdrückung aller Werktätigen absichert. „Demokratisches Verhalten" heißt dann nichts weiter als das Eintreten für diesen Unrechtstaat durch Denunziation und Bespitzelung derjenigen, die die Mißstände in diesem Staat anprangern. Diese Verhaltensweise in der Bevölkerung durchzusetzen, ist ein lebenswichtiges Interesse der Kapitalistenklasse. Diesem Ziel dient auch die Umstrukturierung der West - Berliner Polizei.

Doch zurück zur „bürgernahen Betreuung" der Bevölkerung durch die Polizei:

Die 27 polizeilichen Abschnitte sollen in einzelne kleine Kontaktbereiche aufgeteilt werden. Jeweils ein Beamter ist für seinen Kontaktbereich zuständig. Er soll dort Streife gehen, „der Bevölkerung mit der Zeit bekannt werden... und sich auch einzelner Beschwerden und Nöte annehmen". Es ist vorgesehen, daß dieser Polizist möglichst bald schon in seinem Kontaktbereich wohnt und die im Bereich wohnenden Personen mindestens einmal im Jahr besucht.

Mit diesem Überwachungssystem, das auf der „vertraulichen Zusammenarbeit" von „Kontaktpolizist" und einzelnen „Kontaktbereichspersonen" beruht, versucht die Bourgeoisie Einblick in das Leben jedes einzelnen zu bekommen. Für dieselben Zwecke hatten die Nazi - Faschisten in ihrem Organisationsaufbau seinerzeit den sog. „Blockwart" (oder - leiter) eingesetzt. „Blockleiter sollten agitieren, denunzieren, nach oben die Volksstimmung melden, nach unten Blitzableiter für Klagen sein" (Eberhard Aleff, „Das dritte Reich" S. 66).

Mit der Umstrukturierung der West - Berliner Polizei soll bereits nächstes Jahr begonnen werden. Die hier gemachten Erfahrungen werden dann die Richtlinien für die Umstrukturierung von Polizei - Einheiten in westdeutschen Ballungszentren geben. Dieser Plan Neubauers zeigt, genau wie alle anderen jüngsten Maßnahmen – Notstands - Gesetze, Gesetze zur „Inneren Sicherheit", Bundesgrenzschutz - Gesetz usw. usf. – mit welch unheimlicher Berechnung die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat ihre Vorbereitung trifft, die in keinem „vernünftigen" Verhältnis zu irgendwelchen aktuellen Notwendigkeiten stehen. Bewußt und zielstrebig werden alle Maßnahmen *vorbeugend* auf kommende Klassenkämpfe getroffen, um jede nur denkbare Gefahr für den Bestand der Kapitalisten - Herrschaft möglichst schon im Keim ersticken zu können und um besonders der Arbeiterklasse zu demonstrieren, wie aussichtslos jeder Versuch einer Auflehnung gegen Ausbeutung und Unterdrückung angeblich ist.



Demonstration gegen Mieterhöhung im Herbst '71 in Frankfurt: Unter massivem Polizei„schutz".



Demonstration gegen Mieterhöhung in Frankfurt Herbst '71: Polizei „löst die Demonstration auf"



Während einer Großfahndung nach Mitgliedern der RAF in Hamburg, Herbst '71: Ein Privatauto – völlig eingekreist von schußbereiter Polizei

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin - Großmeinsdorf

FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 30 61 71 Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

SPD – eine 'bürgerliche Arbeiterpartei'

Lenin hat beschrieben, wie die Kapitalistenklasse in allen Ländern „zwei Systeme des Regierens" entwickelt hat, „wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenen Kombinationen verflechten".

Diese Methoden sind zum einen die „Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen". Und zum anderen die „Methode des 'Liberalismus', der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw."

(Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, 1910)

Diese beiden Methoden treten allerdings nicht „lupenrein" in Gestalt der einen und der anderen bürgerlichen Partei auf. CDU / CSU und SPD sind sich weitgehend darin einig, Reformversprechungen und Bürgerkriegsvorbereitungen, Friedensschalmeien und verstärkte Aufrüstung miteinander zu verbinden. Diese Übereinstimmung in den „Grundfragen unserer Politik" wurde in der „Großen Koalition" (1967 – 69) besonders offenbar. Unterschiede taktischer Natur bestehen aber zwischen SPD und CDU / CSU über das rechte Verhältnis, das zwischen Versprechungen und Einschüchterungen anzustreben ist. Hier ist nun die SPD doch mehr die Partei des Betrugs mit Reformversprechungen und Schein - Zugeständnissen, während die CDU / CSU mehr die Partei der offenen Gewalt und Einschüchterung ist.

Denn die SPD ist durch ihre Stellung in den Betrieben und in den Gewerkschaften besser in der Lage, arbeiterfeindliche Politik auf dem Wege des Betrugs und der Täuschung zu machen. Diese Basis fehlt der CDU / CSU natürlich; aber dafür ist sie mit ihrem Anhang in rückständigeren Schichten des Volkes – Bauern, Kleinbürger, Teile der Arbeiterklasse unter kirchlichem Einfluß – auch nicht zu denselben Rücksichten gezwungen wie die SPD, und sie ist daher besser als diese geeignet, offen reaktionäre Politik zu betreiben.

Die „Gefährlichkeit" der SPD besteht darin, daß sie besser als die CDU / CSU geeignet ist, Politik des Großkapitals im Gewand einer „Volkspartei" zu vertreten. Die SPD ist also die „gefährlichere" der bürgerlichen Parteien, weil sie die raffiniertere – von den Massen schwerer durchschaubare – Variante kapitalistischer Politik vertritt.

Diese Gefährlichkeit der SPD wächst bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe, denn dann ist es die SPD, die es unternimmt, dem Kampf der Arbeiter die Spitze abzubrechen. Und zwar gerade in einer Situation, wo die Entwicklung auf eine Entscheidung zugeht und wo alles vom richtigen und entschlossenen Handeln der Arbeiter abhängt. So wird die SPD auch in der Opposition zum direkten Wegbereiter der Reaktion und des Faschismus. Ein trauriges Beispiel dafür ist die nazistische Machtergreifung 1933. Die SPD hat damals nicht nur durch ihre Wahlpropaganda den Reichspräsidenten Hindenburg – der dann Hitler zum Kanzler machte – ans Ruder gebracht; im entscheidenden Moment rief sie die Arbeiter dazu auf, dem Faschismus nicht entschieden und geschlossen entgegenzutreten, sondern vertröstete darauf, daß die SPD schon noch im rechten Moment das Siganl zum Losschlagen gegen den Faschismus geben würde. Das Signal kam nie, stattdessen kamen die Arbeiter unters Joch des Faschismus. Und genauso ist es zu bewerten, wenn Brandt vor einigen Jahren groß tönte, er würde „auf die Barrikaden gehen", falls die parlamentarische Demokratie in unserem Land erneut bedroht würde. Nein, solche SPD - Führer werden sonstwohin gehen, wenn der Faschismus kommt, aber bestimmt nicht auf die Barrikaden. Und ausserdem: Hat nicht die SPD als Regierungspartei mit ihrer Zustimmung zu den Notstandsgesetzen und mit den gegenwärtigen Bürgerkriegs - Vorbereitungen kräftige Sargnägel für die parlamentarische Demokratie geschaffen? Ebenso, wie sie 1918 / 19 mit der Aufstellung der reaktionären Freikorps gegen die Arbeiter den Grundstein für die spätere Liquidierung der Weimarer Republik durch die Nazis legte.

Die „Gefährlichkeit" der SPD besteht also in den Illusionen, die sie bei großen Teilen der Bevölkerung immer noch zu wecken versteht. So ist es der SPD als Regierungspartei nun weitgehend gelungen, unter dem dreisten Aushängeschild einer „Regierung der inneren Reformen" einen gewaltigen Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats vorzunehmen.

Wir stimmen jedoch den Genossen der ABG München darin zu, daß es „überhaupt für die Arbeiterklasse, solange sie in ihrer Mehrheit den Sozialdemokratismus noch nicht durch den Kommunismus überwunden hat, von Vorteil ist, wenn die sozialdemokratischen Führer nicht in der Opposition sind, sondern sie die Regierungsgeschäfte des Monopolkapitals besorgen." (KAZ München, Juni 72). Denn so wird es der Arbeiterklasse erleichtert, das arbeiterfeindliche Wesen dieser „bürgerlichen Arbeiterpartei" völlig zu erkennen. Dagegen fällt der SPD in der Opposition die soziale Demagogie viel leichter. Solange allerdings die Kommunisten es noch nicht verstehen, eine reale Alternative zum bürgerlichen Partei - Betrieb zu entwickeln, kann die Enttäuschung über die SPD als Regierungspartei einfach zu ihrer Ablösung durch die CDU / CSU führen. Ein anschauliches Beispiel für eine solche Entwicklung ist das parlamentarische Wechselspiel zwischen Labour - Partei und Konservativen in England.

Zur Zeit allerdings scheint die CDU / CSU noch immer weit davon entfernt, sich den Massen durch soziale Demagogie als bessere Alternative zur SPD darstellen zu können. So richtet sich ihr Vorgehen in erster Linie darauf, sich den Kapitalisten als traditionelle Unternehmer - Partei in Erinnerung zu bringen und Teile des Kleinbürgertums reaktionär zu mobilisieren. Daß die Reaktion die Regierung scheinbar so wütend bekämpft, dient auch dazu, die SPD in den Augen der Arbeiter doch wieder unterstützungswürdig erscheinen zu lassen und den SPD - Führern den Kampf gegen die Partei - Linke zu erleichtern.

Insgesamt hat die Regierungsführung durch die SPD die Linksentwicklung in der BRD spürbar begünstigt. So steht z. B. die Studenten - Revolte in direktem Zusammenhang mit der Enttäuschung breiter Teile der fortschrittlichen Intelligenz über den Eintritt der SPD in die „Große Koalition" mit der CDU / CSU Ende 1966. Denn dadurch erlitten deren Illusionen über diese Partei einen schweren Rückschlag.

Umgekehrt würde heute ein Regierungsantritt der CDU / CSU zur „Zurückeroberung" von Teilen der Linken durch die Sozialdemokratie führen. Davon würde in erster Linie die reformistische DKP betroffen. Eine solche Entwicklung deutet sich heute schon an in der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Studentenorganisationen SHB (SPD) und MSB (DKP) zugunsten des SHB; die DKP - Studenten verlieren erheblichen Teile ihrer Anhängerschaft an die linke Sozialdemokratie zurück. – Auf der anderen Seite würde der Regierungsantritt der CDU / CSU einen Teil der kommunistischen Zirkel noch tiefer ins Sektierertum hineintreiben; denn aus der neuen Rolle der SPD als Oppositionspartei würden die Sektierer die Schlußfolgerung ziehen, jetzt erst recht den „Hauptstoß gegen die SPD" zu richten.

Schließlich würde auch die Gewinnung der von der sozialdemokratischen Ideologie beeinflußten Massen für den Sozialismus erheblich erschwert werden, wenn sich die SPD wieder als wortradikale Oppositionspartei gebärden könnte.

SPD auf dem Weg nach links?

Wir bezeichnen die SPD als „bürgerliche Arbeiterpartei". In diesem Ausdruck liegt ein offenbarer Widerspruch. Denn im selben Maß wie die SPD zur bürgerlichen Partei wurde, mußte sie aufhören, Arbeiterpartei zu sein.

Die SPD ist selbstverständlich keine Arbeiterpartei in dem Sinn, daß sie den Willen und die Interessen der werktätigen Massen zum Ausdruck brächte. Der Ausdruck „bürgerliche Arbeiterpartei" – den Lenin in Bezug auf die alten sozialdemokratischen Parteien in Anführungszeichen verwendete – meint, daß die SPD die Aufgabe hat, sich im Auftrag und Dienst des Kapitals um die Arbeiter zu „kümmern"; eine Partei also, die speziell auf die Kontrolle über die Arbeiterklasse eingestellt ist. „Arbeiterpartei" auch deshalb, weil die SPD eine erhebliche Basis in der Arbeiterklasse hat. Zwar ist unverkennbar, daß die SPD sich in ihrer Mitgliederschaft längst nicht mehr in erster Linie aus der Arbeiterklasse rekrutiert und daß große Teile der Arbeiterklasse die SPD ohne allzu große Begeisterung, einfach mangels Alternative, wählen. Aber ebenso sicher ist, daß die SPD immer noch die ganz überwiegende Mehrheit des Proletariats zu binden versteht.

Kritik an der Kennzeichnung der heutigen SPD ist u. a. auch aus den Reihen der studentischen Sympathisanten des Kommunistischen Bundes gekommen: die SPD heute sei keine bürgerliche Arbeiterpartei, sondern eine Partei der Monopolbourgeoisie. Allerdings ist das gar kein wirklicher Widerspruch. Denn auch Lenin verwendet ja den Ausdruck der „bürgerlichen Arbeiterpartei" auf die zum Sozialimperialismus entwickelten Parteien. Die bürgerliche Arbeiterpartei, das ist eben eine Partei der Monopolbourgeoisie mit den Aufgaben einer Agentur in der Arbeiterklasse.

Zwar ist die SPD heute etwas anderes als die SPD der 20er oder 30er Jahre. Damals hatte die SPD eine viel stärkere organisatorische Basis in der Arbeiterklasse und entsprechend war auch ihre Politik und Programmatik viel „radikaler" reformistisch als heute. In Hamburg z. B. waren 1971 nur 18,8 % der neueingetretenen SPD - Mitglieder Arbeiter, während 44 % Angestellte und Beamte waren.

Ist die SPD deshalb keine „bürgerliche Arbeiterpartei" mehr? Es ist doch zu bedenken, daß auch die Arbeiterbewegung heute nicht mit der von 1920 oder 1930 gleichzusetzen ist, daß sie sich auf einem weit niedrigeren Niveau der Kampfstärke und Bewußtheit befindet. Der vergleichsweise niedrige Anteil von Arbeitern unter den Neuzugängen der SPD muß in Zusammenhang mit der allgemein niedrigen Neigung der Arbeiter zur parteipolitischen Organisierung gesehen werden. Nicht das grundsätzliche Wesen der SPD als „bürgerliche Arbeiterpartei" hat sich geändert; nur entspricht die SPD heute eben einem niedrigeren Niveau der Klassenkämpfe und der Arbeiterbewegung als es in den 20er und 30er Jahren in Deutschland der Fall war. Die SPD erfüllt unter diesen Umständen die Funktion der „bürgerlichen Arbeiterpartei" ebenso gut wie in den 20er und 30er Jahren; ja, sogar noch besser, wenn man die Stärke der damaligen revolutionären Arbeiterlinken mit der heutigen vergleicht. Die SPD bindet heute die Arbeiterklasse viel vollständiger an sich, als in den Jahren vor dem Faschismus.

Es ist offenkundiger Unsinn, wenn einige super - „linke" Grüppchen gar so tun, als ob die SPD schon erledigt und keine Gefahr mehr wäre. Die SPD bindet heute größere Teile der Arbeiterklasse als je zuvor. Und dies durchaus nicht durch die Vortrefflichkeit ihrer Regierungspolitik, sondern wegen des Fehlens einer real erscheinenden Alternative und wegen der Fähigkeit der SPD zur „linken" Demagogie. Denn das Wesen der „bürgerlichen Arbeiterpartei" besteht gerade darin, daß sich nur ihre Führungsspitze offen den Kapitalisten verkauft, während an der betrieblichen Basis der Partei der ehrliche Sozialdemokrat vorherrscht, der durchaus in Opposition zur Führungsspitze steht und gerade deshalb fortschrittliche Teile der Arbeiterklasse an die SPD bindet.

In der SPD verstärken sich gegenwärtig die Tendenzen, die Partei mehr als „Arbeiterpartei" zu profilieren. Vordergründig erscheint das einfach als Wahlvorbereitung der SPD, die in der Auseinandersetzung um das Mißtrauensvotum der CDU / CSU den Wert mobilisierter Massen erkannt hat, und die mit Blick auf die Wahlen bis zu einem gewissen Grad bereit scheint, mit dem Feuer einer Mobilisierung der Betriebe gegen die CDU / CSU zu spielen. Dahinter steht aber wohl weit mehr, daß die SPD durch die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahren und durch den wachsenden Einfluß der revolutionären Linken dazu gezwungen ist, „linke" Auffangmanöver durchzuführen.

Willy Brandt drückte das auf einem Treffen mit führenden Kapitalisten so aus: die SPD könne es sich gar nicht leisten, Abspaltungen linker Gruppen zu riskieren. Vielmehr müßte sie solche Gruppen – wie etwa die Jusos oder die „Linken" um Jochen Steffen – in die Partei integrieren. Denn nur so, sagte Brandt, wäre eine innenpolitische Situation wie in Italien oder Frankreich zu vermeiden. Bis zu einem gewissen Grad sind in diese Integrations - Bemühungen auch die DKP - Revisionisten einbezogen: „Heute ist es ganz nützlich, daß die DKP da ist", sagte Helmut Schmidt am 25. Februar 72 im Fernsehen. Denn die DKP hat sich im Verschaukeln der Arbeiter und vor allem im Kampf gegen die Kommunisten als brauchbare Stütze der SPD - und Gewerkschaftsführer durchaus gewährt.

Es liegt auf der Hand, daß die „linken" Auffang - Manöver der SPD - Führung keine wirkliche Linkswendung, keine Hinwendung auf die Arbeiterinteressen bedeutet. Es bedeutet lediglich, daß die Arbeiter als „Zielgruppe" stärker propagandistisch bearbeitet werden sollen. Gegenüber den Streiks der britischen Arbeiter gegen das reaktionäre Gewerkschaftsgesetz gab sich die SPD - Führung nicht die geringste Mühe, ihren arbeiterfeindlichen Charakter zu verbergen. Im sozialdemokratischen „Vorwärts" wurde den britischen Gewerkschaftsführern vorgeworfen, sie hätten nicht das „EWG - Niveau" im Betrügen, Kontrollieren und Verschaukeln der Arbeiterklasse erreicht. Noch deutlicher wurde die Hamburger „Morgenpost" am 29. Juli. Die Gewerkschaftsführer – so heißt es dort – sollten sich ein Beispiel an den Gewerkschaften des Kontinents nehmen. Denn dort hätte die EWG „neue Maßstäbe" auch für die Gewerkschaften gesetzt. Es sei „nur schwer vorstellbar, daß eine deutsche Gewerkschaft das legitime Mittel des Arbeitskampfes dazu mißbraucht, ein zwar gegen ihren Widerstand, aber ordnungsgemäß (!) zustandegekommenes Gesetz außer Kraft zu setzen." Und weiter: „Hierzulande wissen die Gewerkschaften schon seit mehr als 20 Jahren, daß mit ihren Rechten auch Pflichten verbunden sind. Wenn es darauf

ankam, haben deutsche Gewerkschaften immer über den Rand ihres Tellers hinausgesehen und sich mit Nachdruck zu einer Tugend bekannt, die britischen Gewerkschaften ein böhmisches Dorf zu sein scheint: gesamtwirtschaftliche Verantwortung". –

Das demonstriert den Charakter der gegenwärtigen stärkeren Konzentration der SPD auf die Arbeiter. Es beweist, was die SPD-Führer noch glauben, sich erlauben zu können.

Jusos – die SPD der Zukunft?

Eine spezielle Funktion in der SPD haben die Jusos übernommen. „Jusos machen die SPD wählbar", wie sie selbst es ausdrücken. Ihre Aufgabe ist es, Teile der fortschrittlichen Jusos, die das arbeiterfeindliche Wesen der SPD bereits durchschaut haben, mit „linker" Demagogie doch wieder vor den SPD-Karren zu spannen. Das ist besonders wichtig, angesichts der sich verändernden Mitgliederstruktur der SPD. So waren z. B. in Hamburg 1971 etwa 24 % der neu in die SPD eingetretenen Schüler, Studenten und Lehrlinge – während diese Gruppe 1964/65 nur knapp 7 % der Neueintritte ausmachte. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Arbeiter an den Neueintritten von 30,9 % auf 18,8 %.

(nach Jahresbericht 1970/71 der LO Hamburg der SPD).

Die Jusos machen nicht etwa den Fehler, der Jugend die SPD als eine Partei der Arbeiterinteressen zu verkaufen. Nein, sagen die Jusos, natürlich wissen wir, daß die SPD in ihrer Mehrheit nicht konsequent die Interessen der Lohnabhängigen vertritt. Aber die fortschrittlichen Jugendlichen sollten trotzdem der SPD Vertrauen schenken und sie unterstützen, weil „morgen die demokratische antikapitalistische Politik der Jungsozialisten zur dominierenden wird". Das Ziel der Jusos aber sei eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Das Demagogische und Großmäulige der Juso-Politik liegt auf der Hand. Sie schwadronieren, daß die Parteiführung schon nicht mehr an ihnen vorbeikönne und sie die „treibende Kraft" in der SPD seien.

Aber sie können nicht einmal verhindern, daß ihnen bei Mauschelsitzungen auf Bezirksebene ihre reformistischen Plänchen diskussionslos durch die Parteibürokratie vom Tisch gefegt werden. Sie müssen erleben, daß ihre wohlgemeinten Thesen zur Kandidatenaufstellung von der Parteispitze einkassiert werden und ausgerechnet die CDU/CSU es unternimmt, diese Thesen dann doch noch zu drucken. Die Jusos erhalten gerade soviel „Freiraum" in der SPD, wie notwendig ist, um die in der SPD organisierten fortschrittlichen Jugendlichen bei der Stange zu halten. Ob sie wenigstens diesen „Freiraum" behalten werden, oder ob die SPD gar auf dieses „linke"-Feigenblatt verzichten will – wie sie es im Falle des Sozialdemokratischen Hochschulbundes im Begriff ist zu tun – ist sogar noch fraglich.

Denn die „linken" Auffangmanöver der SPD-Spitze sind nicht ohne Widersprüche. Natürlich wollen und müssen die SPD-Führer bestrebt sein, möglichst große Teile der Arbeiterklasse an sich zu binden, und das erfordert „Zugeständnisse" an die SPD-Linke. Aber diese „Zugeständnisse" und Auffangmanöver sollen andererseits nicht die Regierungspolitik des Abbaus demokratischer Rechte und der Verschlechterung der Lebenslage der Massen gefährden. Und sie sollen weiterhin nicht die Sympathien für die SPD bei Teilen des Kleinbürgertums und der Kapitalistenklasse beeinträchtigen. Die SPD-Führer sind also gegenüber der innerparteilichen Linken in der Lage eines Fahrers, der mit einem Fuß Gas gibt, während er den anderen auf die Bremse drückt.

Schon deshalb wäre es falsch, die Jusos und andere SPD-„Linke" nur unter dem Gesichtspunkt „linker" Auffangmanöver der SPD-Spitze zu sehen. Denn tatsächlich drückt die sozialdemokratische „Linke" auch ein Abrücken von der SPD-Spitze, ein Herankommen an sozialistische Positionen aus. Für die Kommunisten ergibt sich das Problem: auf der einen Seite erfordert gerade der politisch-theoretische Kampf gegen die Vorstellungen der „linken" Sozialdemokraten besondere Anstrengungen. Auf der anderen Seite kann dieser Kampf aber nicht so geführt werden, wie gegen die SPD-Spitze oder gar gegen die CDU/CSU. Die Kommunisten sollten das Herankommen der fortschrittlichen Sozialdemokraten an die sozialistischen Positionen erleichtern, nicht aber durch sektiererisches Verhalten erschweren. ■

Breite Aussprache über das Eingreifen des KB zu den Bundestagsneuwahlen

Der Bundestag wird voraussichtlich noch in diesem Jahr neu gewählt werden. Die Leitung des KB hat sich deshalb vor einigen Wochen an alle Grundeinheiten, örtlichen Gruppen sowie an den Sympathisanten-Bereich (in erster Linie Studenten und Schüler) mit der Aufforderung gewandt, in den Einheiten über ein mögliches Eingreifen des Kommunistischen Bundes zu den Wahlen zu diskutieren.

Bis Anfang August lagen der Leitung Berichte aus 66 Einheiten vor. Davon kamen fünf aus Bremerhaven, aus Flensburg und Lübeck je vier, aus Frankfurt drei, zwei aus Oldenburg und einer aus Westberlin. Aus Hamburg liegen u. a. die Berichte aus 37 Betriebs- und Branchenzellen vor; davon kommen 18 aus dem Metallbereich, sieben aus dem Chemie-Bereich und sechs aus dem Druckbereich. Die überwiegende Mehrheit der Einheiten der Organisation hat somit an der breiten Aussprache teilgenommen und z. T. sehr ausführliche Berichte an die Leitung geliefert. Eine Reihe von weiteren Berichten, die sich wegen der Urlaubs-Situation der Genossen verzögerten, sind angekündigt worden.

Gestützt auf die aus der breiten Aussprache gewonnenen Einschätzungen und Vorschläge, die jetzt von der Leitung zusammengefaßt und in die Organisation zurückgetragen werden, wird der Kommunistische Bund mit größter Einheitlichkeit und Zielbewußtheit zu den Bundestagsneuwahlen eingreifen. Die breite Aussprache erlaubt zugleich, politisch-ideologische Schwächen in einzelnen Grundeinheiten zu erkennen und in der Anleitungs-Tätigkeit zu überwinden.

Über 85 % der Berichte sprechen sich eindeutig dafür aus, mit einer Wahlempfehlung zugunsten der SPD während des Bundestags-„Wahlkampfs" aufzutreten. Lediglich eine Grundeinheit in Hamburg sprach sich für die Wahl der revisionistischen DKP aus. Argumentiert wurde, daß der Aufbau einer kommunistischen Fraktion im Bundestag die Alternative zur Wahl der bürgerlichen Parteien ist. Die Kandidatur und Wahl der DKP sei ein erster Schritt dahin. In fünf weiteren Hamburger Betriebszellen sprachen sich einzelne Genossen gegen die Wahl der SPD aus. Das waren in zwei Fällen ältere Genossen aus der KPD, die mit der SPD sehr schlechte Erfahrungen gemacht hatten und stimmungsmäßig argumentierten, ohne eine Alternative anzugeben. In einer Zelle war es ein Genosse, der während des Urlaubs mit Führern des KB Bremen zusammengetroffen und von diesen vorübergehend „überzeugt" worden war. Den „links"sektiererischen Vorstellungen der Bremer Führer folgend, setzte dieser Genosse SPD und CDU gleich. Ja, die SPD sei sogar noch schlimmer, behauptete er. In einer anderen Betriebszelle befürwortete ein erstmals anwesender Genosse einen Wahlboykott. Die hier genannten Ausnahmen beschränken sich auf die Bereiche Druck und Hafen. Ein Bericht aus dem Sympathisanten-Bereich vertritt eine „links"opportunistische Position und warnt vor einer Wahlempfehlung überhaupt, weil der KB „ohnehin zu schwach" sei, um das Wahlergebnis „entscheidend" zu beeinflussen. Außerdem sei eine Wahlempfehlung für die SPD „grundsätzlich opportunistisch". Statt dessen wurde empfohlen, eine „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" herzustellen, deren Inhalt und Ziel allerdings nicht angegeben wurde.

In Zusammenfassung der Ergebnisse der breiten Aussprache wird die Leitung des Kommunistischen Bundes den örtlichen Gruppen, den Grundeinheiten und den Sympathisanten-Bereichen der Organisation Richtlinien für das Eingreifen zu den Wahlen vorschlagen. Eine Plattform wird erarbeitet werden. Diese soll erklären, wie der KB zum bürgerlichen Parlament steht, wie wir Kommunisten die bürgerlichen Parteien beurteilen, warum die Arbeiterklasse ihre Kommunistische Partei braucht. Die Wahlplattform soll außerdem die konkrete Empfehlung enthalten und begründen, der SPD die Stimme zu geben. Die Plattform wird für die Massen-Arbeit – z. B. zum Verkauf bei Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Parteien – eingesetzt werden. Vorbereitet wird mindestens eine zentrale Informations-Veranstaltung des KB in Hamburg sowie Veranstaltungen in Orten und Bezirken. Zu den Bundestagsneuwahlen strebt der Kommunistische Bund Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppen und Organisationen sowie eine Aktionseinheit kommunistischer Zirkel an, mit denen sich eine gemeinsame Grundlinie festlegen läßt. Die Auseinandersetzung mit den Sektierern und deren Vorstellungen zur Wahl wird intensiviert werden.

Im folgenden drucken wir fünf Berichte aus der breiten Aussprache ab. Eine größere Zahl von Berichten wird demnächst als Sondernummer von „Unser Weg" veröffentlicht werden.

Branchenlehrlingsgruppe METALL Hamburg

I. Inhalt der Agitation und Propaganda

Wir müssen in der Agitation und Propaganda unsere Einschätzung vom Stand der kommenden Entwicklung der Klassenkämpfe zum Ausdruck bringen, d. h. die Bundestagswahlen unter der Frage „Wo geht die Reise hin?" beurteilen. Hierbei ist klarzustellen, was Wahlen im Kapitalismus für eine Funktion haben. Sie dienen der Bourgeoisie zur Absicherung und Legitimation ihrer Herrschaft, sie sind Mittel des ideologischen Kampfes der Bourgeoisie, Wahlergebnisse geben der Bourgeoisie auch Aufschluß darüber, wie stark sie sich ideologisch durchsetzen kann. Mit den Mitteln des Parlamentarismus soll der Klassencharakter der Gesellschaft verschleiert werden. Wir müssen also herausarbeiten, daß die bürgerlichen Parteien alle Parteien des Kapitals sind, daß sie unterschiedliche Funktionen wahrnehmen. Diese Funktionen sind so zu erläutern, daß klar herauskommt, welche Partei bei dieser Wahl im Interesse des Kapitals an die Macht kommen soll (CDU), und warum die SPD „ausgedient" hat. Die SPD ist aufgrund der zunehmenden arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die das Kapital durchführen läßt, kein geeignetes Mittel mehr, da sie bei Beibehaltung als Regierungsinstrument ihre Basis in der Arbeiterklasse zerstören und damit ihren Zweck, die Arbeiterklasse an das kapitalistische System zu binden, verlieren würde. Hierbei müssen wir aufzeigen, daß die SPD heute für die Bourgeoisie in der Oppositionsrolle bessere Dienste leisten kann, da sie bei ansteigenden spontanen Kämpfen die Arbeiterbewegung kanalisieren soll und so das Entstehen einer eigenständigen Arbeiterpolitik erschwert.

Wir müssen auch aufzeigen, wie in der Zeit vor der Wahl die Diskussion entfacht wird, die sich aber auf unpolitische Weise abspielen soll, d. h.: nicht Diskussion um die Sorgen und Nöte der Massen, sondern um Parteiprogramme, die eben losgelöst von den Interessen der Massen sind. Die bürgerlichen Parteien greifen ja auch die Bedürfnisse der Massen auf und wenden sie demagogisch im Interesse des Kapitals.

Die Entlarvung der konkreten Ereignisse in Bonn, wer hinter ihnen steckt, sollte breiten Raum einenhmen. Der Bezug zb der Wahl, wie diese Ereignisse sie beeinflussen, muß hergestellt werden. Wenn wir z. B. aufzeigen, wie sich in der CDU/CSU um Strauß die Faschisten sammeln, so sollte auch der Rücktritt Schillers unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. In der bürgerlichen Presse wird gesagt, daß die SPD für Schiller keinen Ersatz hat. Wir müssen also genau beobachten, ob und wie Strauß jetzt als Alternative herausgestellt wird.

Forts. nächste Seite

Wenn wir dem Stellenwert, den die Wahl für die Bourgeoisie hat, solche Bedeutung beimessen, so deswegen, weil wir klarstellen müssen, welche Ausgangspositionen für den Klassenkampf geschaffen werden. Diese Klarstellung läuft einher mit der Einschätzung der Parteien. Es muß klar werden, daß die SPD für die Arbeiterklasse das „kleinere Übel" ist, daß also unter einer SPD-Regierung bessere Bedingungen für den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten bestehen. Die SPD zu wählen bedeutet, die Handlungsfreiheit der Bourgeoisie einzuengen. Hierbei ist auch darauf einzugehen, daß die DKP keine Alternative darstellt. DKP wählen bedeutet weniger Stimmen für die SPD, bessere Chancen für die CDU. Auch sollten wir allgemein dazu ermintern, an der Wahl teilzunehmen. Ein Wahlboykott, wie einige Linkssektierer vorschlagen, nützt der Reaktion. Weiterhin müssen wir in unserer Agitation und Propaganda die bürgerlichen Medien mit einbeziehen. Sendungen und Meldungen sind zu untersuchen, welchen Stellenwert sie in Bezug auf die Wahl haben, wo überall versteckte Propaganda für die Wahl enthalten ist.

Die Fälle, wo Kapitalisten direkt in den Wahlkampf eingreifen, sollten wir herausstellen und wenn möglich einreihen in die ideologische Offensive des Kapitals und verallgemeinern.

Die werktätigen Massen sind interessiert an Fragen der Wirtschaft, weil die dabei direkt betroffen sind. Diese Fragen müssen wir konkret darstellen, die Stellung der bürgerlichen Parteien hierzu durchleuchten und klarmachen, daß Krisen, Inflation usw. Bestandteile des Kapitalismus sind, daß die bürgerlichen Parteien nicht imstande sind, diese Probleme zu lösen, sondern nur die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Kampf gegen den Kapitalismus.

Die Untersuchung des Klassencharakters des Parlamentarismus und der in ihm vertretenen Parteien soll hingeführt werden auf die Notwendigkeit der Klassenpolitik im Interesse der werktätigen Massen. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei muß so herausgearbeitet, und dabei eine Kritik der DKP geleistet werden. Der Aufbau der KP muß so propagiert werden, daß sie das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse zur Vertretung ihrer Interessen ist. Hierbei muß klarwerden, wie notwendig dieses Instrument in der kommenden Zeit bei der Verschärfung der Klassenkämpfe wird.

II. Konsequenzen für die Organisation im Wahlkampf

1. Wir müssen aus der Einschätzung des politischen Stellenwerts dieser Wahl die Konsequenzen ziehen, daß sie in unserer Agitation und Propaganda breiten Raum einnimmt. Die Wahl findet großes Interesse bei den werktätigen Massen, wir müssen also eingreifen, a) weil die Wahl Bedeutung für die Klassenkampfbedingungen hat und b) weil sie besonderer Anlaß zur Aufdeckung der Machenschaften des Kapitals und seiner Parteien ist. Unsere Agitations- und Propaganda-Tätigkeit sollte in der Zeit vor der Wahl verstärkt werden, andere Gebiete dürfen wir nicht vernachlässigen.
2. Berichtwesen: Kurzberichte der Genossen über das direkte Eingreifen der Kapitalisten ihres Betriebes müssen schnell an die entsprechenden Instanzen der Organisation weitergeleitet werden. Ebenso Berichte über Diskussionen mit den Kollegen. Die Leitung und „Arbeiterkampf"-Redaktion müssen ständig auf dem laufenden sein, wie die Stimmung in den Betrieben ist.
3. Jeder Genosse muß während dieser Kampagne über die aktuellen Ereignisse bestens informiert sein. Da es manchmal nicht möglich ist, Vorkommnisse sofort richtig einzuschätzen, sollte die Leitung ideologische Hilfe leisten (z. B. Schnellrundbriefe), die den Genossen eine korrekte Einschätzung ohne vorherige breite Diskussion in der Einheit ermöglichen.
4. *Wichtig:* In den Verteilerkollektiven muß eine ständige intensive Diskussion um die Probleme der Wahl geführt werden. Verteiler sind unsere Agitatoren, keine technischen Handlanger. Bei Stellungnahmen zur Wahl, z. B. ein Flugblatt, sollten vor großen Betrieben Trupps eingesetzt werden, die Agitation betreiben und versuchen, Diskussionsgruppen zu bilden.
5. Betriebe, in denen die Kapitalisten direkt Wahlpropaganda betreiben, sollten möglichst schnell mit Flugblättern versorgt werden, in denen anhand dieser konkreten Sache unser Standpunkt zur Wahl zum Ausdruck kommt.
6. Zu erwägen wären kurze Kundgebungen vor Großbetrieben bei Schichtende, die die Diskussion unter den Kollegen entfachen.
7. In der ganzen Stadt sollte Massenpropaganda betrieben werden (Stellungnahmen der Organisation in großer Auflage), die die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien entlarvt und die Stoßrichtung gegen Kapitalistenklasse und CDU, für SPD als „kleineres Übel" hat.
8. Stadtteilgruppen (Verteilerkollektive) sollten bei Wahlveranstaltungen bürgerlicher Politiker in ihrem Stadtteil anwesend sein und eventuell hinterher in ihrer Stadtteil-Arbeit darauf eingehen.
9. Unsere Organisation sollte Informationsveranstaltungen (wie die zu den Ereignissen bei Springer) machen, auf denen wir unseren Standpunkt klarlegen. Auch schlagen wir Diskussionsveranstaltungen vor, an denen andere Organisationen beteiligt sind. Beide Veranstaltungsarten sind geeignet, die Möglichkeit zur Herstellung von Aktionsbündnissen zu fördern. Aktionsbündnisse bei konkreten Anlässen, wie z. B. Besuch von Strauß in Hamburg, sind anzustreben.

★ ★ Metallzelle Flensburg ★ ★

Historische Entwicklung in der BRD seit dem 2. Weltkrieg

Das Monopolkapital hat sich verschiedene Parteien geschaffen, die die Geschäfte der gesamten Bourgeoisie führen. Welche dieser Parteien an der Regierung ist, hängt von der Strategie und Taktik der Bourgeoisie ab, also letztlich vom Klassenkräfteverhältnis.

Ziel der kapitalistischen Politik nach dem 2. Weltkrieg war es, die Arbeiterklasse wieder zurückzudrängen, die von den Arbeitern errungenen Rechte einzuschränken und in einen Zustand weitgehender innenpolitischer Ruhe ihren früheren wirtschaftlichen und politischen Einfluß nach innen und außen wiederherzustellen. Diese offen arbeiterfeindlichen Maßnahmen konnten nur von der CDU / CSU durchgeführt werden, die die Wählerbasis in den Mittelschichten und bei rückständigen Arbeitern findet, während der SPD durch ihre Wählerbasis, die Arbeiter, Grenzen in der arbeiterfeindlichen Politik gesetzt sind.

1966 / 67 mußte sich die Taktik des BRD Imperialismus aufgrund des neu entstandenen Kräfteverhältnisses sowohl innenpolitisch, als auch außenpolitisch ändern. Die Krise in diesen Jahren war ein Ausdruck der Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, und sie zeigte den Kapitalisten klar, daß man in Zukunft nicht mehr die Klassenkämpfe durch eine relativ gute, zumindest erträgliche Lage der Arbeiterklasse dämpfen kann. Es galt also für die Kapitalistenklasse, innenpolitisch ***vorbeugende*** Maßnahmen für die zu erwartenden Klassenkämpfe durchzuführen. Diese Maßnahmen konnten aber nicht offen arbeiterfeindlich durchgeführt werden, weil sie schon zu diesem Zeitpunkt die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Kapital enorm verschärft hätten.

In der Zeit der Großen Koalition und in der Zeit der SPD / FDP - Regierung wurde und wird die Faschisierung von Staat und Gesellschaft immer weiter vorangetrieben.

Weshalb soll nun aber die CDU / CSU wieder zurück an die Regierung?

Am 27. April versuchte die CDU / CSU zum erstenmal in der Geschichte der BRD anhand eines sogenannten konstruktiven Mißtrauensvotums die Regierung zu stürzen.

Am 23. April, dem Tage der Wahlen in Baden - Württemberg, hatte sich die CDU / CSU als große Gewinnerin hingestellt. Aber mit den Stimmen für die NPD, die zur „Unterstützung der CDU / CSU" ihre eigenen Kandidaten nicht aufstellten, hatte sie 1 % weniger Stimmen, als bei den letzten Landtagswahlen, während die SPD und FDP 1 % Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Die CDU / CSU hatte also erkannt, daß ihre Chancen, in den Bundestagswahlen die meisten Wähler auf sich zu vereinigen, sehr gering sind, und so wollte sie korrupte Abgeordnete der FDP, wie Kienbaum, Kühlmann und Helms, durch Bestechung dazu bewegen, für Barzel zu stimmen. Dieses Unterfangen hätte auch ganz ohne Zweifel Erfolg gehabt, wenn nicht die Ankündigung der CDU / CSU eine kaum erwartete Welle des Protestes ausgelöst hätte. Spontane Demonstrationen fanden in der ganzen BRD statt, und in vielen Großbetrieben wurde die Arbeit niedergelegt und über die gegenwärtige Lage diskutiert.

So wurde dieses konstruktive Mißtrauensvotum zum Testfall für das Kapital, während es bei den Kommunisten dazu führte, daß die bestehenden Widersprüche zwischen den Organisationen scharf hervortraten.

Die SPD - und DGB - Spitze zeigten ihre Angst vor einer Massenmobilisierung und daß sie ***praktisch*** nichts Entscheidendes gegen eine CDU / CSU - Machtübernahme unternehmen würden.

Einige Organisatoren der Massenbewegung, Gewerkschafter, SPD - Mitglieder und Betriebsräte desorientierten die Bewegung gleichzeitig im Sinne einer bloßen Unterstützung der SPD. Die spontanen Streiks, die die Arbeiter in der gesamten BRD durchgeführt hatten, waren ein Kampf gegen die Verschlechterung der Lage, denn von der CDU / CSU - Regierung wird eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, ein weiterer Abbau der Reste der demokratischen Rechte und außenpolitisch eine Rückkehr zur Taktik des Kalten Krieges erwartet. Gleichzeitig war dieser Kampf aber auch ein Eintreten für die bestehenden Zustände, also eine Unterstützung der SPD, weil viele Arbeiter diese Partei tatsächlich als das „kleinere Übel" ansehen. Die SPD konnte die Bewegung also auf ihre Mühlen lenken, auch weil die Kommunisten immer noch zu schwach sind, als daß wir der Desorientierung und Illusionsmacherei der SPD mit Erfolg entgegentreten könnten.

Die Stellungnahme der einzelnen kommunistischen Organisationen haben gezeigt, daß neben den „Parteien" nun auch viele andere Organisationen an die Ereignisse um die CDU / CSU - Machtergreifung mit einem linkssektiererischen Standpunkt herangingen. Diesen Organisationen genügt es vollständig, die Taktik der CDU / CSU und der SPD gleichzusetzen, oder aber ganz offen zu behaupten, daß die Taktik der CDU mit der Methode erpresserischer Drohungen und offener Gewalt nach innen und außen weniger gefährlich für die Arbeiterklasse sei, als die Taktik der SPD.

Folgerichtig halten sie sich aus den Massenkämpfen heraus. Und gerade durch dieses Vorgehen haben sich die ganzen linkssektiererischen Gruppen in die Isolation gegenüber den Arbeitern getrieben. Diese Organisationen haben den Kampf der Arbeiterklasse, der gegen eine Verschlechterung ihrer Lage, also gegen eine Regierungsübernahme durch die CDU / CSU gerichtet war, negiert und für falsch befunden und als einzigste Alternative zu diesem Regierungsgerangel die Kommunistische Partei propagiert. Aber die Kommunistische Partei wird der Arbeiterklasse nicht dadurch allein bewußt werden, daß wir ihren Wiederaufbau propagieren, sondern vor allem allem dadurch, daß wir im praktischen Massenkampf auch für die nächsten politischen Interessen der Arbeiterklasse eintreten.

Welche Bedeutung haben nun die Bundestagsneuwahlen, vorausgesetzt, daß die CDU / CSU nicht noch vor den Neuwahlen ein zweites Mißtrauensvotum stellt, um dem aussichtslosen Wahlkampf zu entgehen?

Der Kapitalistenklasse war es klar, daß sich in den siebziger Jahren sowohl die imperialistischen Auseinandersetzungen, als auch die Klassenkämpfe im Innern bedeutend verschärfen werden. So sagte Strauß: „ ..., daß die Grundlagen der Marktwirtschaft beseitigt werden könnten" und Friedrich (Führer des Kapitalistenverbandes BDI), daß ein immer breiter werdendes Unbehagen gegenüber unserer Marktwirtschaft zu beobachten sei.

Die Kapitalistenklasse sieht, wenn auch gegenwärtig noch stark übertrieben, ihre Ausbeuterordnung in Gefahr. Deshalb müßten sie (die Kapitalisten) zum Gegenangriff übergehen, um Aussichten für das Bestehen des Kampfes gegen die Arbeiterklasse zu haben (Robert Bosch) oder Friedrich: „Wir brauchen das politisch offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der ‚soliden' Reformen". Zu diesem Zweck wird eine Formierung der Kapitalistenklasse betrieben, um diese „soliden" Reformen realisieren zu können. Die Politik der „soliden" Reformen setzt von Seiten der Kapitalisten den Kampf gegen alle Gruppierungen voraus, die auch nur entfernt eine Gefahr fürs Großkapital darstellen. Deshalb auch die Angriffe gegen die Jusos, einige SPD - „Linke", gegen die gesamte DKP und natürlich neben propagandistischen Angriffen auch Polizeiaktionen gegen kommunistische Organisationen. Die SPD - Führer bemühen sich zwar recht und schlecht, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft im Interesse des Monopolkapitals voranzutreiben. Aber der SPD - Spitze sind Grenzen gesetzt, nämlich die ihrer Wählerschaft, eben hauptsächlich Arbeiter. Würde die SPD nämlich jetzt die Faschisierung *offen* arbeiterfeindlich vorantreiben, so würde die SPD mit ihrer Politik im Auftrage der Kapitalistenklasse das verlieren, was sie für die Kapitalisten allein interessant macht: Das Vertrauen großer Teile der Arbeiterklasse. Aber auch die CDU, die viel offener arbeiterfeindlich auftreten kann, als die SPD und deshalb auch eher parteipolitischer Träger des Faschismus sein kann, ist noch nicht vollständig die Partei, die sich die Kapitalisten wünschen, denn nur die CSU des Franz Josef Strauß erhält immer wieder volles Lob des Kapitals.

Wir sehen also, daß taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bourgeoisie bestehen, und diese Verschiedenheiten müssen wir für den Massenkampf der Arbeiterklasse ausnutzen. Daraus entspringt unsere Parole „keine Stimme der CDU", weil die Arbeiter die bürgerlichen Wahlen ausnützen müssen, um zu verhindern, daß durch eine CDU / CSU - Regierung die Faschisierung des Staates und der Gesellschaft gegen die Arbeiterbewegung noch mehr verstärkt wird.

Wir Kommunisten und auch größere Teile der Arbeiterklasse sehen die Taktik der SPD relativ zur CDU / CSU gesehen, als „kleineres Übel" an. Viele Arbeiter sehen aber auch, daß die SPD ebenfalls eine Partei des Kapitals ist.

Die Taktik des Monopolkapitals für die nächsten Bundestagswahlen ist also klar: Die CDU / CSU soll wieder zurück an die Regierung, um „solidere" Reformen gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, als es der SPD möglich ist. Für diese Machtübernahme müssen aber Maßnahmen getroffen werden, damit der spontane Widerstand der Arbeiterklasse gegen die CDU / CSU abflaut, bis sich die Bevölkerung zunächst an den Gedanken einer CDU / CSU - Regierung „gewöhnt" hat. Dazu wird Fernsehen und Rundfunk zunehmend zugunsten der CDU / CSU gleichgeschaltet. Sehr demagogisch und für das Kapital sehr aussichtsreich erinnert die reaktionäre Presse immer wieder an die seit Jahren schlechter werdende wirtschaftliche Lage des „kleinen Mannes". Die SPD wird für die ständig steigende inflationäre Entwicklung verantwortlich gemacht, und natürlich nicht das Monopolkapital, das die Krise wieder einmal auf die Arbeiterklasse abwälzt. Und die Alternative des Großbankiers Poullain: „Ich hoffe, daß bald eine handlungsfähige Regierung da ist, die stark genug ist, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Wir müssen jetzt den Stier bei den Hörnern packen."

Genau in dieselbe Richtung laufen auch die Bombenanschläge der letzten Wochen. Mit diesem Bombenterror soll der Ausbau des Staatsapparates, die weitere Faschisierung von Staat und Gesellschaft glaubwürdig vor der Bevölkerung begründet werden (Gesetze zur „inneren Sicherheit").

In einem so erzeugten Klima von Angst, Unsicherheit und Spannung sieht das Großkapital die geeignete Grundlage für den Ruf nach dem starken Mann und nach einem noch stärkeren Staat. Also entsprechen diese Bombenanschläge auffallend genau den Interessen des Monopolkapitals, ohne daß wir genau aufzeigen könnten, daß es sich um Bomben der Reaktion handelt.

Unsere ***theoretische*** Einschätzung zu den Bundestagswahlen läßt sich in folgende Parolen zusammenfassen:

- Gegen die faschistische Formierung der Kapitalistenklasse!
- Stoppt ihre Agenten Strauß, Barzel, Springer!
- Keine Stimme der CDU / CSU!

Wie soll nun aber unser politisches Eingreifen in der Zeit bis zu den Bundestagswahlen aussehen, um unser Ziel, den Wahlen eine antifaschistische Stoßrichtung zu geben (keine Stimme der CDU / CSU!) und der SPD Stimmen zuzuführen?

Praktische Vorschläge:

1. Betriebszeitungen oder Massenflugblätter müßten von den einzelnen Gruppen des KB in den Betrieben und in den Städten verteilt werden. Bei genügend verhandenen Geldmitteln könnte auch daran gedacht werden, Postwurfsendungen an alle Haushalte (zumindest im Norden Flensburgs) zu organisieren. Weil wir im Gegensatz zum „Arbeiterkampf" ja die Massen ansprechen wollen, müssen die Berichte auf niedrigem agitatorischen Niveau geschrieben werden.
2. Zu anderen Organisationen in der ganzen BRD, die mit unserer politischen Linie übereinstimmen, muß Kontakt aufgenommen oder erweitert werden, um gemeinsam vorgehen zu können. Hier wäre wohl besonders an die Gruppen in vielen Städten zu denken, die den „Arbeiterkampf" vertreiben, weil es darum geht, der Agitation und Propaganda der vielen linkssektiererischen Organisationen immer und möglichst überall unsere Auffassung zu den Bundestagsneuwahlen den Arbeitern aufzuzeigen.
3. Demonstrationen in Form von Aktionseinheiten. Kontakt mit den Organisationen und auch mit kleineren Gruppen wieder verbessern, mit denen schon früher antifaschistische Aktionen durchgeführt worden waren.

   Aktionseinheit mit der DKP wird wohl kaum möglich sein, weil wir unsere politische Linie nicht einschränken können in Form von Zugeständnissen an die DKP in der Tatsache, daß die SPD eine Partei des gesamten Kapitals ist.
4. Im „Arbeiterkampf" muß die Auseinandersetzung um die richtige politische Linie mit den anderen Organisstionen einen großen Platz einnehmen.

AGITPROP-THEATER-GRUPPE Hamburg

Die SPD ist nicht der Hauptfeind.

Die Wahl zwischen SPD und CDU / CSU ist nicht wie eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera.

Eine SPD - Regierung ist zwar immer eine Regierung des Kapitals, aber unter einer SPD - Regierung sind die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und für das Erstarken der kommunistischen Bewegung besser.

Die SPD ist nämlich nicht eine bürgerliche Partei wie jede andere, sondern eine bürgerliche Partei, die in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften großen Einfluß hat. Sie ist eine bürgerliche Arbeiterpartei. Zwar gibt es Unterschiede zwischen der SPD in Weimar und in Bonn; heute gibt es keine

Forts. nächste Seite

revolutionäre Opposition in der SPD, die von einer starken kommunistischen Partei weitergetrieben werden könnte; die heutigen Jusos sind eine kleinbürgerlich - demokratische Opposition; die SPD hat im Godesberger Programm sogar die früheren scheinradikalen Forderungen aufgegeben.

Diese Unterschiede beruhen aber hauptsächlich auf der veränderten ökonomischen und politischen Situation. Grundsätzlich erfüllt die SPD für das Kapital dieselbe Funktion, wie in Weimar. Sie setzt die kapitalistische Herrschaft auf „liberalem" Weg mit Scheinzugeständnissen durch; nur auf diese Art und Weise kann sie ihre „Verankerung" in der Arbeiterschaft erhalten; nur dazu ist diese Verankerung da.

Im Interesse des Kapitals führt die SPD - Regierung auch einzelne faschistische Maßnahmen durch. Besonders bei Beginn der Faschisierung wird sie dazu eingesetzt, um der Bevölkerung noch Sand in die Augen zu streuen über die weitere Entwicklung. Die Massenbasis der SPD und der für sie typische „Regierungsstil" begrenzt aber diese Funktion. Die offene Faschisierung wird von reaktionären Parteien wie der CDU / CSU durchgeführt. Es liegt im Interesse des Kapitals, die SPD mit ihrer Massenbasis als (Schein -) Alternative zu erhalten. Da durch die Widersprüche des Kapitals der Kurs auf offene Faschisierung läuft, wird vom Kapital ein Regierungswechsel angestrebt. Dieser Regierungswechsel liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, da für sie die Methode bürgerlicher Herrschaft, die von der SPD repräsentiert wird, günstiger ist für die Entfaltung des Klassenkampfes.

Deshalb muß im kommenden Wahlkampf gegen eine Regierungsübernahme der CDU / CSU gekämpft werden. Das geht nur durch Unterstützung der SPD / FDP. Die Wahl der reformistischen DKP ist wenig sinnvoll, zumal sie die 5 % - Klausel nicht überschreitet und so – wie beim Wahlboykott – solche Simmen indirekt der CDU / CSU zugute kommen. Eine Kommunistische Partei als Alternative gibt es nicht. Aber in welcher Form soll die SPD unterstützt werden?

Diese Unterstützung ist ein taktischer Kompromiß der kommunistischen Bewegung. Das unter der Parole „Keinerlei Kompromisse" abzulehnen, ist kleinbürgerlich - superlinke Haltung, die von Lenin schon in den „Kinderkrankheiten" scharf kritisiert wurde. Zwar gibt es verräterische Kompromisse (wie die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 durch die SPD), die scharf abgelehnt werden müssen. Aber auch die Kommunisten müssen taktische Kompromisse schließen. Lenin stellt fest, „daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, sowohl vor, als auch nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch bürgerlichen (!) Parteien". Nach Lenin kommt es „nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung, nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf - und Siegesfähigkeit beiträgt.

Das erfüllt die Formulierung (nicht die grundsätzliche Einschätzung) der SPD als „kleineres Übel" nicht.

„Diese Formulierung ist resignativ; nicht umsonst wurde sie von den SPD - Funktionären unzählige Male mißbraucht. Besonders bei Arbeitern, die den Einfluß der SPD lösen wollen, kann mit der Parole von der SPD als kleinerem Übel die Kampfbegeisterung kaum verstärkt werden. Es gibt unter solchen Arbeitern sicher welche, die aus Enttäuschung über die SPD DKP - wählen wollen; die DKP ist für sie „die" Kommunistische Partei; dieser Schritt zu „den" Kommunisten ist psychologisch sehr wichtig und bedeutsam. Was soll man nun solchen Leuten zur Wahl empfehlen? Man muß sie zweifellos vom revisionistischen, reformistischen Charakter der DKP überzeugen und ihnen klar machen, daß bei dieser Bundestagswahl jede Stimme gegen die Faschisierung unter der CDU / CSU gebraucht wird. Zugleich sollte man sie aber mit der Formulierung „kleineres Übel" nicht in die Resignation treiben, sondern sie z.B. auffordern: bei dieser Bundestagswahl SPD, wählt aber Kommunisten in die Betriebsräte, Gemeinderäte und Landtage! (wobei kommunistische Betriebsräte gemeint sind, bei Landtagswahlen aber auch DKP - Kandidaten.)

Durch die Formulierung von der SPD als „kleinerem Übel" wird auch der Eindruck erweckt, man akzeptiere die SPD so wie sie ist, und die SPD sei eine einheitliche Formation. Es muß aber betont werden, daß ein Unterschied zwischen den „SPD - Arbeitern" und der Führung besteht, daß man mit den SPD - Arbeitern zusammen kämpft. Auch bei den Kandidaten muß differenziert werden. Besonders *die* Bundestagskandidaten sind zur Wahl zu empfehlen, die von den Arbeitern in Betrieb und Gewerkschaft wenigstens noch ein bißchen kontrolliert (und damit entlarvt) werden können.

Schließlich muß in den Parolen zur Bundestagswahl auch klar werden, daß die einzig konsequenten Antifaschisten die Kommunisten sind, daß mit der SPD der antifaschistische Kampf nicht konsequent geführt werden kann.

Wir schlagen deshalb folgende (noch nicht ausformulierte) Parolen vor:

Kampf gegen die Faschisierung – Keine Stimme der CDU / CSU und ihren Bundesgenossen: NPD und DU

Mit den SPD - Arbeitern gegen den Faschismus!

Verteidigt die noch bestehenden demokratischen Rechte! Unterstützt bei dieser Wahl die SPD / FDP - Regierung! Jede andere Stimmabgabe nützt nur den Faschisten!

Kämpft gegen den Verrat der SPD - Führer!

Wählt Kommunisten in die Betriebsräte, Gemeinderäte und Landtage!!! ■

Vertriebskollektiv 1 des 'Arbeiterkampf' in Frankfurt

Die Kapitalisten bereiten sich gegenwärtig darauf vor, die Politik der Scheinzugeständnisse und „Reformen" durch die Politik der offenen Gewalt, der Unterstützung aller reaktionären Institutionen und der Verweigerung aller Zugeständnisse auszutauschen.

Die Militanz dieser Vorbereitungen und ihre Stoßrichtung – vollständige Zerschlagung der Arbeiterbewegung – läßt uns von Faschisierung sprechen. Für die kommunistische Bewegung gilt es, angesichts dieses Taktikwechsels der Bourgeoisie ebenfalls ihre Taktik neu zu bestimmen und die Machtergreifung der Reaktion zurückzuschlagen.

Der Marsch aus der Krise und die Rolle der SPD

Mit dem Scheitern der Erhard'schen Wirtschaftspolitik, der Krise 1967 und den außenpolitischen Mißerfolgen übernahm die SPD / FDP - Koalition die Regierungsgeschäfte. Sie sollte ihren Einfluß in der Arbeiterklasse für bessere Verwertungsbedingungen des Kapitals und die Durchsetzung einer Reihe extrem arbeiterfeindlicher Gesetze ausnutzen. Diese Angriffe auf die werktätigen Massen wurden durch eine Politik scheinbarer Zugeständnisse und „Reformen" verbrämt. Als Hauptinstrument dieser Herrschaftsform der Kapitalistenklasse wird die SPD immer dann eingesetzt, wenn vom Proletariat bestimmte Opfer verlangt werden, die Kapitalisten aber nicht willens sind, diese zu *erzwingen*. Indem die SPD alle möglichen Illusionen über die bürgerliche Demokratie verbreitet und gegen den Sozialismus hetzt, zuweilen „linke" Phrasen drischt und Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpft, stellt sie eine wichtige Position der Kapitalisten innerhalb der Arbeiterbewegung dar. Diese Position auszunutzen und für die Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu verwerten, war der Auftrag der Kapitalisten an die SPD.

Inzwischen hat die SPD ihre Aufgabe erfüllt und die Weichen für den Machtantritt der Reaktion gestellt. Der Kapitalistenklasse geht es nun darum, die Regierungsgewalt der CDU / CSU zu übertragen. Die Sozialdemokraten versuchen diese Entwicklung zu bremsen, indem sie sich immer mehr der Politik der unversöhnlichen Ablehnung aller Reformen annähern, dadurch jedoch an Einfluß bei den Arbeitern verlieren und so längerfristig für die Interessen der Bourgeoisie unbrauchbar werden. Gegenwärtig nützen die Kapitalisten die Selbstentlarvungen des Sozialdemokratismus aber noch kräftig aus, treiben die SPD sogar selber zu immer stärkeren Angriffen gegen die Rechte der werktätigen Bevölkerung und unterhöhlen so den Einfluß des Sozialdemokratismus innerhalb der Arbeiterschaft.

Den Angriff der Reaktion abwehren!

Die Kapitalisten wollen, „daß sich die Arbeiter enttäuscht und noch schneller von der SPD lösen und den CDU - Demagogen nachlaufen. Sie wollen auch, daß sich die fortschrittlichen Vertrauenskörper und Gewerkschafter von ihren Kollegen isolieren, da sie die inkonsequente und halbherzige Politik ... " ihrer Gewerkschaftsführer „in den Betrieben vertreten und ihre Folgen für die Kollegen ausbaden müssen. Kurzum: Die derzeitige allgemeine Schwächesituation der Arbeiterklasse erscheint den Kapitalisten als günstige Möglichkeit, der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen." (Arbeiterkampf 13, S. 3)

Von daher muß es die Aufgabe der Kommunisten sein, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Wichtig für den Kampf des Proletariats sind die Kampf*bedingungen*. Es kann den Kommunisten nicht gleichgültig sein, den Kampf unter der offenen Diktatur der Bourgeoisie zu führen oder eine „liberale" Herrschaftsform vorzufinden, mit all ihren kleinen Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung. Sicherlich, die „liberale" Politik des Kapitals ist die „schlauere", da sie eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge hat und nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten Spaltung treibt. Aber das darf uns nicht dazu verleiten, dieser Politik der „Scheinreformen" gleichgültig gegenüberzustehen und womöglich die des offenen Terrors herbeizusehnen. Diese Herrschaftsform bedeutet kurzfristige Liquidierung der Arbeiterbewegung. Unsere Aufgabe muß es sein, die günstigeren Kampfbedingungen auszunutzen und *besondere* Anforderungen an die Agitation und Propaganda des Kommunisten zu stellen, um den bürgerlichen Einfluß innerhalb der werktätigen Massen zurückzudämmen. Entscheidendes Gewicht bei der Verbesserung der Kampfbedingungen kommt also der ideologischen Festigkeit und dem taktischen Geschick zu, alle Vorteile einer „liberalen" Regierung auszunutzen, ohne deshalb den Klassenstandpunkt aufzugeben. „Es besteht ohne Zweifel auch hier wie stets die Aufgabe darin, daß man es versteht, die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene *Eigenart* der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene *Eigenart* in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen und zu erraten fähig sein muß ... Es kommt nur darauf an, daß man es *versteht*, diese Taktik (des Lavierens) so anzuwenden, daß sie zur *Hebung* und nicht zur Senkung des *allgemeinen* Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf - und Siegesfähigkeit beiträgt." (Lenin, Linker Radikalismus)

Im Kampf um die Verteidigung bürgerlich - demokratischer Rechte stehen Kommunisten mit in der ersten Reihe, ohne deshalb die Unzulänglichkeiten dieses Kampfes außer acht zu lassen. „Solange wir nicht an die Stelle der bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats setzen können, ist das Proletariat daran interessiert, sich jedes Stück bürgerlicher Demokratie zu erhalten, und benutzt es, um die Massen auf die Überwindung der Kapitalistenherrschaft, auf die Errichtung der proletarischen Diktatur vorzubereiten." (Pieck, VII. Weltkongreß)

Den Sozialdemokratismus als Herrschaftsform des Kapitals entlarven!

Natürlich war und ist es nie der Standpunkt der Arbeiterklasse, den sozialdemokratischen Führern die Quittung für ihre Politik in einer Weise auszustellen, die die offene Reaktion stärkt. Die einzige Alternative zur Sozialdemokratie ist der Kommunismus (vgl. „Kommunistische Arbeiterzeitung" der Arbeiterbasisgruppen München, Nr. 24).

„Wenn ich als Kommunist vor die Massen trete und auffordere, die SPD zu wählen, so werde ich damit sicherlich Aufmerksamkeit erregen. Ich werde erklären, daß ich insofern für die SPD bin, als ich mir davon bessere Bedingungen für den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung verspreche, daß ich die SPD bei ihrem wortradikalen Eintreten für eine „bessere Welt" packen werde, daß ich aber ständig bemüht sein werde, aufzuzeigen, wo die SPD den Pfad der Glückseligkeit verläßt und Unterdrückung und Ausbeutung praktiziert. Damit werde ich einen bestimmten Anspruch an die SPD stellen, ihr dafür meine Stimme geben und öffentlich dazu aufrufen, meinem Beispiel zu folgen. In allen Fällen der Demagogie und des Betrugs der Unterdrückung und Ausbeutung aber werde ich die SPD - Politik entlarven und breit propagieren, daß die SPD ihr „Versprechen" nicht eingehalten hat. Ich werde versuchen, einen Massenprotest zu organisieren und die SPD als Statthalterin des Kapitals entlarven. Ich werde grundsätzliche Einsicht in die Politik des Kapitals und seiner beiden Taktiken vermitteln, den Klassencharakter des Kapitalismus darstellen. Ich werde also die SPD unterstützen, wie Lenin sagt, „wie der Strick den Gehenkten stützt". „Und wenn man mir entgegnen sollte, das sei eine zu schlaue oder zu komplizierte Taktik, die Massen würden sie nicht verstehen, sie werde unsere Kräfte verzetteln, zersplittern, werde uns hindern, diese Kräfte auf die ... Revolution zu konzentrieren usw., so werde ich diesen „linken" Opponenten antworten: Wälzt euren Doktrinismus (das gewissen Theorien entsprechende wirklichkeitsfremde Verhalten) nicht auf die Massen ab." (Lenin)

Unser Eintreten für das „kleinere Übel" SPD werden wir dazu benutzen, die bloß taktischen Unterschiede zwischen CDU und SPD zu entlarven und ihre gemeinsame Strategie zur Unterdrückung und Ausbeutung aller werktätigen Massen darzustellen.

Das Bewußtsein des Proletariats auf Grund seiner eigenen Erfahrungen entwickeln!

Das Bewußtsein der Massen wird auf Grund ihrer politischen Erfahrung, niemals durch Propaganda allein, erreicht. Daher ist es unsere Aufgabe, die Differenzen zwischen den zwei Taktiken der Bourgeoisie in die praktischen Aktionen der Massen hineinzutragen, *hier* den Machtantritt und das Abwirtschaften des Sozialdemokratismus agitatorisch und propagandistisch auszunutzen. Dadurch gelingt es uns, den unvermeidlichen Bankrott kapitalistischer Politik in der Praxis zu beschleunigen und die konsequente Klassenpolitik des Proletariats darzustellen. Unsere Aufgabe ist es also, dem Arbeiter im Betrieb, auf der Straße, die Erfahrungen mit dem Sozialdemokratismus, mit der Politik des Kapitals in ihren eigenen praktischen Aktionen und Erlebnissen darzustellen, an ihren eigenen Erfahrungen anzuknüpfen.

Die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte gegen die Machtergreifung der Reaktion herstellen!

Um wirksam die Angriffe des Kapitals abwehren zu können, ist es notwendig, alle fortschrittlichen Organisationen zu einer Aktionseinheit zusammenzuschließen. Grundlage der Aktionseinheit muß der Kampf gegen die offen reaktionäre Politik des Kapitals sein. Es gilt, eine Massenbewegung zu schaffen, an der breiteste Teile der Bevölkerung teilnehmen. Im Vordergrund steht dabei der Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte, gegen die Machtübernahme durch die CDU / CSU. Gleichzeitig wird die Unfähigkeit der SPD aufgezeigt, die Wünsche und Bedürfnisse der Massen zu berücksichtigen. Um eine breite Massenbewegung zu entfalten, müssen wir an den Interessen der werktätigen Bevölkerung anknüpfen. Dem Kampf breiter Volksschichten um Frieden und Aussöhnung mit anderen Völkern, der Kampf gegen den Faschismus, der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung gilt es, eine klare Stoßrichtung gegen den Klassenfeind zu geben.

Es ist wichtig hervorzuheben, daß die Schaffung einer Aktionseinheit mit dem Ziel, eine breite Massenbewegung zu organisieren, letztlich auch die Spaltung in der Arbeiterbewegung zurückdrängt. Eine breite Aktionseinheit wird links - und rechtsopportunistische Fehler schneller korrigieren können und wichtige Vorbereitungen für die Schaffung der kommunistischen Partei darstellen ■

Zelle in einem Hamburger Chemiebetrieb

Bedeutung der Wahl:

Die *SPD* wird versuchen, *im Betrieb ganz links* „rauszukommen". Dazu gehört aber auch, daß sie sich dort verschärft *gegen die Kommunisten* abzusichern versucht, damit nachher klar ist, daß sie sie mit ihren Versprechungen beim Wort nimmt. – Dieses Werben um die Arbeiter steht in einem gewissen Widerspruch zum Godesberger Programm, wo sie sich doch betont als „Volkspartei" ausrichtete. Eine Begründung kann darin liegen, daß die SPD bei der Wahl in Baden - Württemberg ihre größten Erfolge in den Gebieten hatte, wo die Arbeiter konzentriert sind. Die SPD muß auch deshalb stärker um die Arbeiter werben, um trotz der Maßnahmen gegen die Arbeiter, die sie in der Regierung durchführt, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse nicht zu verlieren. Wenn die SPD diesen Einfluß in der Arbeiterschaft verliert, wäre sie als Handlanger für die Bourgeoisie wertlos geworden, also ist diese Frage für die SPD entscheidend wichtig. – Nach rechts versucht sich die SPD gleichzeitig zu verkaufen durch die verstärkte Kampagne für „Recht und Ordnung".

Die *Bourgeoisie* hat den Widerspruch zu bewältigen, daß sie die Faschisierung *möglichst schnell, aber auch möglichst reibungslos* durchführen will. Dazu braucht sie nicht zuletzt eine möglichst „glaubwürdige" Regierungspartei. – Dabei stellt sich für uns die Frage, ob die CDU / CSU *bis zur Wahl* sich bereits zur gewünschten Rechtspartei aufbauen könnte (gewiß nicht mit Barzel, das sagen sie selber!)

Für die *Arbeiter* viel wichtiger als irgendwelche taktischen Manöver der Bourgeoisie (auch mit dem Wahlergebnis), ist es, eine breite politische Diskussion zu entfalten, wo vor allem die *Arbeiterinteressen* herausgearbeitet werden. Bei der Abgrenzung gegen rechts kommt es vor allem darauf an, ganz *konkret* zu zeigen, wo die SPD den Arbeitern weniger *schadet*, als die CDU / CSU. Die CDU / CSU wird von den meisten Kollegen als Unternehmerpartei gesehen, die SPD nicht, auch weil es ihr besser gelingt, sich nach dem Bewußtsein der Arbeiter zu richten.

Bei den Demonstrationen zum Mißtrauensvotum haben viele Kollegen *Parlament und Wahl* in diesem Staat als *Betrugsmanöver* durchschaut. Vor allem linke radikale Versprechungen aus der SPD sollen dazu dienen, bewußter gewordene Arbeiter wieder zu integrieren. Dabei werden die linken Sprüche geklopft, um die Kollegen dann wieder mit „der Kunst des Möglichen" auf den „goldenen Mittelweg" in die Sackgasse zu führen.

Warum SPD wählen?

Weil die SPD ihren Einfluß in der Arbeiterschaft halten will, muß sie die Politik der Bourgeoisie „mit" den Arbeitern durchführen, d. h. sich als möglichst fortschrittlich hinstellen. Hier ist für die Organisierung einer selbständigen Arbeiterpolitik vorerst mehr Raum als unter einer CDU - Regierung.

Die linke Demagogie der SPD ist deshalb besonders gefährlich, weil sie

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 13

die Stimmung der Kollegen, daß grundsätzliche Änderungen nötig sind, ausnutzen kann.

Deshalb ist es besonders wichtig, daß die Kollegen *genau* erkennen, wo unter einer SPD-Regierung mehr Raum ist für die Wahrnehmung ihrer Interessen: Sie müssen die Stoßrichtung der Bourgeoisie erkennen und *antifaschistisch* wählen. Es muß deutlich gemacht werden, warum die SPD das „kleinere Übel" wäre, aber auch, daß die SPD keine Alternative zur faschistischen Gefahr ist, daß nur eine selbständige Arbeiterpolitik in Richtung Sozialismus diese Alternative sein kann. Dabei ist es auch unsere Aufgabe, eigenständige erfolgreiche Aktionen der Kollegen zu organisieren, damit sie spüren, was es heißt, wenn die Arbeiter den Sozialismus machen.

Zur DKP:

Bei einem SPIEGEL-Interview wurde Gautier gefragt, ob die DKP durch ihre Kandidatur nicht Barzel in den Sattel hilft. Seine Antwort: „Das ist nicht unser Bier!" In der UZ versucht Miehs, die angeblich zunehmende Friedfertigkeit der Imperialisten und die faschistische Gefahr, die er ja genau sieht, unter der Überschrift „Chance und Widerspruch" unter seinen Parteihut zu zwängen. In der UZ-Begründung, warum sich die DKP zur Wahl stellt, findet man nicht eine einzige Begründung in Hinblick auf eine Arbeiterpolitik, nur den Zirkelschluß: Die DKP als die deutsche Arbeiterpartei ist gut, wenn sie bekannt ist, und wenn sie bekannt ist, ist sie gut.

Es ist gegen die momentanen Arbeiterinteressen und gelinde gesagt, *sektiererisch*, wenn sich diese Partei jetzt zur Wahl stellt.

Zur Frage der *Aktionseinheit:* Für die offizielle DKP-Politik wäre dazu die völlige Selbstverleugnung nötig – das ist wohl kaum drin. Trotzdem müssen wir in Diskussionen mit DKP-Kollegen verstärkt die faschistische Gefahr deutlich machen, und daß man ihr mit Beschwichtigungsversuchen nicht begegnen kann. Dabei immer wieder Spaltertum und Sektierertum der DKP-Führung und der These 41 klarmachen. (Dazu Aussage von einem SDAJ-ler aus Wilhelmsburg: Unter den alten DKP-lern in Wilhelmsburg ist viel Kritik, sie treten aber nicht aus der Partei aus, weil sie noch meinen, dort etwas verändern zu können.)

Aufgaben des KB:

Die Situation ist günstig: Durch die Wahl werden viele politisiert. Wir müssen „auf allen Kanälen" die korrekte Linie propagieren. (s. o.)

Dazu gehört außer dem, was wir bisher schon machen, auch verstärkte Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, auch Straßendiskussionen. Dabei sich nicht auf „Renten- und Reförmchen"-Hickhack einlassen, sondern die Haupttendenz der Bourgeoisie und der CDU und die Interessen der *gesamten* Arbeiterschaft rausarbeiten.

Antifaschistische Komitees:

In den meisten Betrieben wird sowas direkt noch nicht möglich sein. Was wir tun können: Vor allem bei den Kollegen, die sich zur Gewerkschaftsopposition entwickeln, das richtige antifaschistische Bewußtsein entwickeln. Trotz ihrer Kritik an der Sozialdemokratie sind sie ja noch keine Kommunisten, und es besteht gerade bei manchen von diesen Kollegen die Gefahr, auf linke Versprechungen von der SPD nochmal Hoffnung zu schöpfen und darauf reinzufallen.

Man sollte sich auch genau überlegen, wie man solche Diskussionen in Vertrauensleute-Körper und Betriebsrat tragen kann. Vor allem rausarbeiten, daß nicht der Stimmzettel das Wichtigste ist, sondern die Interessen der Arbeiterklasse.

Aufforderung zur Aktionseinheit in Hamburg

Vor einiger Zeit erhielten wir einen Brief von den Hamburger „Falken" (eine Jugendorganisation der SPD), der in gleichem Wortlaut auch an andere Organisationen (Jugend- und Studentenorganisationen der SPD und DKP) geschickt wurde. Der Brief enthält eine Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen gegen die CDU bei den möglicherweise in diesem Jahr stattfindenden Bundestagsneuwahlen. Wir drucken hier den Brief der „Falken" und unsere Antwort darauf ab.

Brief der 'Falken' an den KB.

Sozialistische Jugend Deutschland „Die Falken"
Landesverband Hamburg
SoJu-Ringleitung

Empfänger:
Jungsozialisten
Spartakus
SDAJ
Jungdemokraten
Aktionszentrum Hamburger Jugendverbände
Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum / Kommunistischer Bund
Sozialdemokratischer Hochschulbund
DAG-Jugend
DGB-Jugend
Deutsche Beamtenbund-Jugend
interessierte Einzelpersonen

1. August 1972

Betreff: Bundestagswahlen 1972

Am 3. Dezember stehen aller Voraussicht nach Bundestagswahlen an. Die Aktivitäten der Baader-Meinhof-Gruppe zum Anlaß nehmend, hat die Reaktion in den vergangenen Wochen und Monaten eine enorme Hetze gegen alle linken Kräfte inszeniert. Hauptakteure dieser Verteuflungsaktion sind die CDU / CSU und die Springer-Presse. Andere Gruppierungen (wie z. B. die SPD) ziehen mit. Durch die neuen Sicherheitsgesetze (Machtbefugnisse von Staatsschutzorganen, wie Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz sollen erweitert, bzw. neu geschaffen werden), durch den Extremistenbeschluß und seine praktische Anwendung und z. B. durch das bayrische Rundfunkgesetz soll die freiheitliche, demokratische Grundordnung der Bundesrepublik mit z. T. nicht verfassungskonformen Mitteln untergraben werden. Für die kommenden Neuwahlen zeigen sich daher die großen Gefahren eines Rechtsrutsches. Die Faschistuierung in der BRD schreitet voran. Alle fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte müssen dieser Tendenz entschieden entgegentreten. Am 3. Dezember gilt es darum ersteinmal die Machtergreifung der CDU / CSU zu verhindern.

Wir planen in Hamburg in Zusammenarbeit mit möglichst vielen demokratischen und sozialistischen Organisationen für die anstehenden Wahlen eine Anti-CDU-Campagne. Wir wollen der Bevölkerung deutlich machen, daß sie, wenn sie in ihren demokratischen Rechten nicht weiter beschnitten werden will, auf keinen Fall die CDU / CSU (geschweige denn andere reaktionäre Parteien, wie z. B. die NPD) wählen kann. Ohne zu polemisieren, wollen wir Fakten und Zitate bringen. Dabei gilt es auf die SPD / FDP-Koalition als kleineres Übel hinzuweisen und zu deren Wahl aufzurufen. Dabei müssen wir jedoch unsere starke Kritik an dieser Koalition zum Ausdruck bringen. Denn gerade SPD und FDP sind in der vergangenen Zeit auf die antidemokratische Propaganda der CDU / CSU und der Springer-Presse eingeschwenkt und haben nicht die demokratischen Kräfte unterstützt, sondern teilweise sogar bekämpft (Extremistenbeschluß, Sicherheitsgesetze, Verteufelungsaktion). Wir müssen jedoch deutlich machen, daß wir eben als kleineres Übel keine andere Wahl haben, als die SPD / FDP-Koalition zu unterstützen. Die klare Kritik und Abgrenzung der Koalition gegenüber ist unbedingt notwendig, um die Glaubwürdigkeit unserer Aktion in der Öffentlichkeit nicht zu gefährden.

Diese Aktion hat jedoch nur wirkliche Erfolgsaussichten, wenn alle demokratischen Kräfte an ihrer Durchführung mitarbeiten. Wir müssen uns klar darüber sein, daß gewisse Differenzen und ideologische Auseinandersetzungen angesichts eines gemeinsamen Handelns zurückzustecken sind, denn durch das ewige Sektierertum stärken wir nur die Reaktion.

Gerade eine Aktion in Form der Anti-CDU-Campagne bietet vielen demokratischen Organisationen mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen die Möglichkeit der Mitarbeit. Allen sich beteiligenden Organisationen soll in der Durchführung möglichst großer Spielraum gelassen werden. Die Planung (die bisher nur Vorschlagscharakter hat) ist soweit gediehen, daß eine Flugblattaktion in zwei Wellen stattfinden soll. Die erste Aktion findet in einigen Wochen vor der Wahl statt. Flugblätter in Form einer Dokumentation (DIN A 3 gefaltet) werden an allen Berufsschulen, Wirtschaftsgymnasien, Gymnasien, Abendschulen u. ä. verteilt, um die Jungwähler zu erfassen, außerdem werden die Flugblätter in möglichst vielen Betrieben verteilt. Die zweite Aktion startet in der Woche vor den Wahlen. Es soll nocheinmal an unsere erste Flugblattaktion angeknüpft und alle Mitbürger aufgerufen werden, zur Wahl zu gehen. Durch gemeinsame Veranstaltungen (z. B. in Form von Podiumsdiskussionen) kann die Campagne ausgedehnt werden.

Um die Aktion zu konkretisieren, schlagen wir für Donnerstag, den 7. September ein Treffen aller sich beteiligenden Organisationen vor. Treffpunkt ist: Kurt-Schumacher-Alle 10 um 19.30 Uhr im Raum 103.

Wir hoffen nun auf ein gemeinsames Handeln und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
gez. Tomas Weinrich
(stellvertretender Vorsitzender)

Und die Antwort.

An die Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken"
Landesverband Hamburg
SoJu-Ringleitung

Liebe Genossen,

Über Euren Brief vom 1. August zu den Bundestagsneuwahlen haben wir uns gefreut. Selbstverständlich gibt es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten z. B. über die exakte Beurteilung der SPD und der Chancen sozialistischer Politikin dieser Partei, über den weiteren Weg der Arbeiterklasse und über die gesellschaftlichen Ziele unseres Kampfes. Für die kommenden Bundestagsneuwahlen indessen gibt es gewiß eine einheitliche Hauptstoßrichtung, was die Verhinderung eines CDU / CSU-Siegs und die sich daraus ergebenden Konsequenzen angeht.

Wir halten es für verfehlt, zu einem „Wahlboykott" oder zur Wahl der DKP aufzurufen, weil die so verlorenen Stimmen für die CDU / CSU zu Buche schlagen würden. Wir werden deshalb die Empfehlung geben, der SPD die Stimme zu geben und gleichzeitig versuchen, möglichst gründlich das Wesen dieser Partei als einer „bürgerlichen Arbeiterpartei" den Massen bewußt zu machen.

Der Kommunistische Bund hat sich schon in der Vergangenheit mehrfach bemüht, durch Offene Briefe u. ä. das Zustandekommen breiter Aktionsbündnisse herbeizuführen. So vor allem zum 1. Mai 1971 und 1972, beim Strauß-Besuch und bei der Verhinderung einer von der NPD geplanten provokatorischen „Großveranstaltung". Wir würden es begrüßen, wenn es nun im Rahmen der Bundestagsneuwahlen zu konkreten Formen der Zusammenarbeit kommen könnte. Das wäre ein großer Erfolg im Kampf gegen die reaktionärsten, aggressivsten unter den politischen Vertretern des Kapitals.

mit herzlichen Grüßen
Leitung des KB-Gruppe Hamburg

PS. Für Einzelheiten unseres Verhältnisses zur SPD verweisen wir besonders auf die Nr. 20 und 21 unserer Zeitung „Arbeiterkampf".

Zu den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen 1972:

Leichter Ruck nach links

In den Monaten von März bis Ende Mai 1972 wurden in vielen westdeutschen Betrieben neue Betriebsräte gewählt. Statistisches Material über die Wahlergebnisse, das einen schon vollständigen Überblick gestattet, liegt nirgendwo vor. So ist eine Gesamteinschätzung schwierig und muß notwendig unvollkommen bleiben.

Unschwer festzustellen ist allerdings ein gewisser Linksruck, der in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommt: Die DGB-Gewerkschaften haben fast überall ihre Positionen verbessern können. Dagegen ist der Einfluß der rechten Spalter-Gewerkschaften DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) und CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) z. T. zurückgegangen, bzw. hat in einigen Regionen kaum an Boden gewonnen. Erheblich zurückgegangen ist vor allem der Einfluß der Listen von sog. „Unabhängigen", d. h. von häufig nur dürftig getarnten Rechtsradikalen. Über die Listen der DGB-Gewerkschaften selbst, konnten die Kräfte der Gewerkschafts-Opposition, der Sozialisten, DKP-Genossen und in gewissem Umfang auch der Kommunisten ihre Positionen verbessern. In vielen Fällen gelang es, rechte SPD'ler und CDU-Leute auf den Einheitslisten der DGB-Gewerkschaften auf untere Plätze abzudrängen. Diese Leute kamen häufig nicht wieder in die Betriebsräte oder mußten erhebliche Stimm-Verluste hinnehmen.

Nur in wenigen Fällen kandidierten gewerkschafts-oppositionelle Kräfte auf eigenen „Oppositions-Listen". Sie erzielten dabei allerdings z. T. beachtliche Stimmerfolge (bis zu 30 % der abgegebenen Stimmen).

In allen „Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen Arbeitnehmern, von denen 3 wählbar sind" (§ 1 BVG) hätten gemäß Bestimmungen des neuen (wie auch des alten) Betriebsverfassungs-Gesetzes (BVG) Wahlen stattfinden können. Davon wären rund 85 % aller Arbeiter und Angestellten über 18 Jahre betroffen gewesen. In der Mehrzahl der Betriebe konnten die Kapitalisten aber auch diesmal wieder eine Wahl verhindern. Dies gilt insbesondere für die Vielzahl von Kleinbetrieben, in denen die gewerkschaftliche Organisiertheit der Arbeiter und Angestellten nur gering ist. Für die letzten Betriebsräte-Wahlen 1968 ergab sich folgendes Bild:

In 400 000 westdeutschen Betrieben hätten Betriebsräte gewählt werden können. Tatsächlich aber wurden in nur 25 000 Betrieben (das sind 6 %) insgesamt 143 000 Betriebsrats-Mitglieder gewählt. Im Organisationsbereich der größten Industrie-Gewerkschaft, der IG-Metall, wurden 1968 in 7 744 Betrieben insgesamt 52 472 Betriebsrats-Mitglieder gewählt. Davon waren rund 83 % (43 344) Mitglied der IGM, ca. 3 % Mitglied der DAG, 0,5 % Mitglied des CGB und 13,4 % Unorganisierte.

Für 1972 haben unseres Wissens nur die IG-Chemie und IG-Bergbau inzwischen Wahlergebnisse veröffentlicht, die einen gewissen Überblick gestatten. Aber auch hierbei handelt es sich nur um Zwischenergebnisse. Bei der IG-Chemie werden Wahlergebnisse von 203 von insgesamt rund 2 000 Betrieben aus dem Organisationsbereich dieser Gewerkschaft berücksichtigt. Die Aufschlüsselung ergibt folgendes Bild:

Insgesamt wurden 1 456 Betriebsrats-Mitglieder (Arbeiter und Angestellte) gewählt. Davon waren 1 291 (= 88,7 %) Mitglied der IG-Chemie, 35 (= 2,4 %) Mitglied der DAG, 7 (= 0,5 %) Mitglied des CGB, 4 (= 0,3 %) Mitglied von 2 weiteren DGB-Gewerkschaften und 119 (= 8,1 %) waren Unorganisierte.

Die IG-Bergbau meldet bei „nahezu abgeschlossenen" Wahlen Anfang Mai diese Ergebnisse: 92,2 % der Stimmen entfallen auf die IG-Bergbau, 1,4 % auf sog. „Unorganisierte" und 6,4 % auf verschiedene Organisationen außer-

„Unorganisierte" und 6,4 % „auf verschiedene Organisationen außerhalb der DGB-Gewerkschaften", d. h. im wesentlichen auf allerlei klerikale, pseudogewerkschaftliche Splittergruppen.

Welche Politik ist in Zukunft von den neu gewählten Betriebsräten zu erwarten?

Die politische Gesamtrichtung der DGB-Gewerkschaften wird im wesentlichen von Parteigängern der SPD bestimmt. Dabei darf allerdings nicht der politische Einfluß von CDU/CSU-Leuten unterschätzt werden, der zudem noch durch planmäßige parteipolitische Wühlarbeit der Rechten in den DGB-Gewerkschaften ausgebaut werden soll. Die Einheits-Wahllisten der DGB-Gewerkschaften für die diesjährigen BR-Wahlen wurden – wie erwartet – im wesentlichen wieder von SPD-Leuten beherrscht. Durch die Positions-Verbesserungen der DGB-Listen gegenüber DAG, CGB und „Unorganisierten" konnten auch die SPD'ler ihren Einfluß in den Betriebsräten ausbauen. Zugleich mußten sie aber überall dort Federn lassen, wo es einer relativ starken Gewerkschafts-Opposition gelang, die Mauscheleien dieser Leute bei Aufstellung der Wahllisten und Durchführung der Wahlen zu durchkreuzen.

Insgesamt dürfte sich also der Einfluß der SPD-Leute gehalten haben: Positionen, die sie gegenüber gewerkschafts-oppositionellen Kräften verloren haben, konnten sie durch Gewinne zu Lasten der Rechten wieder ausgleichen. Insgesamt hat es eine leichte Verschiebung nach links gegeben, worin sich auch das schärfer gewordene Bewußtsein von Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse von der Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen in dieser Gesellschaft widerspiegelt. Dennoch wird im Großen und Ganzen die Betriebsrats-Politik von denselben Leuten bestimmt wie schon vorher, so daß mit einer einschneidenden Veränderung der bisherigen Politik nur in den wenigsten Fällen zu rechnen ist. Veränderungen in der politischen Zusammensetzung der Betriebsräte hat es im wesentlichen nur in Industrie-Betrieben mit 500 bis 5 000 Beschäftigten gegeben. Allerdings gelang es nur in Ausnahmefällen gewerkschafts-oppositionellen Kräften, hier bereits Mehrheiten in den neuen Betriebsräten zu erobern.

In den größten Konzern-Betrieben hat es dagegen kaum politische Veränderungen gegeben. In diesen strategisch wichtigsten Bastionen der Arbeiterklasse, haben die Kapitalisten ihr gesamtes Instrumentarium des „Klassenkampfes von oben", der Erdrückung auch des allerkleinsten Ansatzes von Widerstand der Arbeiter, voll entfaltet. In Kleinbetrieben hat es Veränderungen vor allem insofern gegeben, als daß dort zum erstenmal ein Betriebsrat gewählt wurde. Die „Gewerkschaftliche Umschau" schreibt dazu noch während der Wahlen: „Es ist erkennbar, daß nach Abschluß der Betriebsratswahlen 1972 mehr Betriebe einen Betriebsrat haben werden, als das nach den Wahlen von 1968 der Fall war. Nach Auffassung des DGB wird für die Arbeitnehmer in bisher betriebsratslosen Betrieben immer deutlicher spürbar, auf welche Rechte sie ohne Betriebsrat verzichten müssen."

●

Breiten Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse ist vor allem im letzten Jahr bewußt geworden, daß die kämpferische Verteidigung der eigenen Rechte gegen die ständigen Angriffe der Kapitalisten notwendig geworden ist. Die Apologeten der „Klassenharmonie" und „Sozialpartnerschaft" hatten es schwerer, bei den Arbeitern und Angestellten noch zu landen. Das Boot, in dem wir angeblich alle gemeinsam sitzen, ist an den Klippen der tatsächlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse zerschellt.

Zu dieser Entwicklung haben vor allem die Kapitalisten selbst beigetragen: Lohnkürzungen, im wesentlichen bei den sogenannten „außertariflichen Zulagen" und durch neue „Arbeitsplatz-Bewertungs-Systeme", Rationalisierungen zu Lasten der Beschäftigten, Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und Akkordsätze, Streichung von sogenannten „freiwilligen Sozialleistungen" etc. haben die Bewußtseinsentwicklung in breiten Teilen der Arbeiterklasse beschleunigt.

Die Kapitalisten-Offensive während der Tarifauseinandersetzungen im letzten Jahr hatte eine ähnliche Wirkung: Die größtenteils von Kapitalisten-Seite provozierten Streiks (Chemie und Metall) und von ihnen vorgenommene Massen-Aussperrungen (Baden-Württemberg und Auto-Industrie), hinterließen bei vielen Arbeitern und Angestellten ein Bewußtsein von einer „unnachgiebigen und hartnäckigen Haltung" der Kapitalistenklasse, die „nur durch härtere und konsequente Streikbereitschaft und Kampftätigkeit gebrochen" werden könne.

Auch die SPD-Führer trugen – ungewollt allerdings – zu diesem Linksruck mit bei: Um ihre arbeiterfeindliche Regierungspolitik zu kaschieren, bemühten sie sich, allerhand Schein-Reformen als tatsächliche Verbesserung der Arbeiterklasse zu verkaufen. Besonderen Schwerpunkt dabei legten sie auf die Anpreisung des neuen, im wesentlichen von ihnen entwickelten Betriebsverfassungs-Gesetz (BVG). So trugen sie u. a. mit dazu bei, daß vielen Kollegen die „Institution Betriebsrat" als Interessenvertretung und Kampforgan der Belegschaften wieder ins Bewußtsein rückte, aus dem es teilweise schon verloren war, als Folge der Untätigkeit vieler alter Betriebsräte. Noch ein halbes Jahr vor Verabschiedung des neuen BVG ergab eine Erhebung, daß nur eine sehr kleine Minderheit von Kollegen überhaupt die Funktion eines Betriebsrates einigermaßen richtig angeben konnte.

Schließlich ist der Linksruck in den Betriebsräte-Wahlen auch ein Erfolg der Agitations- und Propaganda-Tätigkeit von kommunistischen und anderen linken Gruppen. Besorgt berichteten gerade in letzter Zeit verschiedene bürgerliche Zeitungen von einem „gestiegenen Interesse der Arbeiter an kommunistischen Zeitungen". Und das „Deutsche Industrie-Institut" meldete ein „kräftiges Ansteigen der periodisch erscheinenden kommunistischen Zeitungen im Jahre 1971 auf insgesamt 11,1 Millionen".

Die Kapitalisten selbst hatten den Linksruck offenbar erwartet. So schrieb „DER ARBEITGEBER" Nr. 5/24, „daß bei den kommenden Betriebsratswahlen der Interessensgegensatz zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmerschaft stärker als bisher herausgestellt werden wird. Die Konfliktmöglichkeiten werden daher nicht nur zahlenmäßig, sondern auch an Intensität zunehmen."

Die Befürchtungen der Kapitalisten werden hier recht offen ausgesprochen. Entsprechend bestand ihre Taktik im wesentlichen darin, einen „Einbruch radikaler Kräfte" so gering wie möglich zu halten. In diesem Sinn wirkten sie auch auf Parteien und Gewerkschaften ein: Wir charakterisierten dies bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 15 (Feb. 1972):

Die Kapitalisten wollen, *„daß vernünftige Leute in die Betriebsräte kommen (SZ, 27. 1. 72), die „im Interesse der Betriebe ... nutzbringend mit der Unternehmensleitung zusammenarbeiten" (SZ) sollen. Mit dem Hinweis, daß „Maoisten, Leninisten, Spartacus-Leute und ähnliche Radikale" (SZ) „mehr Druck auf die Betriebe ausüben als bisher" (Welt), erteilen die Kapitalisten der SPD- und Gewerkschaftsführung Auftrag, „ins Einzugsgebiet der radikalen Linken driftenden Arbeiter an der Basis wieder an die Hand zu nehmen". (Welt, 24. 1. 72)*

Die Wortführer von CDU/CSU forderten – an die SPD-Kräfte gerichtet – eine „Aktionseinheit aller Demokraten gegen die Linksradikalen", d. h. ein gemeinsames Vorgehen von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien gegen gewerkschafts-oppositionelle Kräfte, insbesondere gegen Sozialisten, DKP und Kommunisten, aber auch gegen aktive parteilose Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten. Mit dieser Politik kamen CDU/CSU den Interessen der Kapitalisten am nächsten.

Die SPD-Führer konnten sich allerdings auf ein solchermaßen gemeinsames Vorgehen mit CDU/CSU-Leuten im Betrieb nicht einlassen. Zu viele sozialdemokratische Arbeiter und Vertrauensleute hätten eine solche Politik nicht gebilligt und auch nicht unterstützt. Zudem sahen die SPD-Parteiführer gerade in den Betriebsräte-Wahlen eine gute Möglichkeit, sich – mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen – gegenüber CDU/CSU zu profilieren und ihr Image als „Partei der Arbeitnehmer" wieder aufzupolieren.

Forts. nächste Seite

Fortsetzung BR - Wahlen '72:
Zur Politik der SPD

Zur Politik der SPD in den Betriebsrätewahlen

Formierung des Sozialdemokratismus

In ihrer mehr als 2 - jährigen Regierungszeit hat die SPD z. T. an Einfluß in der Bevölkerung verloren, insbesondere unter ihren traditionellen Wählerschichten, den Arbeitern und Angestellten. Bereits Ende 1971 schrieb der damalige Rüstungsminister Schmidt (SPD) im „Hamburger Arbeitnehmerbrief": „Eine Analyse der Landtagswahlergebnisse zeigt, daß unsere Partei an einigen Stellen Verluste bei den berufstätigen Männern zwischen 30 und 60 Jahren hat hinnehmen müssen; das ist in der Tat beunruhigend, denn diese Gruppe repräsentiert die Masse der Arbeitnehmer und umfaßt nahezu ein Viertel aller Wähler".

Schmidt also beklagte die Abwendung vieler Arbeiter und Angestellter von der Politik der SPD. Diese Entwicklung ist durchaus normal: Die SPD an der Regierung ist „gezwungen". die Regierungsgeschäfte der Kapitalistenklasse zu verwalten und in diesem Gefolge Maßnahmen und Gesetze gegen die Interessen der eigenen Wählermassen, also der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. So wird sie in den Augen von immer mehr Arbeitern und Angestellten verantwortlich für die Politik der Kapitalistenklasse und entlarvt damit auch zunehmend ihren politischen Charakter als „bürgerliche Arbeiterpartei". D. h. als Partei, die wie jede andere bürgerliche Partei den Interessen der Kapitalistenklasse verpflichtet ist.

In dem schon erwähnten „Hamburger Arbeitnehmerbrief" folgert Schmidt dann auch angesichts der Wähler - Verluste seiner Partei: „Das hat mich dazu veranlaßt, die Forderung zu erheben, daß wir die Arbeitnehmer im Zentrum unserer politischen Arbeit zu sehen haben, daß unsere Zielgruppen (?!) Arbeiter und Angestellte, ihre Priorität behalten müssen ... "

Er empfiehlt deshalb: „Wir müssen vor allem in den Betrieben noch mehr Arbeit leisten, als bisher" und „Ein indirekter Prüfstein wird die Wahl der Betriebsräte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz im Frühjahr des kommenden Jahres werden, dabei muß die Basis für unseren Wahlerfolg des Jahres 1973 geschaffen werden ... "

Die Schmidt - Zitate veranschaulichen deutlich Stoßrichtung und Zweck der SPD - Politik in den Betrieben, unter den Arbeitern und Angestellten. Nicht Wahrnehmung und Vertretung ihrer Interessen bestimmen die SPD - Politik, vielmehr werden sie von den SPD - Parteiführern gebraucht als potentielle Wähler, als Stimmvieh bei den nächsten Bundestagswahlen; sie sollen vor den Partei - Karren der SPD - Führer gespannt werden. Dazu sollen sie vor allem stärker als bisher, politisch und ideologisch beeinflußt werden. Die SPD - Führung bestimmte auch deutlich die anstehenden BR - Wahlen in Unterordnung unter diese Konzeption.

Zweifellos war es für die SPD - Führung schwieriger als in früheren Jahren, ihr Ziel zu erreichen. Wesentlich größere Anstrengungen waren notwendig geworden:

Die Politik der SPD-Führer steht vor immer schwerer zu lösenden Problemen. Einerseits stößt ihre arbeiterfeindliche Politik auf immer stärkere Kritik und auch Ablehnung aus der Arbeiterklasse. Andererseits wird der Druck der Kapitalisten auf die SPD - Regierung ständig stärker. Diese sind nicht zufrieden mit der Regierungs - Politik, sie treiben die SPD - Führung zu schnellerem und schärferem Vorgehen gegen die Arbeiter. Objektiv rückt die SPD, unter diesem Druck ständig nach rechts. Andererseits muß sie gegenüber der eigenen Partei - Basis und ihren Wählermassen eine stärker „links akzentuierte" Politik vortäuschen, um sich deren Sympathien nicht zu verscherzen. Auf höherem Niveau der Klassenauseinandersetzungen können die hier angelegten Widersprüche die SPD zerreißen, kann die SPD vor den Augen ihrer Wählermassen vollkommen abwirtschaften.

Die SPD - Führer haben diesen Widerspruch vorläufig zu lösen versucht, indem sie den „Kontakt zur Arbeitnehmerschaft" intensivierten und indem sie dafür vor allem ihre „Betriebsorganisation" neu durchorganisierten.

Neuorganisation der SPD-Betriebsorganisation

Auf Beschluß des SPD-Parteivorstandes vom 21.2.1972 erhielten die SPD-Betriebsgruppen einen neuen Partei-Status, nämlich den einer „Bundes-Arbeitsgemeinschaft" mit eigenem Statut, eigener Bundes-Delegierten-Konferenz und eigenem Bundesvorstand, der allerdings erst im Februar 1973 gewählt werden soll. Bisher war nur ein Sekretär beim Parteivorstand in Bonn für die Betriebsgruppenarbeit in der Partei zuständig. Jetzt werden von allen Landesverbänden hauptamtliche Sekretäre für die Arbeit der Betriebsgruppen bestellt.

Der Status einer „Arbeitsgemeinschaft in der SPD" mit eigenen Willensbildungs-Organen und Entscheidungswegen (mit allerdings nur äußerst geringen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik der Gesamtpartei), kommt einer ansatzweisen Ausgliederung aus der SPD gleich. Dasselbe kennen wir von den Jusos, die eine „Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten innerhalb der SPD" sind.

Diese Konstruktion erlaubt den „Arbeitsgemeinschaften in der SPD" eine bis zu gewissem Grad scheinbar eigenständige Politik zu betreiben, die – wie das Beispiel der Jusos zeigt – durchaus nicht in allen Fragen mit der Politik der „offiziellen Partei" oder der Regierung übereinstimmen muß. Darin besteht letztendlich auch die eigentliche Funktion solcher „Arbeitsgemeinschaften" für die Parteiführung: Mit einer scheinbaren Alternative zur offiziellen Partei-Politik können die „Arbeitsgemeinschaften" kritische Teile der Bevölkerung an die SPD zu binden, im Falle der Jusos die „kritischer werdenden Teile der Jugend", also Studenten, Schüler, junge Agestellte und Beamte, in geringerem Maße auch Lehrlinge und junge Arbeiter.

So „bekämpfen" z.B. die Jusos recht wortreich – wohl auch weitgehend subjektiv ehrlich – die schlimmsten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung und bestimmte reaktionäre Vorstellungen einzelner SPD-Führer. Werden sie dabei zu vorlaut, bekommen sie von den Partei-Oberen einen gehörigen Dämpfer. Diese Auseinandersetzungen zwischen Jusos und „Mutter-Partei" sind aber sehr weitgehend nur Gespensterkämpfe, in der Regel ohne jede praktische Auswirkung auf die Politik der SPD-Führung. Das scheinbar „recht fortschrittliche" Auftreten der Jusos ist notwendig zur Erfüllung der Funktion, die ihnen die SPD-Führer zugedacht haben. Die SPD-Führer ihrerseits sind dafür auch gern bereit, manch Ärger mit ihren Partei-Junioren auf sich zu nehmen. Die Jusos reden und träumen eifrig von Sozialismus, und machen sich selbst und ihrem Anhang vor, dieses Ziel in und mit der SPD zu erreichen. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigt indes, daß dieses Ziel nur im entschiedenen Kampf gegen die „bürgerlichen Arbeiterparteien", also gegen die SPD, zu erreichen ist.

Mit der Neuorganisierung ihrer Betriebsorganisation (BO), haben die SPD-Führer jetzt ihren Betriebsgruppen für eine ähnliche Aufgabe wie die der Jusos, grünes Licht gegeben. Die SPD-Betriebsgruppen sollen so fit gemacht werden, um künftig auch solche Kollegen binden und integrieren zu können, die der SPD-Politik überdrüssig werden, die mit ihr brechen wollen. Die neuorganisierte BO sollte in den bundesweiten BR-Wahlen ihre „Feuertaufe" erhalten.

In der Juni-Ausgabe (Nr. 3/72) der „Hamburger Arbeiterbriefe" begründen die SPD-Oberen ihren „Betriebsfunktionären" noch einmal Sinn und Zweck der Neuorganisierung und erläutern die Perspektive der Arbeit:

Grundsätzlich bestimmen sie hier die Politik ihrer Betriebsgruppen als „Orientierung der Arbeitnehmer an unserer (der SPD) Politik" und nicht etwa als Orientierung der SPD-Politik an den Interessen der Arbeiter und Angestellten. Sie beklagen dabei allerdings, daß diese „Orientierung" „nur zögernd erfolgt", weil die beabsichtigte „Qualität der BO noch nicht in allen Gebieten der BRD erreicht" sei. (Weitgehend zufrieden sind sie mit der Stärke der BO in Hamburg, eine traditionelle Hochburg der SPD seit Kriegsende). Sei treiben deshalb zur Eile und zu verstärkter Aktivität ihrer Betriebsfunktionäre, da sie befürchten, daß die derzeit zu verzeichnende und noch viel stärker zu erwartende „Politisierung in den Betrieben, die im Grundsatz zu begrüßen ist, sich auch gegen uns wenden (kann), wenn die BO dort keine Basis hat."

Die „Politisierung in den Betrieben", d.h., die zunehmende Bewußtwerdung der Arbeiterklasse, soll also mit Hilfe der BO in bestimmte Bahnen gelenkt werden, nämlich in solche, die der Kapitalistenklasse recht sind, ihren Staat und ihr Ausbeutungssystem nicht gefährden.

Da die SPD-Führer nur zu genau wissen, daß in entscheidenden Situationen die Arbeiterklasse klassenfremden Kräften kaum oder gar nicht folgen wird, trauen sie sich selbst eine „Orientierung der Arbeitnehmer" an ihrer Politik langfristig nicht zu.

Deshalb soll diese spezielle „Politik für die Arbeitnehmer . . . von den Arbeitnehmern (selbst) gemacht werden". d.h. also speziell dafür eingesetzten Betriebsfunktionären der SPD. Zu diesem Zweck wird ihnen von den Partei-Oberen mit der Neuorganisierung der BO auch etwas mehr Spielraum und Bewegungsfreiheit in der SPD zugestanden.

Das heißt aber nicht, das die Betriebsarbeiter der SPD auf die Politik der Gesamtpartei mehr Einfluß als bisher ausüben können. Sie sollen allenfalls „Akzente setzen." Zynisch schreiben die SPD-Führer: „Die BO macht als Teil der Gesamtpartei . . . Politik, sie setzt Akzente, Das wird sie weiterhin tun." Deutlich wird, wie die SPD-Führer generell Mißtrauen und Angst vor einem Einfluß der Arbeiter – einschließlich der eigenen Mitglieder – auf ihre Politik haben. Die SPD-Betriebsarbeiter dienen der SPD-Führung nur als Instrumente, um ihre bürgerliche Politik in den Betrieben durchzusetzen, die aber ansonsten den Mund zu halten haben.

Andererseits geben sie zu, daß „unsere Partei auf diese Aktivitäten nicht verzichten (kann)". In der Tat, darauf können die SPD-Führer nicht verzichten. Ohne die Vielzahl von großenteils subjektiv ehrlichen und aufrichtigen sozialdemokratischen Arbeitern, hätte die Arbeiterklasse die SPD-Führer schon lange verjagt.

Zur Gewerkschaftsarbeit der SPD wird ausgeführt: „Die BO wird ihre Arbeit in den Gewerkschaften verstärken, weil die Stammwähler der SPD die organisierten Arbeitnehmer sind." und deswegen „müssen die Sozialdemokraten in jeder Gewerkschaft darauf achten, daß unser Einfluß erhalten bleibt."

Aha, also auch hier: es geht den Herren SPD-Führern keineswegs um die gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiter-Interessen, sondern um den Erhalt von „Stammwählern" und parteipolitischen Einfluß. Das bedeutete in der Konsequenz nichts anderes, als die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse den Partei-Interessen der SPD-Führer zu unterwerfen. (Alle Zitate aus „Hamburger Arbeitnehmerbrief" Nr. 3/72).

Der "Arbeitnehmer-Dialog"

Gleichzeitig mit der bundesweiten Neuorganisierung ihrer BO, starteten die SPD-Führer eine breit angelegte Werbekampagne, die in Form und Inhalt auf die „Zielgruppen Arbeiter und Angestellte" abgestimmt und zugeschnitten war.

Es schien beinahe so, als ob die SPD-Führer „urplötzlich" ihr Herz für die Belange der Arbeiterklasse entdeckt hätten. So emsig bemühten sie sich jedenfalls um die Intensivierung von Kontakten zur Partei-Basis in den Betriebne und zu ihren „Stammwählerschaft":

■ Mehrere Ausgaben eines neuen SPD-Werbeblattes wurden – als Betriebszeitung aufgemacht – in hoher Auflage (2 Mill.) vor Betrieben verteilt. Schwerpunktmäßig behandeln die Blätter mit Namen „debatte" das neue Betriebsverfassungs-Gesetz (BVG), das neue „Mieterschutz-Gesetz" und die geplante Rentenreform („flexible Altersgrenze"). Aufgabe dieser Werbeblätter ist es, nicht eingelöste Wahlversprechen der SPD vor Regierungsantritt jetzt durch Anpreisung von Schein-Reformen wieder wettzumachen, um sich auf diese Weise bei den Arbeitern und Angestellten als „Partei des kleinen Mannes", als „Partei der inneren Reformen", als Partei, die jedenfalls immer noch besser ist als CDU/CSU in beste Empfehlung zu bringen.

■ Demonstrativ empfing Kanzler Brandt im Januar '72 insgesamt 60 ausgewählte Betriebsrats-Vorsitzende aus den größten westdeutschen Betrieben und heuchelte werbewirksam Interesse für die „Belange der Arbeitnehmerschaft." Gleichzeitig versuchte er die bisherige Untätigkeit seiner Partei in bezug auf die Wahrnehmung von Arbeiterineteressen mit der originellen Begründung abzutun, das man als Regierung schließlich „für alle da" sei und nicht nur für „Arbeitnehmer."

■ In einer Welle großangelegter Werbeveranstaltungen – sog. „Arbeitnehmer-Konferenzen" – in allen wichtigen Industrie-Städten der BRD, hämmerten die SPD-Führer ihren Betriebsfunktionären die „Erfolge" der sozialdemokratisch geführten Regierungskoalition und die Richtlinien der Partei für die anstehenden BR-Wahlen ein. Eingeleitet wurden diese „Arbeitnehmerkonferenzen" bereits am 22. Januar '72 von Kanzler Brandt höchstpersönlich, der an diesem Tag in Aalsdorf (bei Aachen), Karlsruhe und Heidelberg vor einigen Tausend SPD-Kollegen sprach. Er vergaß dabei nicht, eindringlich vor den Kommunisten zu warnen, die „sich in manchen Betrieben stärker rühren, als das noch vor ein paar Jahren der Fall war." Er forderte deswegen „die Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften gerade bei diesen Betriebsrätewah-

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 16

len nicht auf die leichte Schulter zu nehmen."

Brandts Rede wurde später als Broschüre nachgedruckt und in 250.000 Exemplaren vor Betrieben verteilt. Dem Beispiel Brandts folgend, zogen SPD-Minister, -Staatssekretäre, -Bürgermeister, -Parlamentarier und andere -Funktionäre aus, den „Dialog mit der Arbeitnehmerschaft" auf ähnlich speziellen „Arbeitnehmerkonferenzen" zu suchen. Ergänzt wurde dies noch durch eine Reihe von Gewerkschafts-Sekretären mit SPD-Parteibuch, die ihr Auftreten auf Betriebsversammlungen im Sinne der Initiative ihrer Partei-Führung ausnutzten und dort die Werbetrommel für die SPD rührten.

Bereits im „ARBEITERKAMPF" Nr. 15 kennzeichneten wir Funktion und Aufgabe des gesamten SPD-Wahlrummels und insbesondere die sog. „Arbeitnehmerkonferenzen" als Versuch der SPD-Führung „die gewerkschaftlichen Funktionäre und besonders die SPD-Mitglieder darunter fit zu machen für Auseinandersetzungen mit einer kritischer werdenden Arbeiterschaft. – Was hier stattfindet ist der Versuch einer Formierung des Sozialdemokratismus im Auftrag der Kapitalistenklasse, geplant als Bollwerk gegen fortschrittliche Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse."

Die „Arbeitnehmerkonferenzen" wurden von einigen zehntausend Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, sowie Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppen besucht. So weit uns bekannt, gab es dabei kaum oppositionelle Stimmen, die laut wurden. Das zeigt zweifellos die Stärke des Einflusses der SPD in der Arbeiterklasse und wie sehr die soziale Demagogie ihrer Führer bei der Partei-Basis noch verfängt.

Für die „Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften" in den Betrieben (Brandts Forderung in Aalsdorf), erhielten die SPD-Betriebsgruppen häufig noch direkte Anweisungen von ihren örtlichen Parteileitungen. Es liegen eine Reihe schriftlicher Beweise für spalterisches und partei-egoistisches Verhalten der SPD-Leitungen vor. So z.B. ein Brief des Ludwigshafener SPD-Vorsitzenden Janson, der an die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe bei BASF gerichtet ist. In ihm heißt es u.a.:

„Wir betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß Vertrauensleute unserer Partei nur ... Gewerkschafter zur Kandidatur vorschlagen und wählen, die sich zur SPD bekennen ... Deshalb rufen wir die Vertrauensleute, die Mitglieder unserer Partei sind, auf ... nur für Sozialdemokraten zu stimmen und den Kommunisten keine Stimme zu geben."

Wir erwähnten schon, daß sich der Antikommunismus der SPD gegen die gesamte Arbeiterlinke richtete, beileibe nicht nur gegen Kommunisten. Einer wirklich politischen Auseinandersetzung hingegen, also einer Diskussion um Formen und Inhalt einer Betriebspolitik, die den Arbeitern und Angestellten am meisten nützen würde – einer solchen Auseinandersetzung, die wir Kommunisten und mit uns alle klassenbewußten Arbeiter gerade auch mit SPD-Kollegen suchen und anstreben – sind die rechten SPD-Betriebsfürsten beharrlich aus dem Weg gegangen. Mehr noch: sie haben sie aktiv behindert. Offensichtlich wurde, daß sie die offene Auseinandersetzung um Weg und Ziel des Klassenkampfes im allgemeinen und der betrieblichen Auseinandersetzung mit Kapitalisten und Unternehmensleitungen im besonderen fürchten, wie der Teufel das Weihwasser.

Wenn rechte SPD-Leute überhaupt einmal „politisch" wurden, dann fast nur in der Form, daß sie in z.T. widerwärtiger antikommunistischer Hetze und Demagogie andere Kollegen diffamierten und Lügen und Unterstellungen über sie verbreiteten. Dies traf verschiedentlich sogar einige SPD-Parteimitglieder, die „aus der Reihe tanzten", d.h., die nicht bereit waren, das reaktionäre Treiben rechter SPD-Leute zu unterstützen und die stattdessen die Zusammenarbeit mit allen ehrlichen Kollegen suchten, eben mit solchen, bei denen die Interessen der Arbeiterklasse im Mittelpunkt standen.

Das Vorgehen rechter SPD-Kräfte bei den BR-Wahlen war im wesentlichen gegen oppositionelle und klassenbewußte Kollegen gerichtet. Weniger gegen gewerkschaftsfeindliche rechtsradikale Kräfte, bzw. Mitglieder von klerikalen und ständischen Organisationen, wie CGB und DAG. Mit diesen Leuten wurde nicht selten sogar paktiert, vor allem, wenn es um Ausschaltung fortschrittlicher Kollegen ging.

Die rechten SPD-Betriebsfürsten hatten verschiedene Trümpfe in der Hand, die sie bei den BR-Wahlen voll ausspielten. Dies waren im wesentlichen:

- die sozialdemokratische Ideologie, die bei der Mehrheit der Kollegen tief verwurzelt ist und es ihnen z.T. noch leicht machte, ihre Politik zu verkaufen und ihre antikommunistischen Tiraden an den Mann zu bringen,
- die organisatorische Stärke ihrer Betriebsgruppen und die zahlenmäßige Überlegenheit ihrer Mitglieder gegenüber oppositionellen Kollegen,
- die bedingungslose Unterstützung ihrer Politik durch die übergroße Mehrheit der Gewerkschafts-Sekretäre.
- die z.T. jahrzehntelange Erfahrung in der betrieblichen Gremienpolitik, im Umgang mit Satzungen, Bestimmungen, Betriebsvereinbarungen, Gesetzestexten (BVG) etc., eben die jahrzehntelange Erfahrung im Betrügen, Belügen und Hintergehen der Arbeiterklasse,
- die z.T. nur notdürftig getarnte Paktiererei mit Geschäftsleitung und Kapitalisten, die nicht selten zu einem geschickten „Spiel mit verteilten Rollen" führte.

Trotz ihrer „guten" Voraussetzungen in diesen BR-Wahlen, mußten sich die rechten SPD-Leute noch einger besonderer Tricks bedienen, um fortschrittliche Vertrauensleute von einer Wahl auszuschalten und die Belegschaften hinters Licht zu führen. Hierzu einige typische Beispiele, die uns mehrfach auffielen:

In verschiedenen Betrieben war die Kritik der Kollegen an der bisherigen BR-„Arbeit" derart stark und breit, daß die SPD-Gruppe nicht wagen durfte, mit derselben Mannschaft wie bisher aufzukreuzen. Zu groß wäre in diesem Fall das Risiko für ein erfolgreiches Abschneiden einer oppositionellen Liste, oder einer reaktionären Liste, die sich der Kritik aus dem Betrieb bedient.

In solchen Fällen wechselte die SPD-Gruppe ihre „Zugpferde" aus, d.h. sie stellte den Kollegen einen neuen „Wahlschlager" vor. Dieser versuchte sich seinerseits an die Spitze der Kritik aus dem Betrieb zu setzen und wetterte schamlos gegen solche Betriebsräte, die bei der Masse der Kollegen am meisten unterdurch waren. Ganz nebenbei wurde so auch gleich ehrliche Kritik und alternative Wahlvorschlage aus dem Vertrauenskörper an die Wand gedrückt nach der Devise: ‚ich bin der allerbeste Kritiker.'

Auf der Woge berechtigter Kritik an der bisherigen rechten SPD-Politik schwamm so unser „Kritiker vom Dienst" in den neuen BR ... und in seinem Schlepptau, über die gewerkschaftliche Einheitsliste, auch gleich seine Parteifreunde, die ganze alte BR-Garde.



Gegen die Angriffe der Kapitalisten ...

September 1969 : Streik bei Hoesch in Dortmund.

Das taktische Manöver des „Auswechselns der Zugpferde" wurde häufig von den Kollegen nicht erkannt. Manchmal erst, als es schon zu spät war und der „neue"/alte BR – mit geringfügigen personellen – politisch aber bedeutungslosen Veränderungen – sich erneut für weitere 3 Jahre in die Sessel niederließ.

Auch kommunistische und andere linke Gruppen haben dieses Manöver oft fehlinterpretiert. Ein Zeichen dafür, wie wenig noch die Mauscheleien routinierter SPD-Betriebsfürsten durchschaut werden. Die Genossen sahen darin häufig vorschnell einen „ersten Fortschritt", wenn die SPD-Gruppe z.B. die Rolle des Betriebsrats-Vorsitzenden an einen anderen Partei-Kumpanen delegierte. Die Genossen fühlten sich in ihrer Spekulation über einen angeblichen „ersten Fortschritt" noch bestärkt, wenn der neue BR-Vorsitzende scheinbar etwas fortschrittlicher auftrat als der alte. Dies aber ist häufig nur Ausdruck der allgemeinen SPD-Konzeption, sich insgesamt zukünftig etwas „linker" zu geben als bisher. Ob es sich hierbei tatsächlich um einen besseren Kollegen handelt, kann nur nach seiner bisherigen Praxis im Betrieb bemessen werden. Für Kommunisten empfiehlt es sich überdies, ein Auge auf das *interne* Geschehen in einer SPD-Gruppe zu werfen. Man wird dann leichter die tatsächlichen von den nur zur Schau getragenen Differenzen und Widersprüchen unterscheiden lernen und damit die eigene Politik im Betrieb auch besser bestimmen können.

Ein anderes, ebenfalls „beliebtes" und von SPD-Gruppen oft eingesetztes Mittel, um den Kollegen blauen Dunst vorzumachen, bestand darin, beim Kapitalisten noch schnell vor den Wahlen ein paar billige, schon längst überfällige und wahrscheinlich nur für diese Zwecke aufbewahrte Verbesserungen und Erleichterungen für die Kollegen „herauszuholen."

Solche Wahlgeschenke hätten für abgewirtschaftete Betriebsräte den Zweck, ihr Image als „gute Interessens-Vertreter" der Kollegen wieder aufzupolieren. Es zeigt sich dabei auch, in welchem Maß die Kapitalisten offen bereit sind, „ihren" altbewährten Betriebsräten unter die Arme zu greifen. Diese „Wahlhilfe" der Kapitalisten ging in vielen Fällen soweit, daß sie teilweise noch kurz vor der Aufstellung der Kandidaten-Listen fortschrittliche Vertrauensleute, die als mögliche Konkurrenten gegen die alten Betriebsräte auftreten könnten, mit fadenscheinigen Gründen aus dem Betrieb feuerten. Die Kapitalisten wissen schon sehr gut, wem sie helfen müssen!

Ein weiterer, besonders infamer Trick war die „Taktik mit der 2. Liste." Sie wurde von SPD-Gruppen dort angewendet, wo eine fortschrittliche Vertrauenskörper-Mehrheit die alte Garde rechter SPD-Betriebsräte abzusägen drohte, indem sie aktive Kollegen aus den eigenen Reihen auf die Kandidaten-Liste setzen wollte.

In solchen Fällen wurde scheinheilig auf das Prinzip der Persönlichkeitswahl hingewiesen und verlangt, daß „die Kollegen im Betrieb doch selbst entscheiden sollen." Die alten Betriebsräte und in ihrem Bunde die Gewerkschafts-Sekretäre sahen hier angeblich „Gefahr, daß die Vertrauensleute machtpolitisch die demokratische Wahlentscheidung der Kollegen einengen" wollten, indem sie bei Aufstellung der Kandidaten-Liste ihre „zahlenmäßige Überlegenheit ausspielen" würden.

So unter Druck gesetzt, stimmten die Vertrauensleute schließlich zu, alle Wahlvorschläge auf eine gemeinsame Liste zu setzen: An den Anfang die alten Betriebsräte und als „neue Vorschläge" eine Reihe fortschrittlicher Vertrauensleute dahinter.•

Die Kollegen im Betrieb bekamen nie die Möglichkeit ihre „demokratische Wahlentscheidung" an den Mann zu bringen und Kandidaten ihres Vertrauens zu wählen, denn: in letzter Minute tauchte eine 2. Wahlliste auf, von den rechten Betriebsräten initiiert oder in Absprache mit diesen von der Geschäftsleitung selbst. Eine Persönlichkeitswahl war zugunsten der Listenwahl ausgeschlossen. Ausgeschlossen von der Wahl waren ebenfalls die Vertrauensleute, die auf unteren Plätzen der gewerkschaftlichen Einheitsliste placierten.

Ihr gutes Ansehen bei den Kollegen kam sogar noch den alten Betriebsräten zugute, auf deren Liste sie jetzt die Funktion eines Aushängeschildes wahrnahmen. Mehr noch: um zu verhindern, daß die Kandidaten der 2. Liste – zumeist enge Vertraute der Geschäftsleitung – die Stimmung gegen den alten rechten SPD-BR für ihre eigenen Absichten ausnutzen konnten, mußten sich die Vertrauensleute – wohl oder übel – noch häufig für die Gewerkschafts-Liste (also für die alten Betriebsräte, die sie eigentlich absägen wollten) ins Zeug legen.

Sie wurden so zu Wahlhelfern für diejenigen, deren politischen Untergang sie eigentlich im Auge hatten. Damit schadeten sie letztlich auch ihrem eigenen Ansehen und dem der Gewerkschaft, deren Vertrauensleute sie ja schließlich sind, da vielfach die Kollegen nicht verstehen konnten, wie sich klassenbewußte Vertrauensleute für die reaktionären Betriebsräte einzusetzen vermochten. Daß hier eindeutig gewerkschaftsfeindliches Vorgehen seitens der SPD-Gruppe – allerdings in bestem Einvernehmen mit der Gewerkschafts-Führung – vorliegt, ist klar.

Vorstoß der Arbeiterlinken

Nahezu alle Kommunistischen und anderen linken Gruppen und Organisationen, die sich an den BR-wahlen beteiligten, kandidierten auf den gewerkschaftlichen Einheitslisten. (Linke Oppositionslisten gab es nur sehr wenige.) Nur so war es auch möglich, den Kampf um fortschrittliche betriebliche Vertretungen zu verknüpfen mit dem Kampf um die Gewerkschaften.

Die Politik der Arbeiterlinken bestand im wesentlichen darin, über die Eroberung möglichst solider Mehrheiten in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern, die Aufstellung der Kandidaten-Listen zur BR-Wahl zu bestimmen. Das war allerdings nur in wenigen Fällen möglich. In den meisten Vertrauenskörpern stellen heute noch die SPD-Gruppen die Mehrheit, so daß sich die klassenbewußten Vertrauensleute bei diesen BR-Wahlen zumeist darauf beschränken mußten, mehr oder weniger großen Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten-Listen zu nehmen.

Häufig gelang es – gegen den Widerstand rechter SPD-Betriebsfürsten – eine Reihe klassenbewußter Kollegen durchzubringen. Voraussetzung dafür war eine richtige Politik, die auf Zusammenarbeit mit linken Sozialdemokraten und Isolierung ihrer rechten Führer ausgerichtet war.

Die linke Gewerkschafts-Opposition in der BRD ist keine einheitliche politische Kraft. Vielfältige politische Vorstellungen und Anschauungen mischen sich hier.

Die Übergänge zur linken Sozialdemokratie und zur DKP sind fließend. Die Kommunisten in der BRD haben es noch nicht geschafft, sich zum treibenden Motor und politischen Rückgrad der Gewerkschafts-Opposition zu entwickeln. Mit wenigen lokalen Ausnahmen – wie etwa Hamburg, Bremen und München – sind die Kommunisten (bzw. diejenigen, die sich dafür halten) in ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit sogar nicht viel mehr als ein „linkes" Randphänomän der Gewerkschafts-Opposition. Das ist in der weitgehend kleinbürgerlichen Zusammensetzung dieser Gruppen, ihrer geringen betrieblichen Verankerung und ihrem sektiererischen Verhalten begründet. (Insofern ist es für einen Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Westdeutschland auch bedeutsamer und wichtiger, die politische Einigung der Gewerkschafts-Opposition voranzutreiben, als den äußerst fragwürdigen Versuch einer „Einigung" der zumeist studentischen „ML"-Bewegung zu unternehmen.)

Der politischen Vielfalt der Gewerkschafts-Opposition entspricht ihre organisatorische Zersplitterung. Das kann beim derzeitigen Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung auch gar nicht anders sein. Dies hat aber zur Folge, daß der Wahlerfolg der Arbeiterlinken zahlenmäßig kaum auszudrücken ist. Nach Durchsicht von Berichten über Verlauf und Ergebnis der BR-Wahlen aus etwa 150 westdeutschen Betrieben aller Industriezweige – auf die wir hier aus Platzgründen leider nicht im einzelnen eingehen können – läßt sich z.T. auf einen nicht unerheblichen Vorstoß klassenbewußter Kollegen rückschließen. Inwieweit dieser Erfolg längerfristig stabilisiert oder gar ausgebaut werden kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Die SPD ihrerseits bereitet sich darauf vor, politisch links von ihr angesiedelte Kollegen wieder zu integrieren und auch die Kapitalisten selbst werden der kontinuierlichen Entwicklung einer Gewerkschafts-Opposition nicht tatenlos zusehen.

Auch die DKP hat offiziell keine Zahlenangaben über das Abschneiden ihrer Mitglieder gemacht. Die „UZ" spricht nur davon, daß unter den gewählten „aktiven Gewerkschaftern ... auch viele Mitglieder

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 17

... ein festes Kampfbündnis aller Arbeiter und Angestellten schmieden.

1971: Streikende eines Zweigwerks der DEGUSSA in Frankfurt.

der DKP sind." Unter der Hand wird jedoch angegeben, daß etwa 2% der BR-Sitze von DKP-Mitgliedern erobert werden konnten. Diese Zahl fand später auch Eingang in die Berichterstattung der bürgerlichen Presse.

Zweifellos ist dieser Erfolg sehr bescheiden für eine Organisation, die sich ständig laut und unüberhörbar als „die einzige wirkliche Partei der westdeutschen Arbeiterklasse" bezeichnet. Dazu kommt, daß die DKP ständig ihre „Erfolge" ins Unermeßliche übertreibt, um von der eigenen Bedeutungslosigkeit abzulenken. Man kann getrost 50 % ihrer „Erfolge" streichen und liegt dann immer noch eher zu hoch als zu niedrig.

Im übrigen ist nur ein Teil der DKP-Genossen zur Gewerkschafts-Opposition zu zählen, während andere Mitglieder dieser Partei die Politik der SPD-Betriebsgruppen und der Gewerkschafts-Führung nahezu vorbehaltlos unterstützen, wozu die DKP-Parteileitungen ihre Betriebsgenossen auch treiben. Ausdrücklich tadelt das DKP-Präsidiums-Mitglied Ludwig Müller z.B. „Erscheinungen des Sektierertums in Gruppen unserer Partei" während der BR-Wahlen, d.h., Opposition gegenüber dem arbeiterfeindlichen Treiben mancher SPD-Leute und Gewerkschafts-Sekretäre wird von DKP-Genossen nicht gewünscht.

Entsprechend war auch das Verhalten von SPD-Gruppen gegenüber Partei-Mitgliedern der DKP. Wir kennen Beispiele aus ein und demselben Betrieb, in dem DKP-Genossen von SPD-Betriebsfürsten auf übelste Weise geschaßt wurden, während wiederum andere DKP-Mitglieder von denselben SPD-Betriebsfürsten liebendgern mit auf die Kandidaten-Liste gesetzt wurden.

Im Vergleich zu den Wahlerfolgen der gesamten Gewerkschafts-Opposition, war das Abschneiden der Kommunisten mehr als bescheiden. Soweit wir beurteilen können, konnte in Hamburg der größte Erfolg erzielt werden: Etwa 30 Genossen, Mitglieder und Sympathisanten unserer Organisation, wurden in Hamburger Betrieben gewählt. In 2 Industriebetrieben konnten solide Mehrheiten erkämpft werden. Etwa ein Drittel unserer gewählten Genossen waren als Kommunisten und Mitglieder, bzw. Sympathisanten unserer Organisation bekannt, während zwei Drittel als klassenbewußte Gewerkschafter durchgingen.

Keine genauen Zahlen liegen uns aus München und Westberlin vor. Aber auch hier konnten vor allem in der Druck-, z.T. auch in der Metall-Industrie einige Erfolge erzielt werden.

Der „Kommunistische Bund Bremen" (KBB) – mit unserer Organisation trotz der Namensgleichheit nicht identisch – gibt eine Zahl von 8 gewählten Genossen seiner Organisation an, die „aber in den meisten Fällen noch nicht als kommunistische Gewerkschafter, also als Kollegen, die eine bestimmte politische Richtung in der Arbeiterbewegung vertreten, sondern lediglich als konsequente Interessensvertreter im wirtschaftlichen Kampf" gewählt wurden. („Wahrheit" Nr. 5/6 – Zeitung des KBB).

Der KBB ist eine der wenigen Organisationen in Westdeutschland, mit relativ starker proletarischer Basis, vergleichsweise guter betrieblicher Verankerung und kommunistischem Anspruch. (Eine Organisation allerdings, die zunehmend unter den „links"opportunistischen Einfluß der Heidelberger und Göttinger Studentenführer gerät.) Angesichts seiner proletarischen Stärke muß dieser in den BR-Wahlen erzielte „begrenzte Erfolg" von dem der KBB spricht, eigentlich als Mißerfolg, als deutliche Niederlage einer bestimmten Politik gewertet werden.

Zu solch offener Einschätzung waren die Bremer Genossen aber anscheinend nicht bereit, da dies eine selbstkritische Überprüfung der von ihnen seit geraumer Zeit verfolgten politischen Linie nach sich hätte ziehen müssen. Sie selbst schreiben:

„Der KBB hatte für die Wahlen die Losung ausgegeben, gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung den Kampf für die oppositionellen Kandidaten auf den Listen der DGB-Gewerkschaften politisch zu führen", was dann auf Flugblättern und in Betriebszeitungen auch geschah.

Verblüfft stellen die Bremer Genossen dann aber fest: „Der Erfolg, den wir dabei erreichen konnten, ist begrenzt." Sie beklagen: „Andererseits gelang es uns aber nicht, gegen die sozialdemokratischen Kandidaten in nennenswertem Umfang kommunistische Kandidaten durchzusetzen" und „In den Betrieben, wo unsere Genossen am deutlichsten schon als Kommunisten verankert sind und unsere Betriebszeitungen schon daran sind, zum Organ des Kampfes der Belegschaften zu werden, genau dort konnten wir keine Betriebsräte stellen."

Und warum nicht? Die Genossen antworten mit der organisatorischen Stärke der SPD-Betriebsgruppe, die „zur entscheidenden Vertrauensleute-Sitzung eine Mehrheit" von SPD'lern gegen den KBB zusammentrommeln konnte. Ist das etwa erstaunlich bei dem heutigen Kräfteverhältnis in den Betrieben?

Wir selbst haben in Hamburger Betrieben durchaus ähnliche Erfahrungen machen müssen wie die Bremer Genossen, nämlich überall da, wo unsere Genossen hofften, mit einem Hauptstoß „gegen die sozialdemokratische Linie" das politische Kräfteverhältnis im Betrieb im Handstreich sozusagen zu verändern . . . und dabei den „Rückstoß" der SPD-Gruppe vergaßen. Erstaunlich ist eigentlich nur, daß die Bremer Genossen bei dieser Politik noch im Vertrauenskörper sitzen. Wir raten ihnen deshalb auch, sich recht warm anzuziehen, wenn demnächst die SPD-Gruppe zum Gegenstoß" gegen die kommunistische Linie" bläst.

Diese Losung vom Hauptstoß „gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung" als taktische Losung einer unmittelbar anzugehenden praktisch-politischen Aufgabe, überbietet noch bei weitem die ohnehin schon sektiererische Losung vom „Hauptstoß gegen die SPD", wie sie von verschiedenen „KPD/ML's" aufgestellt wird. Eine solche Losung muß allerdings unmittelbar in die Niederlage führen. Sie verschleißt die ohnehin nicht sehr zahlreichen kommunistischen Arbeitergenossen und ist politisch selbstmörderisch, denn es ist eine Linie gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse. Es ist dies die Politik, sozialdemokratische Kollegen in Abwehrhaltung und deswegen zu engerem Zusammenhalt zu treiben.

Die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter und Angestellten sind heute subjektiv und bewußtseinsmäßig Träger der „sozialdemokratischen Linie der Klassenversöhnung." Sie davon zu befreien ist Aufgabe der Kommunisten. Dies ist aber keine Sache von Losungen, sondern kann nur geleistet werden, wenn der Kapitalist als Klassenfeind tatsächlich erkannt (und behandelt) wird und nicht als jemand, mit dem man sich tunlichst auf guten Fuß stellt um keinen Ärger zu kriegen. Diese Erkenntnis setzt den gemeinsamen Kampf von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern voraus. Unsere betriebliche Agitation hat diesem Kampf zu dienen, ebenfalls das Auftreten unserer Genossen im Betrieb.

Eine richtige Losung bei den BR-Wahlen hätte etwa heißen müssen: „Gegen die Angriffe der Kapitalisten, ein festes Kampfbündnis aller Arbeiter und Angestellten schmieden!" Ziel einer solchermaßen richtigen Politik hätte sein müssen, mit allen ehrlichen sozialdemokratischen Kollegen die Zusammenarbeit zu suchen. Eine solche Politik hätte auch den rechten SPD-Betriebsfürsten – diesen bezahlten und bestochenen Agenten der Kapitalisten – das Wasser abgegraben. Auf der Basis von Kampf-Erfahrungen hätten die Kommunisten ihren sozialdemokratischen Kollegen helfen müssen, sich vom Sozialdemokratismus zu befreien.

Wir erwähnten schon, daß im Laufe dieser BR-Wahlen einige wenige linke Oppositions-Listen aufgetaucht sind. Diese haben z.T. erstaunlich gut abgeschnitten. Allerdings sind diesen Listen auch in nicht unerheblicher Zahl weitgehend unpolitische Protest-Stimmen zugefallen, die einfach die „Nase voll" hatten vom alten Betriebsrat. Solche Stimmen sind anderenorts auch rechten Spalterlisten zugute gekommen.

Und ist nur ein einziger Fall bekannt (Daimler, Untertürkheim), in dem das Aufstellen einer Oppositionsliste politisch richtig war. Über diesen Fall werden wir u.a. im nächsten „ARBEITERKAMPF" ausführlicher berichten. Alle anderen Fälle, die wir untersuchten, sind typische „Überrumpelungsversuche" super„linker" Gruppen, um aus ihrer Isolierung und Außenseiter-Rolle im Betrieb herauszukommen.

Im nächsten „ARBEITERKAMPF" wollen wir auch auf dieses Problem etwas genauer eingehen, vor allem aber auf die Reaktion der Gewerkschafts-Führung, die derzeit dabei ist, Gewerkschafts-Ausschlüsse gegen die oppositionellen Kollegen vorzubereiten. ★

GEGEN DEN MILITARISMUS!

Der kapitalistische Staat stützt sich auf bewaffnete Gruppen von Menschen, auf Polizei und Armee. Die Armee soll einerseits als Machtinstrument die „innere Ordnung", d. h. die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Werktätigen, aufrechterhalten. Deshalb wird sie für Bürgerkriegseinsätze ausgebildet. Andererseits soll sie in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten das Werkzeug sein, mit dem die Machtansprüche der Kapitalisten verwirklicht werden. Deshalb wird sie für die Führung von Eroberungskriegen und Überfällen auf andere Länder ausgerüstet.

Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke streben die Kapitalisten der BRD die Vorherrschaft im europäischen Raum an. Um die kommenden Krisen zur Erhöhung ihrer Profite nutzen zu können, wollen sie die Arbeiterklasse noch fester unter ihre Herrschaft bringen. Deshalb findet zur Zeit ein verstärkter Ausbau von Polizei und Bundeswehr statt.

In der Bundeswehr stützt das Proletariat seine eigenen Ausbeuter. Arbeiter werden gedrillt, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu sichern.

Gegen die Klassensolidarität der Arbeiter wollen sich die Kapitalisten dadurch absichern, daß sie die „Disziplin" in der Bundeswehr verstärken. Stärkung der Disziplin, das bedeutet Abbau der demokratischen Rechte der Soldaten.

Der „Haarerlaß" ist ein aktuelles Beispiel dieser langfristigen Strategie. Am 15. 5. 72 wurden die demokratischen Rechte der Bundeswehrsoldaten durch einen neuen „Erlaß über die Haar- und Barttracht der Soldaten" weiter eingeschränkt. Dazu heißt es in dem internen Bundeswehr-Propagandablatt „Bundeswehr aktuell" vom 16. 5. 72: „Das Haar des Soldaten darf künftig weder Uniform- noch Hemdkragen berühren. Es soll nicht über Augen und Ohren hängen, muß am Kopf anliegen und darf den Sitz der militärischen Kopfbedeckung nicht behindern. Bärte und Koteletten müssen kurz geschnitten sein." Mehr als fadenscheinig begründete der ehemalige Kriegsminister Helmut Schmidt den neuen Erlaß mit dem mangelnden Willen zur Pflege bei den Soldaten. Es war angeblich „das Auftreten von Hauterkrankungen, insbesondere Infektionen und Parasitenbefall" im Haar der Soldaten zu bemerken. Daß es in Wirklichkeit nicht um Hygiene geht, weiß jeder Kollege in der Bundeswehr sehr gut, der sich andererseits mit 50 Kameraden eine Dusche teilen muß.

Lange Haare sind seit alters her ein Zeichen für persönliche Freiheit. Lange Haare trug früher der Herr, nicht der Knecht. Bezeichnenderweise sind heute mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation auch wieder kürzere Haare in Mode. In der Bundeswehr sind lange Haare Ausdruck der Freiheit von Elternhaus und Familie, vom Zwang in der Schule und am Arbeitsplatz. Der Zwang von Familie, Schule und Arbeitsplatz ist aber der Zwang der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Die Bundeswehr dient der Aufrechterhaltung dieses Zwanges. Deshalb sollen persönliche Freiheit und demokratische Rechte gerade hier abgebaut werden.

Vorbereitung zum Kampf gegen die Arbeiterklasse

Zur Zeit wird der gesamte staatliche Apparat der BRD aufgerüstet und auf verschärfte Klassenkämpfe vorbereitet: Verbesserungen des Meldesystems, neue Richtlinien für Polizei und Justiz, Grenzschutz als Bundespolizei und Aufrüstung der Bundeswehr für den Krieg im Innern.

Die speziellen Bürgerkriegseinheiten der Bundeswehr, die Jägerbataillone, werden derzeit mit schweren Jagdpanzern und kleinen Fahrzeugen mit für den Strassenkampf geeigneten Maschinen-



kanonen ausgerüstet. Die Jägersoldaten erhalten eine besondere Ausbildung im „Orts- und Partisanenkampf". So wird auch ständig die gewaltsame Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen und Betriebsbesetzungen bei diesen Einheiten geübt.

Juristisch untermauert wird der innere Einsatz der Bundeswehr durch die 1968 mit Hilfe der SPD verabschiedeten Notstandsgesetze, die im wesentlichen die Errichtung einer faschistischen „Notstandsdiktatur" im Kriegsfalle vorsehen – sei es im Falle eines Bürgerkriegs oder eines imperialistischen Raubkriegs der BRD-Kapitalisten.

Ein Erlaß des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr, de Maiziere, vom 15. 9. 68 stellt eine Ergänzung der Notstandsgesetze für Friedenszeiten dar. Auf Grund dieses Erlasses kann jedes beliebige Objekt – z. B. eine besetzte Fabrik – oder Gebiet in der BRD zum „militärischen Sicherheitsbereich" erklärt werden, um dann dort „Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.

Richtlinien für den Einsatz von Bundeswehr bei Streikunruhen wurden schon 1958 durch das damalige Territorialverteidigungskommando herausgegeben. In einer Dienstanweisung an das Wehrbereichskommando 3 (Nordrhein-Westfalen, d. h. Ruhrgebiet) heißt es dazu:
Ziffer 4: „Bei Angriffen der Putschisten ... ist rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen."
Ziffer 5: „Im Falle eines solchen Angriffs auf das innere Gefüge der BRD sind die Leiter der Standortkommandanturen in Verbindung mit den Herren Offizieren ermächtigt, Standgerichte zu bilden, die exemplarische Strafmaßnahmen gegen die Putschisten durchzuführen haben."

Auf diese Aufgaben der Bundeswehr muß die Bevölkerung psychologisch und ideologisch vorbereitet werden. Die seit 1945 bei vielen vorhandene Ablehnung des Militarismus soll überwunden werden und die Jugend soll sich wieder für das Kriegsspiel begeistern:

- Durch eine Empfehlung des Kriegsministeriums wird in Baden-Württemberg als erstem Bundesland die „Wehrkunde" an den Schulen offiziell vorgeschrieben. In fast allen Bundesländern haben die „Jugendoffiziere" freien Zutritt zu den Schulen. Auch hier soll gegen den Willen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der „Westdeutschen Rektorenkonferenz" und der großen Mehrheit von Schülern und Eltern Kriegspropaganda an den Schulen durchgesetzt werden. (Vergleiche dazu auch unseren Artikel: „Wehrerlaß in Niedersachsen" in dieser Ausgabe)
- Durch die Mitwirkung von mehr als 25000 Soldaten sollen die olympischen Spiele in München und Kiel zu einer gigantischen Propagandaschau für die westdeutschen Unternehmer und ihre Bundeswehr werden.
- In einem ersten Informationsbrief an die Kommandeure sämtlicher Einheiten hat der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Armin Zimmermann (er war schon in der Hitlerwehrmacht kräftig mit dabei), verstärkten Einsatz von Feldjägern gefordert. So soll die Kontrolle von Verhalten und Aussehen der Soldaten auch vor die Kasernen getragen und gleichzeitig die Bevölkerung an festnehmende und prügelnde Feldjägerkommandos gewöhnt werden.

Der Militarismus ist nicht das Ergebnis eines angeborenen Aggressionstriebes der Menschen oder der Kriegslüsternheit von Generalen. Er ist die notwendige Folge der Konkurrenz unter den Kapitalisten, für die eine Ausdehnung ihres Machtbereiches steigende Profite bedeutet. Auch die dazu nötige Rüstung in Friedenszeiten und ganz besonders ein Krieg sind für sie unerschöpfliche Quellen von horrenden Gewinnen, gespeist aus der Arbeit und dem Blut der Arbeiterklasse.

Über Europa zur Weltmacht

Nach außen soll die Bundeswehr der Garant für die politische Einigung Westeuropas unter der Führung der BRD-Kapitalisten sein. Trotz der Ostverträge und der sogenannten Friedenspolitik wird die Bundeswehr weiter ausgebaut und verstärkt aufgerüstet. In einem RIAS-Interview vom 4. 12. 70 sagte der damals noch zuständige Kriegsminister Helmut Schmidt zu den militärpolitischen Zielen der BRD-Imperialisten: „Auch wenn es einen Ratifizierungsakt gibt für den deutsch-sowjetischen Vertrag, wird ganz gewiß die allgemeine militärische Planung, und das schließt die nukleare Planung des nordatlantischen Bündnisses ein, davon nicht berührt werden."

In der offiziell in Paris erscheinenden NATO-Zeitschrift „Allgemeine Militärrundschau" heißt es dazu im Mai 1970, die NATO werde „zum Angriff auf die Moral in den sozialistischen Staaten und Streitkräften" übergehen und sie „zum Ziel eines psychologischen Krieges machen". Dadurch könne der „Warschauer Pakt" „zu einem zerbrechlichen Instrument gemacht werden."

Und Franz Josef Strauß formulierte schon 1966 in seinem Buch „Entwurf für Europa" die aggressiven Ziele der westdeutschen Kapitalisten: „Deutschland ist geografisch Mittelpunkt der neuen gesamteuropäischen Konstellation. ... Seine politische Entwicklung in Zusammenhang mit dem erfolgreichen Wiederaufbau seines Wirtschaftspotentials und vor allem der latente Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung und einer stabileren Struktur sind wesentliche Elemente des kommenden Geschehens."

Grundlage für diese Außenpolitik kann nur ein vereinigtes Westeuropa unter der Führung der BRD-Kapitalisten sein, nicht nur wirtschaftlich, sondern vielmehr politisch und militärisch. Dazu aus dem Weißbuch 1970: „Auf längere Sicht mißt die Bundesregierung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor sehr hohe Bedeutung zu."

So hat sich dann auch unter der Führung der BRD die Euro-Group gebildet. Sie besteht aus den Kriegsministern der europäischen NATO-Länder und ist die „europäische Fraktion der NATO" wie Kriegsminister Schmidt gerne sagte. Sie hat die Aufgabe, die Innenpolitik und Außenpolitik der Mitgliedsstaaten aus militärpolitischer Sicht zu beeinflussen und zu koordinieren. Fast die Hälfte der Kosten für die nächsten fünf Jahre, 1,7 Mrd Dollar, übernimmt die Bundesrepublik, um damit Länder wie Griechenland, Türkei und Portugal zu unterstützen.

Entsprechend diesem Programm soll die Rüstung im europäischen Maßstab erweitert und koordiniert werden, ebenso die Ausbildung der Streitkräfte und ihr Einsatz gegen andere Staaten oder im eigenen europäischen Bereich.

Das Streben nach Vorherrschaft und der härter werdende Konkurrenzkampf der europäischen kapitalistischen Länder spiegelt sich in der zunehmenden Aufrüstung der BRD. So stiegen im letzten Jahr die Verteidigungsausgaben um 11 % auf 24 Mrd DM (siehe auch die Tabelle).

Doch nicht nur so wird aufgerüstet. In letzter Zeit wird die Bundeswehr einer umfassenden Kostenwirksamkeitsrechnung unterzogen, ebenso alle angebotenen Rüstungsgüter. Diese Rechnungen haben das Ziel, aus jeder für die Bundeswehr ausgegebenen DM ein Höchstmaß an Kampfkraft herauszuholen. Das gilt nicht nur für Rüstungsgüter aus Eisen und Stahl, sondern auch ge-

Prozentualer Anteil der „Verteidigungs"ausgaben an den Staatsausgaben (ohne Länder und Gemeinden)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
BRD	32,6	37,3	39,5	35,4	33,5	32,6	32,2	28,2	29,4	29,7	30,1
Zum Vergleich:											
Italien	16,5	15,4	15,8	–	14,3	14,1	13,2	11,9	10,1	11,0	10,4
USA	47,3	46,8	45,0	41,4	42,3	44,3	44,6	43,7	40,6	36,0	34,0

Quelle: Weißbuch 71 / 72

Der hohe Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatsausgaben der BRD bedeutet riesige Profite aus Steuergeldern für die Kapitalisten. Nach den Wirtschaftskrisen von 1963 und besonders 1967 sank der prozentuale Anteil der Rüstungsausgaben. Der absolute Betrag ist ständig gestiegen. Er betrug 1971 ca. 24 Mrd. DM. Die BRD steht damit an der Spitze aller europäischen Länder.

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 19

GEGEN DEN MILITARISMUS

rade für die aus Fleisch und Blut. Dazu dient die Disziplinierung der Soldaten und die ideologischen Kriegsvorbereitungen.

Maulkorb und Lockgelder

„Die Disziplin ist einer der Grundpfeiler der Streitkräfte, ihre Aufrechterhaltung eine Wohltat für alle." (Aus der Hauptdienstvorschrift 100 / 1 Nr. 40 der Bundeswehr)

Durch politische und rechtliche Entmündigung der Soldaten soll die Entwicklung von politischem Bewußtsein über den Charakter dieses Staates und den Sinn des Wehrdienstes verhindert werden:

- Der sogenannte „Maulkorberlaß" verbietet die Diskussion „über den Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und der verfassungsmäßigen Bundesregierung, den Gehorsam gegenüber den Gesetzen, die auf dem Grundgesetz beruhen und Gehorsam gegenüber den Befehlen, die auf dieser Basis gegeben worden sind ... " (Aus dem Weißbuch 1970, Ziffer 160)
- Der ÖTV - Erlaß gestattet zwar die gewerkschaftliche Arbeit in der Bundeswehr, engt sie aber gleichzeitig durch eine Menge von Vorschriften enorm ein und dient zudem zur Bespitzelung von fortschrittlichen Kameraden. Bei Veranstaltungen der ÖTV in den Kasernen muß beim Kommandanten ein Antrag vorliegen mit folgenden Angaben: Name und Anschrift des Leiters der Veranstaltung und des oder der Vortragenden, Ort und Zeit der Veranstaltung, Themen der Veranstaltung, Teilnehmerkreis.
- Verboten ist die politische Betätigung in der Bundeswehr und das Tragen von Uniform auf politischen Veranstaltungen. Dies gilt aber offenbar nicht für die „Herren Offiziere", die sich schon lange auf Veranstaltungen der CDU / CSU oder NPD u. a. in Uniform die Ehre geben und für diese Parteien auch „im Dienst" eifrig die Werbetrommel rühren und gegen Gewerkschaften und linke Organisationen hetzen.
- Die Wehrstrafgerichtsbarkeit soll noch mehr ausgebaut und perfektioniert werden. So sollen schon in „Friedenszeiten" im Rahmen der Verteidigungsbereichskommandos „Standgerichte" gebildet werden, die sich aus im Staatsdienst befindlichen Juristen und Offizieren der Bundeswehr zusammensetzen. Die Kameraden sollen sich schon jetzt an die unnachgiebige Verfolgung kleinerer und größerer disziplinarischer Vergehen gewöhnen.
- Die Strafen für Ansehensschädigung der Bundeswehr werden immer brutaler. Gefreite der Bundeswehr in Göttingen, die aus dem Arrest mit einem Panzer abgehauen waren, mußten ihre wenigen Stunden der Freiheit mit einer Geldstrafe von 100.000 DM und einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten mit bzw. 6 Monaten ohne Bewährung bezahlen. Ein Gefreiter einer Fernmeldeeinheit in Flensburg wurde, weil er sich die Haare nicht schneiden lassen wollte, zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten wegen Befehlsverweigerung verurteilt.
- Verschärfung der Wachbestimmungen: Die Baader - Meinhof - Hetzjagd wurde zum Anlaß genommen, um in allen Kasernen



die Wachbedingungen zu verschärfen. Die Soldaten müssen jetzt mit durchgeladener Waffe Wachdienst versehen. Ein Kamerad des Flottenstützpunktes Mürwick mußte diese neue Bestimmung schon mit dem Leben bezahlen. Er wollte einen Streit von angeheiterten Kollegen schlichten, wobei es zu einem Handgemenge kam. Dabei löste sich ein Schuß aus seiner Dienstwaffe und verletzte ihn tödlich.

Ein Teil der Soldaten wird mit besonderen Vergünstigungen bestochen. Dabei machen sich die Militaristen das Streben der Kollegen nach sozialer Sicherheit oder ihre beschissene materielle Lage als Wehrpflichtige zu Nutze. Man bietet ihnen bei Längerverpflichtung hohe Verpflichtungs - und Entlassungsprämien an, um sie dann als Zeitsoldaten gegen ihre Kollegen einzusetzen. Sie werden mit den „guten Aufstiegschancen" oder besonderen Pöstchen gelockt, bei denen sie nicht viel malochen müssen. Damit soll erreicht werden, daß Befehle und Disziplinierungsmaßnahmen auf weniger Widerstand stoßen, weil die so bestochenen Kollegen um ihre Privilegien fürchten oder hoffen, durch Arschkriecherei welche zu erlangen.

Für die Ausbildung von Führungskräften und Spezialisten werden Bundeswehrhochschulen eingerichtet. Abiturienten, die durch den „numerus clausus" an den allgemeinen Hochschulen keinen Studienplatz finden, sollen so zur Bundeswehr gehen. Durch eine einseitige Ausbildung und die Isolierung der Offiziersanwärter soll ungehindert militaristisches Gedankengut verbreitet und ein festes reaktionäres Offizierskorps geschaffen werden.

Niemand soll sich mehr der Militarisierung entziehen können. Durch die Herabsetzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 15 Monate werden unter dem Namen der Wehrgerechtigkeit 80 % statt 65 % der Wehrpflichtigen eingezogen werden. Das sind im Jahr über 50.000 Soldaten mehr, die für die westdeutsche Bourgeoisie gedrillt werden. Entsprechend wird auch der Ersatzdienst zum staatlichen Arbeitsdienst ausgebaut.

Militarismus heißt Unterdrückung der Arbeiterklasse

In vielen Garnisonsstädten haben sich Kollegen zu Arbeitsgruppen, Vereinen oder Soldatengruppen zusammengeschlossen, um gegen die wachsenden Angriffe auf ihre demokratischen Rechte in der Bundeswehr zu kämpfen.

Auch der Haarerlaß wurde nicht kampflos hingenommen. In Itzehoe demonstrierten spontan 200 Soldaten gegen den Haarerlaß, um zu zeigen, daß sie nicht alle Angriffe gegen sich dulden wollen. In vielen Kasernen sind die Arrestzellen überfüllt, da viele Kollegen nicht bereit sind, ihre Haare ohne weiteres abzuschneiden.

Doch die Propaganda der besonderen „militärischen Disziplin" hatte bei den meisten Kollegen Erfolg. Legaler demokratischer Kampf in der Bundeswehr erscheint fast als Hochverrat. Aber für die Bundeswehr gilt dasselbe wie für den Betrieb: Die Kollegen müssen ständig um ihren Lohn und ihre politischen Rechte kämpfen, die sonst mehr und mehr in verschärfter Ausbeutung verloren gehen würden. Die Kapitalisten wollen die Bundeswehr von der Bevölkerung trennen und zu ihrem Instrument im Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse machen. Doch der Abbau der demokratischen Rechte und die wirtschaftlichen und politischen Angriffe richten sich gegen die gesamte Arbeiterklasse.

Die Bundeswehrführung macht ein großes Geschrei über den angeblichen Verfall der Disziplin. Sie schreien, weil die „Verteidigungsbereitschaft" bei den jungen Soldaten angeblich sinkt, sind entsetzt über die „wachsende Aufsässigkeit" der Kameraden. Sie reihen sich so geschickt ein in das Gezeter der Kapitalisten über den „Verfall der Arbeitsdisziplin" in den Betrieben, über „zu hohe" Lohnforderungen der Kollegen, über den wachsenden politischen „Radikalismus" in Schule, Kaserne und Betrieb. Sie wollen diese für sie bedrohliche Entwicklung von Klassenbewußtsein aufhalten.

Wenn die Kapitalisten davon sprechen, daß die Bundeswehr die Freiheit schützen soll, so meinen sie ihre Freiheit, die Arbeiterklasse auszubeuten. „Überall ist das stehende Heer zum Werkzeug der Reaktion, zum Diener des Kapitals im Kampf gegen die Arbeit, zum Henker der Volksfreiheit geworden." (Lenin)



Wir sind keine Sklaven!

Demonstration türkischer Arbeiter in Frankfurt

Die ausländischen Arbeiter in der BRD gehören zu den am stärksten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Nicht nur, daß sie geringeren Lohn erhalten, schwerere Arbeiten verrichten und höhere Mieten zahlen. Ihre demokratischen Rechte, wie Freizügigkeit und Versammlungsfreiheit, sind eingeschränkt und sie dürfen sich nur begrenzt politisch betätigen. Gibt es keine Arbeit für sie, werden sie in ihr Heimatland abgeschoben.

Besonders schlecht geht es einem Teil der türkischen Arbeiter. Sie sind illegal in die BRD eingereist und nun völlig der Willkür von Kapitalisten und Behörden ausgeliefert.

Das türkische Volk wird mit Hilfe einer faschistischen Militärdiktatur von einer kleinen Zahl einheimischer Großgrundbesitzer und den ausländischen Imperialisten ausgebeutet. Die Arbeiter und Bauern leben zum Teil in unmenschlichen Verhältnissen, die sich ständig verschlechtern. Die bei den ausländischen Firmen beschäftigten Arbeiter erhalten Monatslöhne von durchschnittlich 100 DM. Besonders verschärft wird diese Situation durch die große Arbeitslosigkeit. Bei 36 Mill. Einwohnern gibt es im Sommer 2 Mill. und im Winter 9 Mill. Arbeitslose!

In dieser Lage muß jedes Angebot angenommen werden, wenn die Familie nicht verhungern soll. 500.000 türkische Arbeiter (22 % aller ausländischen Arbeiter) leben bereits in der BRD. An ihnen verdienen nicht nur die „Arbeitgeber". Teile des Lohns werden in die Heimatländer überwiesen, denn die Familie lebt davon. Durch die riesigen Summen — im Schnitt 2000 DM im Jahr ergeben schon 1 Mrd. DM Devisen für die Türkei — wird der Handelsüberschuß der BRD abgedeckt und das faschistische Unterdrückungssystem der Heimatländer finanziert.

Die Musterungsbüros der BRD in der Türkei sind ständig von Arbeitsuchenden belagert. Doch sie nehmen nur junge und absolut gesunde Arbeiter an. Sie sind deshalb umgeben von einem Sumpf von Geschäftemachern, die verzweifelten Bewerbern für das letzte Geld Gesundheitszeugnisse oder illegale Einreisen verkaufen.

Bekannt wurde der Fall einer Baufirma in Hessen, die 52 türkischen Arbeitern für je 1000 DM Kopfgeld Aufenthalts - und Arbeitsgenehmigungen verkaufte und ihnen 12.800 DM Kindergeld und 2.000 DM Schlechtwettergeld vorenthielt.

Allein in Hessen leben 8.000 — 10.000 illegal eingereiste türkische Arbeiter. Sie sollten schon im März 1972 ausgewiesen werden. Auf Protest der Baufirmen, die billige Arbeitskräfte für die Saison behalten wollten, wurde die „Duldung" bis Ende November verlängert.

Duldung, das heißt sofortige Ausweisung bei Kündigung, auch wenn den türkischen Arbeiter kein Verschulden trifft. Damit wird der Arbeiter dem Kapitalisten völlig ausgeliefert.

So wird z. B. Ali S., der schon 3 Jahre in der BRD lebt, durch Kündigungsdrohungen zu unbezahlter Mehrarbeit ohne Frühstücks - und Mittagspause gezwungen.

Wir fordern Legalisierung!

Die Veranstalter der Demonstration, das „Türkische Volkshaus" und 6 deutsche Organisationen, forderten deshalb

- Legalisierung der „geduldeten" Arbeiter, die in der Angst leben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und ihre Familien nicht ernähren zu können.
- Strenge Bestrafung der Menschenhändler und der Unternehmer, die sich durch billige Arbeitskräfte bereichern.

5000 türkische Arbeiter führten dann am 1. Juli eine ruhige eindrucksvolle Demonstration durch. Ihre Transparente trugen die Aufschriften:

- Wo bleiben die Menschenrechte?
- Wir sind auch Arbeiter
- Wir haben keine Existenz in der Türkei
- Ich habe den einzigen Ochsen verkauft, um hierher zu kommen
- Meine Frau ist hier, ich muß zurück
- Wir haben die Wahl zwischen Ausbeutung und Ausweisung
- Stundenlohn 3 DM
- Wir sind keine Sklaven des 20. Jahrhunderts
- Wir fordern Legalisierung

Noch bei der Ankündigung der Demonstration hatte die hessische Landesregierung erklärt, eine Verlängerung der Duldungsfrist sei nicht zu erwarten. Doch die Demonstration fand eine breite Solidarisierung, die über Arbeiterwohlfahrt und kirchliche Organisationen bis zu bürgerlich - liberalen Zeitungen reichte. So hieß es nach der Demonstration, daß man sich um eine Legalitätserklärung durch das Auswärtige Amt in Bonn bemühen werde. Dies Versprechen sollte jedoch nur zunächst beruhigen. Inzwischen wurde offiziell mitgeteilt, daß die geduldeten türkischen Arbeiter auf eigene Kosten in die Türkei zurückreisen müssen.

Die neue Ausländergesetzgebung zeigt deutlich, daß dies kein Einzelfall ist, sondern daß die Lage der ausländischen Arbeiter allgemein verschlechtert werden soll.

Nur die Solidarität ihrer westdeutschen Kollegen kann die ausländischen Arbeiter in der BRD wirksam unterstützen. Das liegt im eigenen Interesse, denn eine Verschärfung der Ausbeutung der ausländischen Arbeiter dient den Kapitalisten auch dazu, den Angriff auf die westdeutschen Arbeiter zu verstärken.